

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Verzeichnisse: Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die hochgehaltene Kolonienzeitung oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pf., (jeweils 2 fertige Blätter), jedes weitere Blatt 10 Pf., Stellenangebote und Schloßstellenanzeigen das erste Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wachsende Gefahr.

Die Situation ist sehr ernst. In Budapest ist das Haupt der österreichischen Kriegspartei, der Thronfolger, unerwartet erschienen und nach seiner Audienz beim Kaiser fand unter dessen Vorsitz eine Beratung der in Budapest zahlreich versammelten Generale, mit dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabs an der Spitze, statt. In Budapest ist auch als Vertreter des Balkanbundes der Präsident der bulgarischen Sobranje, Herr Danew, erschienen und hat mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen und dem deutschen Botschafter konferiert. Das Ergebnis all dieser Beratungen ist vorläufig unbekannt. Aber dieses Schweigen verheißt nicht viel Gutes. Vorläufig ist der scharfe Gegensatz zwischen Serbien und Oesterreich noch unüberbrückt. Von den vielen Gefahren, die der Zusammenbruch der Türkei erzeugt, ist dieser Gegensatz die am unmittelbarsten den Frieden bedrohende.

Darüber darf man sich auch nicht durch die Darstellungen täuschen lassen, die das österreichische Auswärtige Amt nicht nur in die Wiener, sondern auch in weitverbreitete deutsche Zeitungen zu lancieren weiß. Die österreichischen Offiziösen suchen die Gefahren, die das unverantwortliche, friedensgefährdende Gebaren ihrer Regierung erzeugt hat, möglichst gering erscheinen zu lassen, sie leugnen die Unterstützung, die Serbien bei Rußland und damit bei der Tripelentente findet, zu dem freiben Zweck, die deutsche öffentliche Meinung irrezuführen, sie in Sicherheit zu wiegen, bis Unwiderrückliches geschehen, vollendete Tatsachen geschaffen und das Erwachen aus trügerischer Ruhe zu spät ist. Und dieses laubere Geschäft wird ihnen erleichtert durch die Kritiklosigkeit der deutschen bürgerlichen Presse, die statt schärfsten Widerspruch zu erheben, daß deutsche Soldaten dem habsburgischen Großheerwahn zur Verfügung gestellt werden, stumpfsinnig der Politik der Herren v. Bethmann und Ribbentrop, der Felden von Agadir, zusieht, die das deutsche Volk in Verpflichtungen verstrickt, die ihm verderblich werden müssen.

Es ist Wahnsinn, heller Wahnsinn, das Leben deutscher Bürger, die Wohlfahrt deutscher Wirtschaft den Hausmachtspänen einer fremden Dynastie opfern zu wollen. Man nenne uns doch nur ein einziges, noch so winziges deutsches Interesse, das dadurch geschädigt würde, wenn Serbien einen adriatischen Hafen zur ungehinderten Ausfuhr seiner Agrarprodukte endlich erlangt. Nicht einmal ein österreichisches Interesse spricht dagegen und die österreichischen Kaufleute und Industriellen hätten nicht das geringste dagegen einzuwenden. Nur der alte Herrschaftstraum der Habsburger wäre ausgeträumt, die, aus Deutschland hinausgeworfen, weil sie die schlimmsten Feinde der deutschen nationalen Entwicklung gewesen sind, sich dafür im Osten für den im Westen verlorenen Besitz zu entschädigen hofften und hoffen. Und dafür engagieren die unfähigen Dilettanten, die die deutsche Politik machen dürfen, die Macht des deutschen Volkes, dafür verlangen sie von den arbeitenden Massen dieses Reiches, daß sie sich auf die Schlachtfelder schicken lassen sollen?!

Es gibt kein deutsches Interesse, kein einziges keiner einzigen Schicht des deutschen Volkes, welches eine solche Politik rechtfertigen könnte. Nur Stinckhöpfe können meinen, daß der Dreibund oder unser Bundesverhältnis mit Oesterreich geschwächt würde, wenn wir uns nicht zu Knechten des österreichischen Thronfolgers herabwürdigten lassen. Oesterreich, von der einen Seite von Rußland, von der anderen vom Balkanbund flankiert, gegen Italien stets von Rißtrauen erfüllt, kann die deutsche Hilfe und Unterstützung in Zukunft noch weniger entbehren als je. Daß Oesterreich uns untreu würde, ist eine Drohung, die nur politische Analphabeten schrecken kann. Aber dieser Analphabetismus ist ja das Kennzeichen der deutschen auswärtigen Politik, ist ja das Geheimnis ihrer Erfolglosigkeit. Und aus Angst vor einem leeren Phantom treibt die deutsche Regierungspolitik in die unabsehbaren, entsetzlichen Gefahren eines europäischen Krieges hinein, eines Krieges, der auch vom bürgerlichen Standpunkt aus, geschweige denn vom proletarischen durch nichts gerechtfertigt werden könnte.

Täuschen die habsburgische Diplomatie und ihre Offiziösen die Welt über die Gefahr, in die ihr frecher Einspruch die europäischen Völker stürzt, so belügen sie sie nicht minder über das wahre Ziel. Eben jetzt hat sich die alte Erfahrung erneuert, wieviel die Versprechungen und Beteuerungen der Diplomatie vor Ausbruch des Krieges wert sind. Nicht nur die europäische Diplomatie, die Regierungen der Balkanstaaten selbst haben vor dem Krieg ja unaussprechlich versichert, sie wollten keine territorialen Veränderungen. Glaubt man

im Ernst, daß Oesterreich, wenn seine Politik einmal zum Krieg geführt hat, den Krieg nur für ein autonomes Albanien führen werde? Die albanische Frage ist für Oesterreich nur derselbe Vorwand, den die mazedonischen Reformen für Bulgarien und Serbien gebildet haben. Und glaubt man, daß sich die russische Diplomatie nur einen Augenblick über die wahren Pläne des habsburgischen Machtwahns täuschen lassen wird, so wie sich die törichtesten deutschen Zeitungsschreiber drüber täuschen? Die Frage des serbischen Hafens wäre leicht gelöst, stünde dahinter nicht der österreichisch-russische Gegensatz und damit der zwischen Tripelentente und Dreibund. Das ist ja eben die unverzeihliche Torheit der deutschen Politik, daß sie Oesterreich nicht daran hindert, durch Aufwerfung der serbischen Frage diese Gegensätze in ihrer ganzen Schärfe sich entwickeln zu lassen, daß sie der habsburgischen Politik, die im eigenen Reich von einer Krise zur anderen taumelt, die bei allen österreichischen Völkern Haß und Verachtung genießt, daß sie dieser Politik der Reaktion, des Merkantilismus, der Völkernichtung deutsches Gut und Blut zur unumschränkten Verfügung stellt! Fürwahr eine schöne Aufgabe für das Deutsche Reich! Dazu waren Königgrätz und Sedan nötig, damit wir die Ehre genießen, für die Machtgelüste der habsburgischen Dynastie, für den Ehrgeiz Franz Ferdinands, dieser Hoffnung des Vatikans, aufs Schlachtfeld geschickt zu werden! Welche Absurdität, daß unser Volk im 20. Jahrhundert auch nur das Leben eines einzigen opfern sollte, um fremden dynastischen Ehrgeiz zu befriedigen! Will man denn die Völker Europas mit Gewalt zum Nachdenken darüber bringen, wieviel besser es wäre, wenn Europa weniger kosakisch und mehr republikanisch regiert würde?

Nein, ein solcher Krieg kann und darf nicht geführt werden und wir kümmern uns einen Dreck um Oesterreichs Balkanstellung! Wir wollen den Frieden und der romantischen Rabelungentreue, die die Köpfe unserer Regierenden verwirrt, setzen wir immer wieder unsere Parole entgegen:

Keine Einmischung! Strikte Neutralität! Der Balkan den Balkanvölkern!

Serbien und Oesterreich.

Der Standpunkt Oesterreichs.

Wien, 11. November. Der Budapest Korrespondent des „Neuen Wiener Tagblatt“ erhielt von einer hochstehenden diplomatischen Persönlichkeit über den Zweck der Budapest Reise des Thronfolgers und über das Wesen der Budapest Konferenz und Verhandlungen folgende Ausführungen: Oesterreich-Ungarn wird sich in aller nächster Zeit veranlaßt sehen, mit Rücksicht auf die geänderte Situation auf dem Balkan seine Interessen in entschiedenster Weise geltend zu machen. Der Standpunkt der Monarchie, der sich in allen Einzelheiten mit den übrigen Dreiebundmächten deckt, läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen: 1. Oesterreich verpflichtet sich, keinerlei territoriale Ansprüche auf dem Balkan zu stellen; 2. Oesterreich fordere die Unabhängigkeit Albaniens in einer später festzustellenden Form, eventuell als unabhängiges Fürstentum; 3. Oesterreich-Ungarn fordere Aufklärung über die Absichten Serbiens betreffs einer Hafenerwerbung an der Adriaküste. — Hierbei muß bemerkt werden, daß der Dreibund in dieser Frage keine vollendete Tatsache akzeptieren wird. Die Situation ist zwar noch keine kriegsgefährdende, aber eine sehr ernste geworden.

Die Mission Danews.

Budapest, 11. November. In Bezug auf die Mission des Sobranjepräsidenten Danew meldet der „Pester Lloyd“, daß in der Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Grafen Berchtold alle auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Fragen erörtert worden seien. Die Mission zeige, daß die Männer der bulgarischen Regierung aufrichtig bestrebt seien, alle bestehenden Streitfragen im Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn und mit Berücksichtigung der Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie auszutragen. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges mit der Türkei werde der Bestzustand der kriegführenden Mächte einer entsprechenden Korrektur unterzogen werden müssen, und es sei deshalb belanglos, was augenblicklich jeder kriegführende Teil in seiner Macht habe. Was den bulgarischen Einmarsch in Konstantinopel betreffe, so würde dieser nur vermieden können, wenn ein Waffenstillstand zustande komme, und wenn dieser zum Frieden führe. Selbstverständlich müßten die Türken sich verpflichten, während des Waffenstillstandes die Tschataldichalinie nicht zu befestigen und aus Asien keine Verstärkungen heranzuziehen. Was die Autonomie Albaniens betreffe, wolle Serbien ein autonomes Albanien zu wünschen, es fordere nur, daß in das autonome Albanien nicht solche Gebiete teile einverleibt werden, die überwiegend von Bulgaren bewohnt sind.

Eine offiziöse bulgarische Erklärung.

Sofia, 11. November. Das Blatt „Mir“ betont, daß Oesterreich-Ungarn bisher eine vollständig korrekte Haltung den entscheidenden Ereignissen auf dem Balkan gegenüber bewahrt habe, eine Haltung, die jeden Verdacht territorialer Absichten der Monarchie beseitigt. Die verbündeten Balkanvölker, die den Interessen aller Mächte, sofern sie nicht territoriale Ansprüche bedeuten, Rechnung zu tragen bereit sind, werden einwilligen — daß die Mächte anerkennen, daß die Aenderung vollzogen ist, und daß sie aufhören, die Balkanstaaten als ihre Schützlinge zu betrachten. Jedes Abkommen mit den Mächten auf der Basis vollständiger Gleichheit der Rechte beider Parteien wird willkommen sein.

Die englische Auffassung.

London, 11. November. „Westminster Gazette“ schreibt: Wir wünschen die Bedeutung der österreichisch-serbischen Frage nicht zu verkleinern, aber die Idee, daß Oesterreich mit Rußland sich deswegen in einen Konflikt stürzen und andere Mitglieder des Dreiebundes nach sich ziehen werde, erscheint uns lächerlich. Oesterreich hat sich bisher vollkommen korrekt und gebührend verhalten, aber die albanische Frage ist so wichtig für Oesterreich und Italien, daß wir föhlich nicht erwarten können, daß diese Mächte den serbischen Standpunkt als ein Definitivum betrachten. Es ist von Bedeutung für ganz Europa, daß, wenn dieser Kampf vorüber ist, Albanien nicht an Stelle Mazedoniens das X der orientalischen Gleichung wird.

Pariser Stimmen.

Paris, 10. November. (Fig. Ver.) Die Verwirrung der Diplomatie findet begreiflicherweise in der der Presse ihr Gegenstück. Unternehmer- und Börseinteressen, nationalitische Stimmungspolitik, das Orchester der fest engagierten und der gelegentlichen Offiziösen der inländischen Regierung und der ausländischen Staatskanzleien und unverantwortlich kanegiehernde Dichtquerei führen ihr wüsten Konzert auf. Man kann auch nicht sagen, daß diese vielfältigen Meinungen und Forderungen sich irgendwie nach den politischen Parteien gruppieren ließen. Es gibt republikanische Blätter, die Oesterreich, Konervative, die Serbien zur Mäßigung mahnen, radikale, die Rußland, nationalistische, die England ihr Rißtrauen bezugen, parlamentarfeindliche, die angesichts des österreichisch-serbischen Konflikts jeden Kriegsgedanken von sich weisen, demokratische, die mit dem Säbel rasseln — und alles dies auch umgekehrt. Es gibt Leute, die den Augenblick der „Rebände für Agadir“ gekommen glauben und andere, die es als Wahnsinn erklären, französischen Arbeitern und Bauern die Kriegsbegeisterung, von deren elementaren Wichtigkeit gerade die jüngsten Ereignisse ein Zeugnis abgelegt haben, um ein paar entlegener Rester an der Adria und um serbischer Staatsnotwendigkeiten willen zuzumuten.

Erfreulicherweise kann man feststellen, daß bisher die friedensfreundlichen Meinungen noch die Oberhand haben, wenngleich gerade in den letzten Tagen ein Teil der radikalen Presse zu einer heftigeren Tonart übergegangen ist. Wir wollen einige der vernünftigen Meinungen hier wiedergeben. So schreibt Albert M i l h a u d im radikalen „Rappel“ vom 9. d. M.:

„Wenn die öffentliche Meinung in Rußland ins Gewicht fällt, so nicht minder in Frankreich. Wer oder wollte behaupten, daß unser Land ein gebieterrisches Bedürfnis fühlt, für Albanien oder für die Zuteilung der adriatischen Küste einen Krieg zu unternehmen? Und doch würden wir dahin getrieben werden — wofern wir die Warnungen unseres ganz besonders autorisierten und informierten „Matin“ richtig verstehen. Man muß ihm für seine Aufrichtigkeit, sei sie auch noch so brutal, Dank wissen, denn Frankreich darf nicht überrumpelt werden. Man wird sich immerhin fragen müssen, ob dieses Land, daß sich in den Tagen von Agadir gezeigt hat, für die Ehre und das Interesse der Nation immer zu erheben bereit ist, sich wie ein Hammel in ein Abenteuer hineintreiben läßt, das zu beschwören viel leicht zu spät ist.“

Ebenfalls am 9. d. M. schreibt Maxime Guillaume, der einstige jakobinische Kommuneard und jetzige gut nationalitische Radikale:

„Die öffentliche Meinung — dies muß gesagt werden — fürchtet den Krieg, und vor allem würde sie nicht verstehen, daß wir hineingerissen werden. Vierzehnjährige Bemühungen zur Sicherung der Verteidigung unserer Nation können keiner anderen Sache dienen als unserer eigenen Verteidigung. Das Land denkt nicht daran — und es hat recht! — sich für Albanien und adriatische Küsten zu schlagen. Als man während der Marokko- und Kongokrise Herrn J a w o l s k i fragte, ob Rußland den Krieg auf sich nehmen würde, antwortete er, daß es dazu bereit wäre, wenn die Ehre Frankreichs im Spiel wäre. Aber er setzte hinzu: „Für die Kongokrise werden wir uns nicht schlagen.“ Wäre der Krieg ausgebrochen, hätten wir uns allein verteidigen müssen. Nun, heute sagen auch wir: Wir wollen uns für Albanien und den Balkan nicht schlagen.“

Sehr bemerkenswert ist ein Artikel, den Paul Hyacinthe Loyson, der Führer der „Jungradikalen“, einer rührigen Gruppe reformistischer, demokratischer Intellektuellen, in seinem Wochenblatt „Les droits de l'homme“ (Die Menschenrechte) unter dem Titel: „Dem Wahnsinn entgegen“ veröffentlicht. Loyson schreibt: „Da alle Zeitungen verschwiegen, was alle Eingeweihten doch wissen muß von den Mut haben, es auszusprechen: Von Tag

zu Tag, von Stunde zu Stunde verschlimmert sich die europäische Situation, bis zu einem Punkt, wo man in unseren höchsten Sphären an die nahe Möglichkeit eines plötzlichen Ausbruchs glaubt. Ich spreche nie ein Wort aus, das ich vor meinem Gewissen nicht verantworten kann. Nun ich weiß es aus einer unerschütterlichen Quelle: im Augenblick, wo ich diese Zeilen schreibe, bereitet sich die Polizei vor, die bekannten Antimilitaristen in Sicherheit zu bringen — ein sicheres Vorzeichen von Feindseligkeiten —, und im Osten hat die Mobilisation tatsächlich schon begonnen. Der geistige Restriktionsfaktor des „Matin“ über die Notwendigkeit, unsere Effektivbestände an der Grenze zu verstärken, diente dazu, diese Maßregel zu maskieren. — Der große Verantwortliche ist Oesterreich, das jählich plündern will. Die großen Schuldigen sind Frankreich und Deutschland, die den Frieden erzwingen konnten, wenn sie im Einvernehmen gesprochen hätten.“

„Es hilft nichts, zu zweifeln und ebensowenig zu verzweifeln. Aber es heißt, energisch und selbstständig handeln. Es ist nicht möglich, daß 30 Millionen Männer dieses Erdteils einander massakrieren, ohne zu wissen warum. Nein, es wird noch in Europa einige Hunderttausende geben, die nicht von diesem galoppierenden Wahnsinn ergriffen sind.“

Lojjon kündigt am Schluß seines Artikels ein Meeting für den Frieden an, an dem Sozialisten und Radikale teilnehmen werden.

Unter dem Titel: „Der Bankrott der Diplomatie“ schreibt der radikale Deputierte Marc Reville in der heutigen „Aurore“, nachdem er erklärt hat, daß es unabweisbar sei, daß Frankreich wegen des Balkankonflikts zu den Waffen greifen könnte, folgendes:

„Das einzige, was sich aus den Ereignissen auf dem Balkan mit Sicherheit ergibt, ist der Bankrott der Diplomatie. Der betrübteste Bankrott sogar — denn das Strafgesetzbuch verurteilt denjenigen, der seine Zahlungen einstellt, nachdem er dem Publikum durch Vorspiegelungen Vertrauen eingeflohen hat, um seinen Kredit zu sichern.“

Die Stimmung in England.

London, 11. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die gemessenen Worte des Premierministers haben die seit einigen Tagen herrschende drückende Stimmung nicht zu zerstreuen vermocht. Einzelne Blätter erwarten den entscheidenden Punkt der Krise noch in dieser Woche. Natürlich erfährt die in so allgemeinem Tone gehaltene Rede Asquiths die verschiedenste Auslegung. Man dürfte aber wohl kaum fehlgehen, wenn man aus der Rede herausliest, daß der englischen Regierung das Schicksal Konstantinopels und Salonikis weit mehr am Herzen liegt als der Streit um die albanischen Häfen. Niemand ist es hier eingefallen, wie gewissen französischen Geblättern, eine Drohung in die Rede des Premierministers hineinzulesen. Viele mutwillige Verhetzung hat schon Antworten gefunden. So schreibt „Yorkshire Post“, vielleicht das einflussreichste Provinzialblatt: „Wir müssen unsere eigenen Interessen wahrnehmen und so weit wie möglich mit unseren Freunden zusammenarbeiten, aber es ist nicht unsere Sache, französische Feindseligkeiten zu ermutigen oder französischen Vorurteilen Vorschub leisten oder für die Balkanstaaten die Kaskaden aus dem Feuer zu holen.“ Ueberhaupt hat sich bis jetzt noch kein englisches Blatt über den serbisch-österreichischen Konflikt geäußert. Churchills Jüngere hat in der konservativen Presse außerordentliche Befriedigung hervorgerufen. Ein Blatt meint, daß es noch vor einem Jahre kaum glaublich gewesen wäre, daß ein liberaler Minister so reden könne. „Daily Citizen“ verurteilt Churchills Rede auf schärfste und erklärt, daß die Liberalen ihre friedlichen Grundsätze immer mehr über Bord werfen und daß die Arbeiterpartei allein für die alte liberale Politik des Friedens eintrete.

Krieg dem Kriege!

Der Internationale Sozialistische Kongreß.

Der außerordentliche Internationale Kongreß, der ursprünglich Ende Dezember stattfinden sollte, ist nun der Anregung des deutschen Parteivorstandes folgend durch das Internationale Sozialistische Bureau bereits auf den 24., 25. und 26. November nach der Durgalle in Basel zusammenberufen worden. Der Parteivorstand hat mit der Generalkommission der Gewerkschaften vereinbart, daß der Kongreß durch je vierzig Delegierte der Partei und der Gewerkschaften besetzt werden soll. Der Parteivorstand hat die auf die Partei entfallende Delegiertenzahl auf die Agitationsbezirke verteilt.

Da die Zeit bis zum Stattfinden des Kongresses sehr knapp ist, soll die Wahl der auf die Bezirke entfallenden Delegierten zum Kongreß ausnahmsweise durch die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen erfolgen.

Am 17. November finden in allen Hauptstädten Europas große Meetings gegen den Krieg statt. In Berlin werden mehrere Versammlungen stattfinden, an denen auch Vertreter der englischen, französischen und österreichischen Arbeiterpartei teilnehmen werden. Wir erwarten von der Berliner Arbeiterpartei, daß sie diese Versammlungen zu machtvollen Friedenskundgebungen gestalten wird.

Die Sozialdemokratie Berlins gegen den Krieg.

Den Schluß der Generalversammlung des Verbandes der Berliner sozialdemokratischen Wahlvereine, dieser Vertretung der arbeitenden Massen der Reichshauptstadt, bildete ein energischer Protest gegen das gefährliche Spiel mit dem Feuer, das jetzt die Diplomaten treiben. Genosse Hugo Haase begründete folgende Resolution:

Die Generalversammlung erhebt mit aller Entschiedenheit Protest gegen den verbrecherischen Versuch, das deutsche Volk in den Balkankrieg hineinzuziehen.

Sie spricht wiederholt ihren tiefsten Abscheu gegen den Krieg aus und erklärt insbesondere in voller Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratie aller Länder, namentlich Oesterreich-Ungarns, Frankreichs, Russlands, Englands und Italiens, daß das Proletariat keine Lust hat, sein Blut für die Pläne ehrgeiziger und herrschsüchtiger Cliquen zu opfern.

Die Generalversammlung fordert alle Genossen auf, sich mit voller Kraft an der Propaganda gegen den Krieg und an den Demonstrationen für den Frieden zu beteiligen.

Zur Begründung führte Genosse Haase aus: Der Krieg zwischen den Balkanvölkern nähert sich seinem Ende. Aber wir können noch lange nicht aufatmen. Ströme von

Blut sind am Balkan geflossen. Nicht nur trauernd, sondern entsetzt verhält der Genius der Menschheit sein Haupt ob der Greuel, die wir in den letzten Wochen erlebt haben. Die widerlichsten Grausamkeiten sind vorgekommen. Im Nahkampf ging die vor Wut sinnlos gewordene Soldateska mit rauhhaariger Grausamkeit gegeneinander vor. Zehntausende sind dahingeschlachtet. Ihre Gebeine liegen unbestattet auf dem blutgetränkten Boden. Typhus und Cholera, die unheimlichen Bürger der Menschheit, welche die gewöhnlichen Folgen des Krieges sind, gehen todringend durch die Lande. Jetzt hungern Frauen und Kinder zu Tausenden. Die Finanzen der kriegführenden Staaten sind ruiniert. Eine Hungersnot kündigt sich an. Graues Elend ist zu erwarten. Wenn wenigstens jetzt das Ende des furchtbaren Krieges zu erwarten wäre! Aber auf uns allen lastet die Sorge, daß die Kriegsfurie weiter wüten wird und daß auch wir hineinbezogen werden können in den Balkankrieg.

In dieser Situation ist es unsere Aufgabe, der Gefahr fest ins Auge zu sehen. Der italienische Minister des Auswärtigen war in Berlin und hat mit dem deutschen Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen eine Unterredung gehabt. Nach amtlichen Mitteilungen hat die Besprechung dieser Herren das volle Einverständnis der verbündeten Regierungen ergeben, besonders dahin, daß sie nicht gewillt sind, sich in die Entwidlung der Dinge im Orient einzumischen, so lange sie nicht von den kriegführenden Mächten darum ersucht werden oder so lange nicht ihre eigenen speziellen Interessen berührt werden. Das mahnt uns vor. Auch Österreich und Italien werden sich einmischen, wenn ihre speziellen Interessen berührt werden. Die Diplomaten haben bereits erklärt, daß ihre Interessen berührt sind, wenn Serbien den Sandhaß besetzt. Das ist geschehen und Oesterreich hat in den letzten Tagen verkündet, es könne nicht zulassen, daß Serbien einen Hafen am Adriatischen Meer bekomme. Oesterreich droht mit dem Kriege. Serbien aber muß im Interesse seiner wirtschaftlichen Macht nach dem Meere streben. Was haben wir Deutschen demgegenüber zu tun? Es sollte die Aufgabe unserer Regierung sein, zu erklären, daß das brutale Vorgehen Oesterreichs ganz unangebracht ist. Unsere Regierung sollte Oesterreich zurückhalten, sich in den Streit der Balkanvölker einzumischen. Wenn aber die deutsche Regierung zu verhalten gibt, sie werde sich an die Seite Oesterreichs stellen, so haben wir alle Verantwortung, ihr zuzurufen:

„Das ist nicht die Meinung des deutschen Volkes!“

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf die Ansicht eines Mannes hinweisen, der, wenn er auch stets unser Gegner war, doch mehr politisches Verständnis hatte wie Bethmann Hollweg und Aiderlen-Waechter. Bismarck war es, der in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ darauf hingewiesen hat, daß unser Vertrag mit Oesterreich uns nicht verpflichtet, Oesterreich in allen Kriegsfällen zur Seite zu stehen, sondern nur dann, wenn es von Rußland überfallen wird. Jetzt aber will Oesterreich zum Angriff übergehen, um ein Volk an seiner Selbständigkeit zu hindern. Es besteht also gar nicht der Fall, der Deutschland zum Eingreifen im Interesse Oesterreichs verpflichten könnte. Hierüber schrieb Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“:

„Es ist natürlich, daß die Bewohner des Donaubekens Bedürfnisse und Pläne haben, die sich über die heutigen Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie hinaus erstrecken. . . Aber es ist nicht die Aufgabe des Deutschen Reiches, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzugeben. Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Ausrufung hinaus Ansprüche aus dem Bündnisse abzuleiten, für die es nicht geschaffen ist.“

Diese Worte sind gerade auf die heutigen Verhältnisse gemünzt. Unsere Staatsmänner sollten also der österreichischen Regierung sagen: Wir denken nicht daran, über die Absicherungsverträge hinaus Euch Bündnistreue zu leisten! —

Aber noch andere Komplikationen tauchen auf. England hat Angli. Bulgarien könnte den Schlüssel zum Mitteländischen Meer in die Hände bekommen. Noch andere Pläne des Imperialismus treten hervor. Wenn es zur Teilung der Beute des Balkankrieges kommt, können wir einen

Weltkrieg

erleben. Jetzt, wo die Türkei auftritt, eine europäische Macht zu sein, erinnert man sich, daß es auch im türkischen Asien noch was zu holen gibt. Europäische Mächte beunruhigen schon ihr Verlangen nach dem Besitz von Syrien. Auch in Deutschland machen sich Stimmen laut, welche verlangen, daß Deutschland bereit sein solle, sich Syrien anzueignen. Daß sich die europäischen Mächte dabei in die Haare geraten können, liegt auf der Hand. Der Uneinigkeit der Großmächte müssen wir die Einigkeit des gesamten internationalen Proletariats entgegensetzen, das eine Bedeutung hat, an der man nicht achtlos vorbeischieben kann. Heute findet eine gewaltige Friedensdemonstration in Wien statt. In einer Woche wird das Proletariat in England und Frankreich demonstrieren. Haben wir auch bereits unserem Abheuen gegen den Krieg Ausdruck gegeben, so dürfen wir nicht nachlassen, die Kraft unserer Demonstration zu steigern. Wie Sie wissen, wird sich der internationale Arbeiterkongreß mit der Kriegfrage beschäftigen. Wir Deutschen haben den Wunsch ausgesprochen, daß das möglichst bald geschehen soll, noch vor Weihnachten. Unsere Aufgabe ist es, den Abheuen gegen den Krieg in die weitesten Kreise zu tragen. Wenn das geschieht, wird es keine Regierung wagen, in den Krieg zu ziehen. Wenn sich die Situation zuspitzt, wird man von der anderen Seite alle Mienen springen lassen, um eine Kriegshegeisterung zu erzeugen. Dagegen sind wir gewappnet. Aber es kommt darauf an, daß wir auch denen, die nicht mit uns sind und der Regierung, ein entschiedenes „Gut“ zurufen. Die Herrschenden sollen sich nicht einbilden, daß der Nationalpatriotismus derer, die ein persönliches Interesse am Kriege haben, bei uns eine Stütze finden kann. Unsere Forderung ist: Man lasse den Balkan den Balkanstaaten und menge sich nicht ein in die Angelegenheiten der Völker, die ihre Geschicke selbst entscheiden wollen. Wir rufen:

Krieg bis aufs Messer dem Kriege! (Stürmischer Beifall.)

Auf Vorschlag des Genossen Ernst ermächtigte die Versammlung den Zentralvorstand, falls der internationale Kongreß demnächst stattfinden sollte, denselben durch eine Delegation zu beschicken, da wegen der Kürze der Zeit die Wahl durch eine Generalversammlung nicht mehr möglich sein würde.

Ferner teilte Ernst mit, daß am nächsten Sonntag in Berlin wieder eine Friedensdemonstration stattfindet.

Die von Haase beantragte Resolution wurde darauf einstimmig angenommen.

Erst: Die herrschenden Mächte mögen sich gesagt sein lassen, daß die soeben vollzogene Annahme der Resolution keine bloße Form ist und daß sie keine leeren Worte enthält (Lebhafte Zustimmung.) Wir kennen nur eine Fahne, der wir mit Aufopferung und Begeisterung folgen, das ist die Fahne der Sozialdemokratie! Dieser Fahne unter allen Umständen treu zu sein, sind wir stets bereit. Das bekräftigen wir mit dem Ruf: Die internationale Sozialdemokratie lebe hoch! Begeistert stimmten die Anwesenden in das Hoch ein. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

Einzelne bürgerliche Blätter bringen über die Versammlung einen kurzen Bericht, in dem die Schlussworte Ernst unzutreffend wiedergegeben werden. Dies genügt der „Deutschen Tageszeitung“ und den „Berliner Neuesten Nachrichten“, um zu verlangen, daß der Staatsanwalt wegen der angeblichen „Drohung mit Hochverrat“ einschreite. Davon ist ja nun nicht die Rede und wir erwähnen die liebenswürdige Demagogie nur, um zu zeigen, daß nach der Meinung der Junker und Scharfmacher die Einleitung von Hochverratsprozessen gegen die stärkste Partei des deutschen Volkes mit zur Kriegsbereitschaft gehört.

Friedenskundgebungen in Oesterreich.

Die Demonstration in Wien.

Wien, 10. November. (Eig. Ber.) Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich hat für heute große Kundgebungen gegen die Kriegsgelüste der Herrschenden beschlossen. Gerade zur rechten Zeit; denn mehr als jemals sonst hegt eine verantwortungslose Clique zum gewalttätigen Eingreifen Oesterreichs in den Balkankonflikt. Der Aufforderung des Parteitages wurde überall im ganzen Reiche Folge geleistet. Ganz besonders imposant war die Demonstration der Wiener Arbeiterpartei. Nicht nur deshalb, weil hier ganz besonders große Massen in Bewegung kommen, sondern auch deshalb, weil die christlichsozialen Beherrscher von Wien es vor allem sind, die am frechsten mit dem Säbel rasseln.

Freitag und Sonnabend war ganz Wien mit Hunderttausenden Flugschriften überschwemmt worden, die zum Protest gegen den Krieg auffordern und da der berühmte § 23 des Pressgesetzes die „unbefugte Kolportage“ von Flugschriften verbietet, erfolgte am Sonnabendnachmittag die Verbreitung der Flugschriften unter der Assistenten von sozialdemokratischen Abgeordneten, an die sich die Polizisten doch nicht so recht heranwagen.

Die Versammlung fand im größten Saale von Wien, im Sophienjaale, statt. Dorthin zogen vom frühen Morgen Zehntausende Arbeiter in dichten Zügen. In allen Bezirken waren Sammelstellen, von wo aus die Arbeiter zur Ringstraße marschierten, wo sich die Züge nach neun Uhr trafen. Alle Bezirke waren mit ihren roten Fahnen marschiert, an der Spitze jedes Bezirks gingen die Abgeordneten und Hauptvertrauensmänner. In einzelnen Zügen wurden auch Standarden getragen. So hatten die Landstraher zwei mächtige Tafeln mit den Aufschriften: „Wir wollen den Frieden!“ „Gegen den Krieg!“ Der Aufmarsch der Wiener Arbeiterpartei erregte allüberall das größte Aufsehen und wurde fast überall von den Zuschauern mit lebhaften Rufen der Sympathie allmählich.

Im Saale war auch das letzte Plätzchen besetzt. Es referierten die Abgeordneten Ellenbogen, Schuhmeier, Domes und Renner, deren Ausführungen, namentlich an jenen Stellen, wo sie jede Einmischung Oesterreichs verdammt, stürmischen Beifall fanden. Es wurde folgende Resolution beschlossen:

„Wir sind zu Zehntausenden aufmarschiert, um gleichzeitig mit den Männern und Frauen in allen Städten Oesterreichs kund zu tun, daß wir fordern: Die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen und um jeden Preis! Wir warnen die Regierungen und Diplomaten Oesterreichs vor dem Frevel, über unser Land das namenlose Unheil eines Krieges heraufzubeschwören. Alles, was am Balkan zu gewinnen wäre, ist nicht das Leben eines einzigen Soldaten wert. Weder der Sandhaß noch Albanien, noch irgend eine andere Einbildung des Großmachtwahns darf Anlaß zum Bruch des Friedens werden. Alle diese eingebildeten Interessen versinken in nichts gegenüber dem einzigen wirklichen und andauernden politischen und wirtschaftlichen Interesse aller Völker Oesterreichs mit den Balkanstaaten in Frieden und in Freundschaft zu leben. Die Balkanwirren dürfen nie und nimmer Anlaß sein, die Schreden der Arbeitslosigkeit und unermesslicher Teuerung über unser Land zu bringen und die wertvollsten Kulturgüter zu zerstören. Mögen die Herrschenden eingedenk sein der Witwen und Waisen, der Krüppel und Toten, die auf ihrem Gewissen lasten müssen, wenn sie das Verbrechen der Kriegstiftung begehen! Mögen sie davor zurückzucken, sich mit unsäglichem Blutschuld zu beladen. Wir begrüßen die Aktion der Sozialistischen Internationale für den Frieden, senden unseren Brüdern in allen Ländern unseren Gruß und geloben, auch in unserem Lande alle Energie einzusetzen im Kriege gegen den Krieg!“

Der riesige Saal war aber zu klein für die anrückenden Massen und nur ein kleiner Teil konnte in den Saal gelangen. Viele Tausend standen draußen und füllten die umliegenden Straßen. Zahlreiche Ordner mit roten Armbinden mußten hier die Ordnung aufrechterhalten. Es herrschte ein beängstigendes Gedränge. Der Verkehr der Straßenbahn mußte gleich im Anfang in der ganzen Umgebung eingestellt werden. Während im Saale die Redner sprachen, mußten auch draußen Versammlungen improvisiert werden, wo die Abgeordneten Leutner, Reumann, Forstner, Seber, Skaret und andere in flammenden Reden und unter stürmischer Zustimmung der Massen gegen die verruchte Kriegshege protestierten.

Nach 11 Uhr war die Versammlung im Saale zu Ende und nun lösten sich auch die Massen auf der Straße wieder in einzelne Züge auf, die mit ihren roten Bannern nach den einzelnen Bezirken abzogen.

Nach in vielen anderen Orten fanden massenhaft besuchte Versammlungen statt, die Zeugnis ablegten von dem Friedenswillen des österreichischen Proletariats.

Der französische Gewerkschaftsverband gegen den Krieg.

Paris, 11. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Vorstand der Confédération générale beruft zum 24. November eine Konferenz der Berufsverbände der Arbeitssphären ein. Auf der Tagesordnung steht: Die Organisation des Widerstandes gegen den Krieg.

Noch keine Entscheidung an der Tschataldicha-Linie.

Das Schweigen der Bulgaren über die Kämpfe an der Tschataldicha-Linie läßt darauf schließen, daß dort noch erbittert gekämpft wird. Die Türken, die sicher mit der Energie äußerster Verzweiflung einziehen, was ihnen an Kräften noch zur Verfügung steht, verkünden schon wieder Siege. Sie wollen einen Offensivstoß über die Tschataldicha-Linie hinaus gemacht haben und sogar bis Lüle Burgas vorgeedrungen sein. Auch Rodosto am Marmarameer soll sich wieder in ihrer Gewalt befinden. Aber alle diese Meldungen verdanken nur der begreiflichen Absicht einer Stimmungsmache ihre Entstehung. Von größerer politischer Bedeutung als diese blutigen Kämpfe um den Zugang nach Konstantinopel und um die

Festung Adrianopel ist der Marsch, den serbische Kolonnen nach Westen an die Küste des Adriatischen Meeres durch das albanische Bergland machen. Serbische Vortrupps sollen sogar schon in die Nähe der Hafenstädte Durazzo und Alessio gelangt sein. Denn die militärische Befestigung gerade dieses Landstriches ist es ja, was die Eifersucht Österreichs erregt. Je mehr also die Serben militärisch die Herren dieses Gebietes werden, desto mehr wächst die Gefahr eines internationalen Konfliktes, wenn die Völker Westeuropas nicht den Händen ihrer Diplomatie entgegenarbeiten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Der Kampf an der Tschataldscha-Linie.

Wien, 10. November. Der Kriegsberichterstattung „Der Reichspost“ meldet aus dem bulgarischen Hauptquartier vom 9. November:

Ueber den Kampf um die Linie von Tschataldscha darf ich nur mitteilen, daß die bulgarische Angriffsaktion erfolgreich fortschreitet. Die bulgarischen Truppen haben weitere Vorpositionen genommen. Der entscheidende Stoß soll mit solcher Gewalt geführt werden, daß die bulgarischen Truppen gleichzeitig mit den stehenden Türken vor den Forts von Adrianopel eintreffen. Durch die unergiebige Befestigung der Stadt sollen sowohl die diplomatische Einkreisung wie die drohenden Christenmassaker verhindert werden.

Sofia, 11. November. Wie das Blatt „Mir“ erfährt, haben die türkischen Truppen gestern nacht um 10^{1/2} Uhr von Kmettschikow aus gegen die Nordwestfront einen Ausfall versucht, wurden aber durch ein mörderisches Artilleriefeuer der Bulgaren zurückgetrieben, durch das sie ernste Verluste erlitten.

Bulgarische Erfolge vor Adrianopel.

Wien, 10. November. Der Kriegsberichterstattung der „Reichspost“ meldet aus dem bulgarischen Hauptquartier vom 9. November: Die gemeldete Einnahme zweier türkischer Positionen auf der Südostfront des Adrianopeler Fortsgürtels durch die Bulgaren erfolgte in der Nacht vom 7. zum 8. November. Nach furchtbarem Artilleriefeuer wurde eine Brigade, der weitere Reserven folgten, zum Sturm auf die beiden Forts Kartaltepe und Papaztepe angeführt. Trotz der türkischen Scheinwerfer und des Geschosshagels, der den Angreifern entgegenzuschlug, gelang es der bulgarischen Infanterie schließlich, die beiden Forts zu stürmen. Die Bulgaren zogen sofort Verstärkungen, namentlich Artillerie, nach, wiesen alle Gegenangriffe der Türken zurück und begannen die gewonnenen Positionen auf der Achsfront gegenüber Adrianopel zu besetzen. Von den beiden eroberten Forts ist besonders Kartaltepe sehr stark besetzt. Es liegt auf einem 143 Meter hohen Hügel und beherrscht sowohl die Stadt wie die anschließenden Gürtelwerke. Die Einnahme dieser beiden Forts sowie die gleichzeitig erfolgte Erstürmung des Forts Kartaltepe machen die weitere Verteidigung aussichtslos. Die Kapitulation der Festung wird stündlich erwartet.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der serbische Vormarsch an die Adria.

Belgrad, 11. November. Nach privaten Meldungen aus Meskub sind die Vortrupps der serbischen dritten Armee bis zur Küste der Adria vorgedrungen. Eine serbische Abteilung traf bei der Mündung des Matjasslusses südlich von Alessio mit montenegrinischen Truppen zusammen und rückt an der Westküste entlang gegen Durazzo vor. Eine zweite serbische Kolonne marschiert vom Tale des Drin durch unwegsames Terrain direkt auf Durazzo, ohne auf bewaffneten Widerstand zu stoßen; infolge des meterhohen Schnees rückt sie jedoch nur sehr langsam vor. In längstens zwei Tagen wird das Eintreffen der serbischen Truppen in Durazzo erwartet.

Die Serben vor Saloniki.

Belgrad, 11. November. Wie nachträgliche amtliche Berichte melden, wurde Dorian (ca. 50 Kilometer nördlich von Saloniki) bereits am 5. November von serbischer Kavallerie eingenommen; 1000 türkische Soldaten gerieten dabei in Gefangenschaft. Das 10. serbische Infanterieregiment befand sich im Augenblick der Uebergabe von Saloniki an die Griechen vor der Stadt.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe im Epirus.

Athen, 10. November. Die täglichen Angriffe der Türken gegen die bei Janina stehende griechische Armee, die seit dem 5. November andauern, haben in der vergangenen Nacht mit dem Rückzuge des Feindes aus seinen Stellungen bei Pentepigadha geendet. Die griechische Armee rückte vor und besetzte diese Stellungen. Bei diesem Angriff hat der Feind ernsthafte Verluste erlitten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. November 1912.

Annahme des Sparkassengesetzes und Warenhaussteuer.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag den Gesetzentwurf betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren in dritter Lesung angenommen. Ein Antrag des Abg. Fashender (Z.), die Beratung so lange auszusetzen, bis die Kommission zur Beratung des Antrages Waldstein betr. die Entschädigung der Sparkassen gegen Kursverluste ihre Arbeiten beendet hat, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Neue Momente wurden in der Debatte, in die wiederholt Genosse Leinert eingriff, nicht mehr zutage gefördert. In der Schlussabstimmung stimmten die beiden konservativen Parteien, die Nationalliberalen und ein Teil der Fortschrittler für das Gesetz. Die Sozialdemokraten hatten über dieses die kleineren Sparer zugunsten der reichen Leute so sehr benachteiligende Gesetz namentliche Abstimmung beantragt, konnten aber nicht die nötige Anzahl von Unterschriften aufbringen.

Der zweite Teil der Sitzung wurde durch die Beratung des Kommissionsberichts über den Antrag Hammer betr. höhere Besteuerung der Warenhäuser ausgefüllt. Die Kommission hat dem Antrag zwar die schärfsten Giftzähne ausgebrochen, immerhin aber beantragt sie eine „Verbesserung“ des Warenhaussteuergesetzes, insbesondere hinsichtlich der Grundlage der Steuerbemessung und in Verbindung damit ihrer Höhe sowie des Verwendungszweckes in Erwägung zu ziehen und demnachst einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Für diesen Antrag traten die Redner aller bürgerlichen Parteien ein, während der Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Sirsch, unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Warenhaussteuer Ausdruck gab und die angebliche Mittelstandsfreundlichkeit der Anhänger dieser ungerechten Steuer ins gebührende Licht rückte.

Auch der Kommissar des Finanzministers brachte eine Reihe gewichtiger Bedenken gegen den Antrag vor, Bedenken so vernünftiger Natur, daß die Sozialdemokraten als die einzigen Mitglieder des Hauses ihm beipflichteten. Wofür der Regierungskommissar allerdings gehörig abgefanzelt wurde.

Dienstag ist sittingsfrei.

Am Mittwoch beginnt die zweite Lesung des Wassergesetzentwurfs.

Ein Eingriff Roms in das Koalitionsrecht deutscher Arbeiter.

Zur neuesten Enghikla des Papstes wird uns geschrieben: Nach § 152 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich sind alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter aufgehoben. Zu diesen Vereinigungen gehören die christlichen Gewerkschaften. Kögen sie ihre Aufgaben als Arbeiterorganisationen noch so unvollkommen erfüllen, mögen sie für uns ein Hindernis in der allgemeinen Arbeiterbewegung sein — einerlei: sie sind ihrem Programm und — so gut und so schlecht sie es vermögen — auch ihrer Tätigkeit nach Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ungehindert an der Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Zwecke arbeiten dürfen.

Was die Reichs- und Staatsgesetze den christlichen Organisationen gewähren, das nimmt ihnen der Papst, und unbefürmert darum, daß den deutschen Arbeitern das Recht der Koalition zusteht, beschränkt er einem Teil von ihnen dieses Recht in fühlbarer Weise. Er mahnt sich die Befugnis an, katholischen Arbeitern den Beitritt zu gesetzlich zulässigen Organisationen einfach zu verbieten, d. h. das durch § 152 der Gewerbeordnung aufgehobene Koalitionsverbot selbstherrlich von neuem einzuführen.

Der Papst will auf Wunsch einiger Bischöfe die christlichen Gewerkschaften „bilden“, allerdings nur, wie es in seiner Enghikla heißt: „solange nicht wegen neuer eintretender Umstände diese Bildung aufgehört, zweckmäßig oder zulässig zu sein“. Durch Reichsgesetz ist das Verbot der Arbeiterkoalitionen aufgehoben, der Papst selbst sieht über dem Gesetz: er verkündet als sein Vorrecht, daß er jederzeit Organisationen deutscher Arbeiter verbieten kann. Und es bleibt nicht bei der Androhung. Der Papst sieht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Organisationen katholischer Arbeiter konfessionell sein und in allem der Kirche folgen müssen. Solche Organisationen — sagt er in seiner Enghikla — sollen „in katholischen Gegenden und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden“. Handelt es sich aber um Vereinigungen, die das Gebiet der Religion und der Sittlichkeit direkt oder indirekt berühren, dann wäre es in keiner Weise zu billigen, in den eben erwähnten Gebieten gemischte Vereinigungen zu fördern und zu verbreiten zu wollen, d. h. solche, die sich aus Katholiken und Nichtkatholiken zusammensetzen.

Grenzsperre für christliche Gewerkschaften also, Einfuhrverbot interkonfessioneller Organisationen in die Gebiete der Herren Kopp und Korum! Der Breslauer Fürstbischof hat nicht umsonst von einem „berseuchten Westen“ gesprochen! Richt allgemein, aber für gewisse Gegenden verbietet der Papst in Zweifelsfällen gegen die Reichsgesetze Organisationen, die die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Zweck haben.

Und wo nun noch ausnahmsweise nach der päpstlichen Kundgebung christliche Gewerkschaften zugelassen werden, da engt der Papst ihre Bewegungsfreiheit derart ein, daß von einem Koalitionsrecht nichts mehr übrig bleibt. Er stellt ihre Tätigkeit nicht nur bezüglich der Einzelaufgaben: Regelung des Lohnes und der Arbeitszeit, sondern auch bezüglich der Mittel: Ausmaß usw. unter die Aufsicht der Kirche und bestellt ihnen die Klerisei als Wächter darüber, daß sie nicht aus den von Rom gezogenen Grenzen hinausgehen.

Man könnte sagen, es sei Sache der Christlichen, sich mit dieser ihnen zugetheilten Rolle der Willenslosen und Ohnmächtigen abzufinden. Gewiß, aber die Sache hat eine über den Kreis der Betroffenen hinausgehende Bedeutung insofern, als sich die Frage ausdrängt: Soll es dem Regiment in Rom gestattet sein, deutsche Reichsgesetze einfach zu zunichte zu machen und ein ohnehin schon lärglich bemessenes Recht, wie das Koalitionsrecht, für Hunderttausende von deutschen Arbeitern vollends in Scherben zu schlagen? Als der Papst zu Pfingsten sein Verdammungsurteil über die christlichen Gewerkschaften verkündete, da ließ der Reichskanzler eine „führende Persönlichkeit im evangelisch-sozialen Lager“ wissen, daß er die erwähnten Vorgänge „mit erster Aufmerksamkeit verfolgte“. Herr v. Bethmann Hollweg wird nunmehr, wo es sich um einen offensichtlich und schweren Eingriff in die Reichsgesetze und die Rechte deutscher Staatsbürger handelt, Rechenschaft geben müssen, was er demgegenüber zu tun gedankt, um die Reichsgesetze und die Staatsbürgerrechte vor derartigen Eingriffen sicherzustellen!

Militaristische Stimmungsmache.

Die bürgerliche Presse berichtet: Bei den Vereidigungen der Rekruten, die gegenwärtig in den deutschen Garnisonstädten stattfinden, ist in den Ansprachen durch die Truppenkommandeure vielfach auch auf den Balkankrieg Bezug genommen worden. Den jungen Marschjüngern wird vor Augen gehalten, daß in allen und jeden Fällen die Pflicht zu erfüllen sei, selbst auch dann, wenn der Grund zu einer Wohnahme scheinbar nicht zu erkennen sei. Dabei wurde auf den Balkankrieg hingewiesen und geschildert, wie namentlich die Bulgaren sich freiwillig für die erste Angriffskolonne meldeten, wohl wissend, daß dies den sicheren Tod bedeute, daß aber dadurch die feindliche Stellung erschüttert und der Weg für die Niederwerfung des Gegners den nachfolgenden Kameraden leichter gemacht werde. Da ähnliche Redewendungen aus den verschiedenen Garnisonorten gemeldet werden, so scheint eine entsprechende allgemeine Anordnung ergangen zu sein. Warum macht man die Rekruten nicht darauf aufmerksam, daß nicht die Bulgaren, wohl aber die Türken durch die Schule des preussischen Paradedrills gegangen sind?

Die Stuttgarter Straßendemonstration vor Gericht.

Die am Sonntag, den 15. September d. J., in Stuttgart stattgefundene Straßendemonstration gegen die Teuerung gab der Staatsanwaltschaft Veranlassung, gegen die Genossen Crispian, Eggert und Westmeyer Anklage zu erheben wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Am Freitag kam die Sache vor dem Stuttgarter Schöffengericht zur Verhandlung und endete nach zehnstündiger Dauer mit der Freisprechung Eggerts, während Crispian zu 150 M., Westmeyer zu 250 M. Strafe verurteilt wurde.

Es waren 11 Zeugen geladen, darunter Polizeidirektor Dr. Bittinger, eine Anzahl Schupkeule und Partei- und Gewerkschaftsangehörige.

Bekanntlich war die Demonstration die Folge des Verbots einer auf dem Gewerkschaftsplatz geplanten großen Versammlung. An Stelle dieser Versammlung wurden am Sonntag vormittag 23 Versammlungen in geschlossenen Räumen abgehalten und von allen Versammlungen aus zogen die Teilnehmer in losen Gruppen zuerst auf den Schloßplatz, von da am Ministerium des Innern vorbei auf den Marktplatz und schließlich auf den Marienplatz. An diesen drei Stellen wurden von den Angeklagten Ansprachen gehalten. Das Verhalten der Demonstranten war nach dem gerichtlichen Zeugnis des Polizeidirektors, der auf dem Schloßplatz dazu kam, als Crispian redete und mit diesem eine Unterredung hatte, musterhaft. Die Zahl der Teilnehmer schätzte Dr. Bittinger auf 10—12000. Ein einziger Betrunkener habe sich ihm genähert, sei aber von 5—6 Beteiligten zurückgehalten worden. Eine Sachbeschädigung oder Ruhestörung ist, wie Dr. Bittinger auf Anfrage des Verteidigers Dr. Schweiger erklärte, nicht vorgekommen, aber eine „Verkehrshörung“ sei eingetreten, die Straßenbahnwagen hätten 2—3 Minuten anhalten müssen. Auch sei von der Masse ein Lied (die Marschlied) gesungen worden!

Durch diese vom Polizeidirektor selbst gegebene Darstellung wurde das Gewicht der Anklage immer kleiner und kleiner und schließlich schrumpfte die ganze Staatsaktion zusammen auf das furchtbare Verbrechen, eine nicht genehmigte Versammlung unter freiem Himmel und einen Aufzug veranstaltet und geleitet zu haben. Da es nun dem Staatsanwalt in der Voruntersuchung trotz aller Bemühungen nicht gelungen war, Genaueres über die Vorbereitung der ganzen Demonstration zu erfahren, sollten die Angeklagten und eine Anzahl als Zeugen geladene Gewerkschaftsbeamte in der Hauptverhandlung darüber Aufschluß geben. Aber auch das gelang nicht, denn die Angeklagten lehnten es ab, darüber irgendwelche Auskunft zu geben, da sie es nicht als ihre Aufgabe ansahen, dem Staatsanwalt weitere Angeklagte zu liefern. Auch die parteigenösslichen Zeugen verweigerten die Aussage mit der Begründung, daß sie sich durch Verantwortung der gestellten Fragen selbst strafbar machen könnten. Genosse Crispian gab zwar ohne Einschränkung zu, daß beschlossen worden war, nach Schluß der Versammlungen in losen Gruppen auf den Schloßplatz zu ziehen, aber die Neugierde des Staatsanwalts, wer das beschlossen hatte, konnte nicht befriedigt werden. Ferner wurde eingeräumt, daß aus der Mitte der Versammlungen Aufforderungen ergingen, auf den Schloßplatz zu marschieren, aber die Namen der Versammlungsteilnehmer, die diese Aufforderung ertönen, konnten dem Staatsanwalt beim besten Willen nicht genannt werden. Der Staatsanwalt wollte deshalb den Angeklagten den Mut absprechen, für ihre Taten einzustehen, wogegen die angeklagten Genossen jedoch entschiedenen Einspruch erhoben mit der Erklärung, es sei Sache des Staatsanwalts, sich seine Angeklagten selbst zu suchen. Als Genosse Eggert mit scharfer Betonung erklärte, er könne den Vorwurf, daß die Angeklagten feige zu knien verstanden, nicht in der gebührenden Form zurückweisen, weil er sich bei der Stellung des Staatsanwalts gewisse Beschränkungen auferlegen müsse, sprang der Staatsanwalt erregt auf und erklärte, den Vorwurf in dieser Form nicht erheben zu haben.

Die Verteidigungsrede Dr. Schweigers schlug dem Staatsanwalt die Waffen aus der Hand. Eine Beunruhigung des Wirtschaftslebens werde nicht durch derartige Demonstrationen, sondern durch die nördlich der Mainlinie beherrschten Rußländer der heutigen Wirtschaftspolitik herbeigeführt, und der Protest gegen diese Politik sei kein Vergehen, sondern ein Verdienst. Eine Versammlung im Sinne des Gesetzes, in der eine im Voraus festgesetzte Frage beraten werden sollte, habe nicht stattgefunden. Sämtliche auch die alljährlich von den Tübinger Studenten in der Nacht zum 1. Mai auf dem Markt veranstaltete Versammlung mit dem Gesang: „Der Mai ist gekommen“ als solche betrachtet werden. Und wie stehe es mit dem unangemeldeten Demonstrationzüge in der Weihnachtsnacht 1907 vor's kaiserliche Schloß? Damals habe in Preußen ein noch viel schärferes Vereinsrecht gegolten, als heute im Reich.

Gegenüber dem Antrage des Staatsanwalts, der je fünf Wochen Haft für Crispian und Westmeyer, vier Wochen für Eggert vorschlug, beantragte der Verteidiger Freisprechung. Das Gericht kam in der Begründung des oben mitgeteilten Urteils zu dem Ergebnis, daß Eggert keine Handlung nachgewiesen sei, die als „Leistung“ bewertet werden könne; bei Westmeyer aber sei als erwiesen angenommen, daß er an den Vorbereitungen und an der Leitung mitgewirkt habe. Crispian habe in seinem Gespräch mit dem Polizeidirektor die Verantwortung übernommen und sich damit als Leiter bekannt. Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, daß die Ordnung eine tadellose war.

Kriegsministerium und Militärarbeiter.

In den Spandauer Staatswerkstätten ist nunmehr ein neuer Erlass des Kriegsministeriums angeschlagen worden, der den Arbeitern zwar die Mitgliedschaft im Verbands der Militärarbeiter gestattet, aber jede agitatorische Betätigung für den Verband mit sofortiger Entlassung bedroht.

Für den Depressionszustand — vier Wochen strengen Arrests.

Ein Arbeitslos, der sich beim Militär Strafe auf Strafe zugezogen hatte, sollte eines Tages in Königsberg eine Arreststrafe von drei Tagen verbüßen. Als er im Arreststalle war, zog er sich völlig aus, zerriß die Kleider und zertrümmerte alles, was nicht niel- und nagelstark war. Er kam nach dem Lagerort, wurde aber bald wieder in den Arrest geschafft, wo er wiederum zu toben begann. Der Mann mußte deshalb vor dem Kriegsgericht erscheinen, wo er erklärte, sich der Vorfälle nicht mehr zu erinnern. Die ärztlichen Sachverständigen bezeugten den Angeklagten als geistig minderwertig. Es möge sich bei den Vorfällen ein Depressionszustand geltend gemacht haben, doch die Anwendung des § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs sei nicht zu rechtfertigen. Das Kriegsgericht erkannte auf die überaus harte Strafe von vier Wochen strengen Arrests, die sicherlich geeignet ist, den kranken Mann körperlich und geistig aufs schwerste zu schädigen.

Oesterreich-Ungarn.

Hungarische Klassenjustiz.

Das Budapester Schwurgericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur des deutschen Parteiorgans „Volkstimme“ wegen eines Aufrufs zur Maidemonstration zu einem Jahre Gefängnis und 1000 Kr. Geldstrafe. Die Erbitterung unter der Arbeiterchaft ist groß. Die „Volkstimme“ hat noch 11, die „Republika“ noch 18 Prozesse.

Ein Spionageprozess

befähigte in den letzten Tagen das Landesgericht Wien. Der einstige österreichische, nachmalige russische Offizier Alexander Murmann — dessen Erziehungslohn wegen seiner noblen Herkunft Kaiser Franz Josef getragen war — erhielt vier Jahre schwere Kerker wegen versuchter Spionage zugunsten Rußlands. Da kein Austauschpion vorhanden ist — die beiderseitigen Beziehungen sind nicht so freundlich wie der preussisch-russische Herzogsbund — wird Herr Murmann auch wirklich in den Kerker wandern.

Gewerkschaftliches.

„Zu Bömelsburgs Tod.“

Aus Dortmund wird uns geschrieben:
Unter der obigen Überschrift veröffentlicht die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ eine angebliche Zuschrift eines Sekretärs des christlichen Bauarbeiterverbandes, die auch die Kunde durch die Zentrumspresse macht. Da die „Christen“ von jeher in ihrem Tun und Handeln von keinerlei sittlichen Skrupeln belästet gewesen sind, so wird man sich auch über den neuesten Beweis christlicher Niedertracht nicht weiter wundern, aber trotzdem dürfte es wohl geboten sein, das jesuitische Elaborat einer frommen Seele nach Gebühr niedriger zu hängen.

Der biedere Bau-Sekretär unternimmt keinen geringeren Versuch als den Theodor Bömelsburg für die Christen zu rekrutieren. Dieses kühne Unterfangen beginnt man folgendermaßen:

Die Zuschrift versucht sich mit dem warmempfundeneren Nachruf auseinanderzusetzen, den der „Grundstein“ dem verdienten, langjährigen Führer gewidmet hat. In dem Nekrolog war gesagt, daß man nicht wisse, wann Bömelsburg den Bann der katbolischen Glaubensdogmen abschüttelte, daß er aber jedenfalls als fünfundsiebenzigjähriger mit der Kirche gebrochen hatte und nie das Verlangen zeigte, den Schritt zum völligen Bruch rückgängig zu machen. Der christliche Sekretär mag es, die Richtigkeit der letzten Behauptung anzuzweifeln. Er will 1906 kurz nach dem christlichen Gewerkschaftstreffen eine Unterredung mit Bömelsburg gehabt haben, bei welcher Gelegenheit Bömelsburg zutauschlich erzählt habe, daß er bis längere Zeit nach seiner Militärzeit sehr religiös gewesen sei. Bömelsburg habe ferner die tiefe Religiosität seiner Eltern geschätzt und gesagt, daß er sich stets schwer getroffen gefühlt habe, wenn in seiner Gegenwart religiöse bezw. kirchliche Einrichtungen bespöttelt worden seien. Unter anderem habe er gelegentlich der Errichtung der Einfriedigungsmauer an der Marinelirke in Dohum einen „langen Hamburger“ gehöhrt, weil er den Weichstuhl bespöttelt habe.

In der angeblichen Zuschrift heißt es dann wörtlich weiter: „Auch schilderte er mir, daß er über den Bruch mit der Kirche starke innerliche Kämpfe geführt habe. Als ich ihm sagte, daß ich die Aufklärung hätte, daß er heute in der christlichen Arbeiterbewegung mit an erster Stelle kämpfen würde, wenn bei seinem Eintritt in die Arbeiterbewegung die christlichen Gewerkschaften schon vorhanden gewesen und er sie hätte kennen gelernt, schwieg er und hob bedächtig die Schultern. Ich hatte bei dieser Unterhaltung den Eindruck gewonnen, daß Bömelsburg geschildert hat. Ich habe diese Unterhaltung schon damals mit mehreren Kollegen besprochen und mich dahin geäußert, daß Bömelsburg auf mich den Eindruck gemacht habe, daß er am Ende noch ins christliche Lager zurückkehren werde (in der Zentrumspresse in Fettdruck). Leider hat eine tödliche Krankheit ihm den klaren Verstand genommen.“

Theodor Bömelsburg war ein grundrechtlicher Charakter. Daß er über oder vor dem Bruch mit der Kirche innerliche Kämpfe geführt hat, ist für ihn so selbstverständlich, wie für die meisten, die den gleichen Weg gingen und denen die Lebensanschauung Gewissenssache ist. Bömelsburgs unbedingte Achtung vor der wahren Heberzeugung des Gegners ist stets ganz allgemein anerkannt worden. Was hierüber hinaus von der Darstellung des christlichen Konfessionssekretärs schließlich Dichtung oder Wahrheit ist, ist belanglos, auch das jedenfalls falsch verstandene bedächtige Schulterheben.

Es kommt hier lediglich auf die beachtliche Wirkung und die fühlbaren Schlüsse an, und beide zeigen die christliche Niedertracht in ihrer ganzen Größe. Die Methode ist weder originell, noch neu, dafür aber gemein und abscheulich auch christlich. Theodor Bömelsburgs Glauben an den Sozialismus war unerschütterlich, sein endlicher Sieg war für ihn gewiß. Hierfür sind tausend Beweise zu erbringen. Von den angeblichen Heilswahrheiten der christlichen Kirche erwartete er nichts, Bömelsburgs Andenken in der ganzen modernen Arbeiterbewegung steht aber zu hoch, als daß irgend jemand es erschüttern könnte. Und so ist denn das ganze Manöver der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ lediglich geeignet, die abscheuliche Gemeinheit gewisser „christlicher“ Agitatoren zu zeigen, die es mit ihrem angeblich wahren Christentum vereinen, die Toten nicht einmal im Grabe ruhen zu lassen.

Berlin und Umgegend.

Folgen der Arbeiterunterdrückung in der A. E.-G.

Vor einigen Monaten teilte die A. E.-G. mit, daß sie alle Verkaufspreise um 10 Proz. erhöht habe. Dies hat zur Folge, daß in Zukunft der Verdienst der Firma ein erheblich größerer wird, als dies bisher schon der Fall war. Bei den alten Verkaufspreisen war die Firma in der Lage, neben erheblichen Abschreibungen für Abschreibungsfonds jährlich 14 Proz. Dividende zu zahlen. Wie steht es aber mit den Arbeitern der A. E.-G.? Die Firma glänzt gern nach außen als Wohlfahrtsfirma. Die Arbeiter haben leider noch nichts von diesen Wohlfahrten gemerkt. Es grübelt sie schon, wenn bekannt wird, daß eine neue Wohnsiedlung eingerichtet werden soll. Erklärte doch der Direktor Hirschberg den — gelben Arbeiterverein für eine Wohlfahrtsinstitution! Wie diese „Wohlfahrt“ aussieht, mag die Tatsache zeigen, daß den Weibern ganz erhebliche Aufwandszüge gemacht sind und daß die gelben Hilfsarbeiter des Maschinenlagers, als sie bei einem Lohn von 42 Pf. mehr forderten, vom Herrn Direktor Elfes hinausgeschickt wurden mit dem Bemerkung: „Wenden Sie sich an Ihren Vorstehenden, damit Ihnen der den Zweck des Vereins mitteilt!“ Auf welche arbeitserschütternden Einfälle die Herren Direktoren des Werkes verfallen, geht aus folgendem Schriftstück hervor:

An den königlichen Gewerbeamt Herrn Dr. Kuhnau!

Wetter Herr Rat!

Die endunterzeichneten Arbeiter der A. E.-G. haben Dr. Kuhnau bitten, bitten höflichst um Ihre freundliche Unterstützung in folgender Angelegenheit. In unserer Fabrik ist angeregt worden, die Lohnzahlung für die Folge nicht mehr an Sonntagen in Ringen oder Papiergeld, sondern durch Ueberweisung des Lohnbetrages auf ein Bankkonto des betreffenden Arbeiters zu überweisen. Unsere Arbeiterchaft vertritt sich von dieser Einführung große Vorteile wirtschaftlicher und finanzieller Natur; zweifellos wird das Sparprinzip des einzelnen hierdurch erheblich angeregt und sowohl der Arbeiter als auch seine Familie zur Sparsamkeit erziehen; auch verlernen wir nicht, daß hierdurch in sozialer und ökonomischer Hinsicht etwas Neues und Schönes geschaffen wird, und wir bitten aus diesem Grunde nochmals um Ihre freundliche Unterstützung bzw. um Vortrag dieser Angelegenheit bei der zuständigen Behörde.

Achtungsvoll

(Dann folgen die Unterschriften von einigen Ausarbeitern.)

Herr Direktor Hirschberg hat die Sache ausgearbeitet, dann mehrere Male den Arbeitern empfohlen und sammelte darauf die Unterschriften. Die Gesellschaft entsetzt sich auf diese Weise aller der Unannehmlichkeiten, die das jetzige Bezahlungssystem für sie hat und läßt sie auf die Arbeiter. Gleichzeitige nimmt sie ihnen die Möglichkeit einer sofortigen Kontrolle ihrer Lohnzahlung. Da die Arbeiter es ablehnen, hierzu ihre Unterschrift zu geben, versucht man auf andere Weise zum Ziel zu kommen.

Das Sparprinzip wird heute schon im Betriebe sehr geübt. Die Arbeiter sollen die Hilfsarbeit gratis verrichten. Die Folgen zeigen sich auch schon in erschreckender Weise, besonders in den Abteilungen, die unter der Leitung des Betriebschefs Kraemer

stehen. So verlangte der Meister Neumann von einem Maschinenarbeiter, daß er 1 1/2 Zentner schwere Gehäuse allein aufhebe. Als der Arbeiter, der hierzu außerstande war, dies zunächst ablehnte, erfolgte dessen sofortige Entlassung. Der Not gehorchend, versuchte er es dennoch, brach aber mit der Last zusammen und mußte, da er sich einen doppelten Bruch zugezogen hatte, nach dem Lazarett im Krankenhaus geschickt werden. Der Arbeiterauschuss mußte erst vorstellig werden, damit die Entlassung des Bedauernswerten zurückgenommen wurde.

Auch in der Abteilung Meister Franke wurde fortgesetzt versucht, die Verdienste zu reduzieren. Dieser Herr verließ sich sogar soweit, die Arbeiter mit dem Knüttel zu bedrohen, falls sie ihren alten Verdienst beanspruchten. Als einem Arbeiter die Lötampe explodierte, jagte ihm der Meister: Die ganzen Knochen hätten Sie sich verbrennen müssen. Als die Arbeiter zur Nachsicht ersuchten, beleidigte der Herr einen Arbeiter und griff denselben tätlich an. Der so Beleidigte wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er seinen Feind mit ganzer Energie abwehrte. Darauf wurde die ganze Nachsicht, weil sie dem Meister nicht Hilfe geleistet hätte (!), entlassen. Unter den Entlassenen befinden sich Arbeiter, die 10 und 20 Jahre bei der Firma beschäftigt waren. Da der Direktor Elfes die Wiedereinstellung der entlassenen Schichtarbeiter ablehnte, legten die übrigen Arbeiter der Abteilung die Arbeit nieder. Die erneuten Verhandlungen haben noch kein Resultat zeitigt. Die Firma erklärt, „sie müßte ihre Beamten schützen!“ Daß es sich aber um einen Akt der Notwehr handelt, wird von der Firma nicht berücksichtigt. Der Meister Franke hat nun den Mitleidsweg gegen den Arbeiter beschritten und wird so an Gerichtsstelle die Möglichkeit gegeben sein, die Verhältnisse in gebührender Weise zu beleuchten.

Auch in den Abteilungen Schiffer, Gebhard und Schmidt sollten die Arbeiter, welche bisher 80 Pf. pro Stunde verdienten, in Zukunft für 70 Pf. pro Stunde arbeiten. Verhandlungen waren ohne Erfolg. Dem Arbeiterauschuss erklärte Herr Direktor Elfes: „Wenn Herr Kraemer bestimmt hat, Sie sollen für 70 Pf. arbeiten, dann haben Sie das zu tun. Ich kann mich über die Anordnungen meiner Beamten nicht hinwegsetzen. Und wenn er bestimmt, Sie haben für 20 Pf. pro Stunde zu arbeiten, dann haben Sie dem nachzukommen.“ — Auf diese provozierende Antwort hin haben auch diese Arbeiter den Streik beschlossen. Die Firma glaubt sich mit gelben Schülern helfen zu können, nur findet sie unter denen keinen Ersatz. Sah sich doch die Firma genötigt, nachdem der Verein einige Zeit ergründet, einen Anschlag ans schwarze Brett zu bringen, wonach, wer beim Mitnehmen von Material getroffen wird, unweigerlich zur Entlassung kommt. Es sind auch bereits einige Gelbe gefaßt worden, die so die „gemeinsamen Interessen“ wahrgenommen hätten. Auch einem Obergehilfen wurden von dem Portier die Sachen wieder abgenommen. Der peinliche Fall ist denn auch geregelt worden, indem der Direktor dem Arbeiterauschuss erwiderte, den Arbeitern mitzuteilen, daß der Mann nicht die Absicht hatte, zu stehlen, sondern er wollte beim Verlassen des Betriebes dem Portier die Gegenstände übergeben. Die ausständigen Arbeiter erklären übrigens in Rassen ihren Austritt aus dem gelben Verein. Die Firma versucht sie aber als Mitglieder zu halten, indem sie die Annahme der Austrittserklärungen, obwohl per Einschreibebrief zugesandt, verweigert. Diese unhaltbaren Zustände rauben selbst den Indifferentesten die Hoffnung auf eine geordnete Existenz. Betrag doch der Wechsel der Arbeiter im Jahre 1911 54 500 bei 42 000 Beschäftigten. Daneben schieden 2000 Arbeiter durch Unglücksfälle aus, welche zum Teil tödlichen Verlauf nahmen. Hiergegen kann nur der feste Zusammenschluß im Deutschen Metallarbeiterverband schützen; nur eine kräftige Organisation der Arbeiter kann die Firma zum Nachgeben veranlassen.

Der Kampf um die sechsstündige Arbeitswoche im Vätergewerbe

Wird seitens der Arbeiter erneut wieder aufgenommen. Bekanntlich streben die Gesellen schon seit 1890 eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit an. Bis her hatten sie nur den Erfolg, daß durch kaiserliche Verordnung vom Jahre 1895 die Arbeit an Sonntagen auf höchstens 10 Stunden beschränkt wurde. Diese Verordnung, die nach Angaben der Organisation nur noch wenig respektiert wird, ist für die Arbeiter völlig ungenügend. Schon 1905 petitionierten sie an den Bundesrat wegen einer unbeschränkten Sonntagsruhe oder Einführung eines Erholungstages von 9 Stunden. Der Bundesrat lehnte damals die Petition ab. 1908 wurde die Petition dem Reichstag unterbreitet, der sie am 30. Januar dem Reichslandtag als Material überwies. Nunmehr soll diese Petition erneut dem Reichstag unterbreitet werden. In Berlin findet zu diesem Zweck am 12. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Marinensaal, Brandenburger Ufer 1, eine Versammlung der Väter: statt, zu welcher die in Berlin ansässigen Mitglieder des Reichstages sowie der Zweverband der Vätervereinigungen von Groß-Berlin eingeladen sind.

In der Provinz finden die betreffenden Versammlungen teils am Donnerstag, den 14., teils am Sonntag, den 17. November, statt.

Die Firma Confiterie Erich Seiffert, Zentrale Grünauer Straße 1, ersucht uns um die Mitteilung, daß sie mit der Firma Seiffert u. Haake, Viehmannstraße, weder identisch ist noch mit derselben irgendwelche geschäftliche Beziehungen hat. Obgleich die Namensähnlichkeit leicht diesen Anschein erwecken könnte, hat doch die „Confiterie Erich Seiffert“ mit der Firma Seiffert u. Haake nichts gemein, vertritt auch deren Produkte nicht und hat sie nie vertrieben.

Lohnbewegung im Zimmergewerbe zu Velten (Mark).

Der bisher bestehende Vertrag in Velten lief am 1. Oktober d. J. ab. Die Kündigung und ein neuer Entwurf war schon am 1. Juli den Unternehmern angestellt worden. Eingeleitete Verhandlungen waren ergebnislos. Bei der einen Firma — drei Firmen kamen in Betracht — bei der die Arbeitsgelegenheit günstig war, wurde am 8. Oktober die Arbeit eingestellt, nachdem ein nochmaliger Versuch, die Differenzen friedlich zu regeln, gescheitert war. Nach vierwöchentlichem Streik wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach sich der Stundenlohn im ersten Jahr von 60 auf 63 Pf., im zweiten auf 65 und im dritten auf 67 Pf. erhöht; gefordert waren 70 Pf. Die 1/2-stündige Arbeitszeit sowie alle übrigen Bestimmungen bleiben bestehen. Der neue Vertrag gilt bis zum 31. September 1915.

Deutsches Reich.

Bergarbeiterausstand. Auf der preussisch-sächsischen Saargrube Dübberler haben am Samstag die Bergarbeiter die Anfuhr verweigert. Grund: Verweigerung einer Lohnhöhung. Die meist jungen Leute sind empört, weil die in der Sitzung des Gruben-ausschusses vom 8. d. M. von den Ausschussmitgliedern verlangte Lohnhöhung von der Verwaltung zurückgewiesen wurde. Voraussetzungen dürfte der Ausstand lokalisiert bleiben und nur von kurzer Dauer sein.

Die Herren im Hause. Die Münchener Konditionen-gesellschaften haben der oberbayerischen Konditionen-Vereinigung durch den Verband der Bäcker und Konditoren eine neue Tarifvorlage zugehen lassen. Da die zuderzürigen Innungsväter auf diesem Schreiben keine Antwort gaben, rief die Organisation das Einigungsamt an. Hierauf teilte der Innungsvorstand dem Gewerbe-gericht mit, daß eine Meisterversammlung den Beschluß gefaßt habe, weder mit dem Gesellenauschuss noch mit der Gesellen-organisation einen Tarifvertrag abzuschließen zu wollen und daß sie in Zukunft berechnigte Wünsche der Gehilfen auch ohne Lohnstarif entgegen nehmen und nach Möglichkeit zur Durchführung bringen wollen. Der Abschluß eines Tarifvertrages würde in München für das Konditionen-gewerbe vereinzelt in ganz Deutschland dastehen. — Die Herren Innungsväter wollen also „Heer im Hause“ bleiben und ihren Kopf noch länger wachsen lassen. Sie wollen also auch in Zukunft die patriarchalischen Verhältnisse, wie sie zu Großvaterz

zeiten bestanden haben, aufrecht erhalten wissen, weil dadurch der heilige Profit besser zu seinem Rechte kommt. Die Organisation der Gehilfen wird den Herren aber einen Strich durch die Rechnung machen.

Die Elektromonteurs Münchens stehen in der vierten Woche im Streik. Insgesamt sind 700 Mann beteiligt. 200 arbeiten schon zu den neuen Bedingungen. Da aus den Reihen der Streikenden Arbeitswillige nicht zu verzeichnen sind, versuchen die Firmen, Streikbrecher von auswärts heranzuziehen. Besonders sind es die Firmen Siemens-Schubert und Allgem. Elektr. Gesellschaft, die Leute ihrer auswärtigen Geschäftshäuser nach München locken wollen. Den Leuten, die Streikbruch verüben sollen, werden geringere Löhne als hier üblich angeboten. Wer sich von den Elektromonteurs vor Schaden bewahren will, meide München. Auch Vermittlungen auf Umwegen vermeide man. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiterverband München.

Der Balkankrieg.

Der Dreieck für ein autonomes Albanien.

Rom, 11. November. (W. T. A.) „Gazzetta del Popolo“ und „La Nazione“ versichern nach Informationen von beinaheunterrichteter Seite, daß die Dreiecksmächte über die albanische Frage völlig einig seien. „Der Dreieck“ schreibt „Gazzetta del Popolo“, abgelehnt bis zu den letzten Konsequenzen das Prinzip des Balkanbundes, der Völkern des Balkanvölkern. Gerade die Anwendung dieses Prinzips verlangt es, daß die Albanesen unabhängig werden und das türkische Joch nicht mit einem statischen vertauschen. Serbien wird keinen Ausgang nach dem Adriatischen Meer bekommen, weil das die Aufstellung Albanien mit sich brächte. Der Dreieck vertraut auf die Mäßigung Serbiens, welchem er nicht das Recht auf einen Hafen am Adriatischen Meer abspricht; er vertraut darauf, daß die Tripleallianz, insbesondere Rußland, die Balkanvölker zu überreden suchen wird. Die „Tribuna“ veröffentlicht eine Information, wonach die Mächte sich darüber einig seien, daß das Balkanproblem nach dem Prinzip der Rationalität gelöst werden soll und daß dieses Prinzip auch auf Albanien anwendbar sei. Die Mächte würden zweifellos auch Serbien in diesem Sinne raten. Dieser Rat habe um so mehr Gewicht, als er ungenügend (?) sei.

Eine Kundmachung der Pforte.

Konstantinopel, 11. November. Die Pforte veröffentlicht folgendes Communiqué: Der mit den vier Balkanstaaten begonnene Krieg ist nicht zu dem gewünschten Erfolge gelangt. Die Osmarnee hat die Notwendigkeit erkannt, sich auf die Verteidigungslinie von Tschataldja zurückzuziehen, wo sie ihre Konzentrierung vollendet. Da diese Verteidigungslinie sozusagen das Tor der Hauptstadt bildet, ist die Anwesenheit des Feindes vor dieser Linie von großer Bedeutung; denn schon die Möglichkeit eines Misserfolges in dem Kampfe vor den Toren der Hauptstadt ist geeignet, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die Regierung verabsäumt nichts hinsichtlich der Verteidigung und wahrt die Rechte und Interessen der Türkei. Sie mußte aber auch zu diplomatischen Maßnahmen greifen, um die Hauptstadt des Reiches zu schützen. Die erste Bedingung hierfür ist, daß jedermann seine persönlichen Meinungen und Angelegenheiten opfert und Handlungen vermeidet, die in gewöhnlichen Zeiten nur geringen Schaden verursachen würden. Die Regierung konnte es nicht unbeachtet lassen, daß einzelne Personen eigennützig Inzede verfolgen, und einige leichtsinnige Köpfe falsche Gerüchte verbreiten, die geeignet sind, die Verteidigung der Hauptstadt zu durchkreuzen. Diese Gerüchte haben einige auswärtige Staaten veranlaßt, das Ersuchen zu stellen, zu gestatten, daß nach Konstantinopel provisorisch Kriegsschiffe entsendet werden. Die kaiserliche Regierung hat, obwohl sie alle Maßnahmen ergreifen hat, sie gut befunden, diesem Ersuchen stattzugeben. Das zeigt jedoch, daß die Verbreitung falscher Nachrichten ein Verbrechen ist. Die Regierung ist entschlossen, diejenigen streng zu bestrafen, die wissenschaftlich oder unwissenschaftlich derartige Gerüchte in die Welt setzen oder verbreiten, und ernste Maßnahmen gegen jeden Versuch zu ergreifen, Beunruhigungen herbeizuführen. Schließlich richtet das Communiqué an die Presse die Aufforderung, nur ernstlichen Artikeln in ihren Spalten Raum zu geben.

Kein Religionskrieg.

Konstantinopel, 11. November. Wie der Minister des Äußern dem Vertreter von Wolffs telegraphischem Bureau erklärte, denkt die Türkei nicht daran, wie die Gegner den Krieg auf religiöses Gebiet hinüberzuspielen und religiöse Leidenschaften aufzustacheln. Der in den Zeitungen erscheinende Aufruf zum heiligen Kriege stamme nicht vom Scheich ul Islam; der geistliche Beamte, der den Aufruf verfaßt und verbreitet habe, sei bereits bestraft und die Zeitungen, die ihn veröffentlicht hätten, seien suspendiert worden.

Türkische „Sieges“-meldung.

Konstantinopel, 11. November. Wie der Kommandant der türkischen Flotte meldet, hat die Flotte durch ihr Geschützfeuer eine bulgarische Batterie an der Küste von Rodosto vernichtet. — Nach Zeitungsmeldungen hatten die Bulgaren vorgestern Rodosto besetzt. Der Kreuzer „Resjubdije“ erhielt daraufhin den Befehl, Rodosto zu bombardieren und die Landung von 3000 Mann, die auf zwei Transportschiffen herangeführt worden waren, zu erleichtern. Die Landung erfolgte gestern, worauf die Bulgaren die Stadt räumten, die von den Türken wieder besetzt wurde.

Konstantinopel, 10. November. Privatnachrichten zufolge rückte ein Teil der türkischen Osmarnee, der sich in Thorslu befand, gestern bis Vale Burgas vor und geriet in einen Kampf mit den burgarischen Truppen, wobei die Türken große Verluste erlitten haben sollen. — Die Blätter melden, daß das Hauptquartier wieder nach Thorslu (?) verlegt worden ist, was als Beweis dafür betrachtet wird, daß die bei Tschataldja konzentrierte Armee sich nicht auf die Defensiv beschränken, sondern auch die Offensiv ergreifen wird.

Wie verlautet, wurde der aus dem russisch-türkischen Kriege bekannte Marschall Fuad Pascha zum Kommandanten des ersten Teils, der Divisionsgeneral Bahri Pascha zum Kommandeur des zweiten Teils der Osmarnee ernannt.

Letzte Nachrichten.

Drohender Krieg zwischen China und der Mongolei.

Peking, 11. November. Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur. Aus Anlaß des russisch-mongolischen Abkommens fand im Hause des Präsidenten der chinesischen Republik Juanshikai eine lange dauernde außerordentliche Beratung statt. Wie verlautet, wurde beschlossen, das Abkommen nicht anzuerkennen und die Rückkehr der Chalkamangolen unter die chinesische Herrschaft mit Waffengewalt zu erzwingen.

Schweres Eisenbahnunglück.

Stuhlweissenburg, 11. November. (W. T. A.) Auf der Bahn Budapest—Zinnaburg entgleit in der Nähe der Station Grefi zwei nacheinanderfolgende Güterzüge. Eine Lokomotive explodierte, neun Waggons wurden zertrümmert. Ein Dremser wurde getötet, mehrere Personen wurden verletzt.

Abgeordnetenhaus.

93. Sitzung. Montag, den 11. November 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Lenz, v. Dallwig.

Auf der Tagesordnung steht die

dritte Beratung des Sparkassengesetzes.

Abg. Fäßbender (Z.) beantragt die Beratung solange auszusetzen, bis die Kommission zur Beratung des Antrages Waldstein (Sp.) Entschädigung der Sparkassen für Kursverluste ihre Arbeiten beendet hat.

Abg. Winkler (L.) spricht gegen den Antrag.

Abg. Waldstein (Sp.) erklärt, daß der Teil seiner Freunde, die Gegner des Gesetzes seien, für den Antrag Fäßbender stimmen würden.

Abg. Leinert (Soz.): Auch wir werden für den Antrag Fäßbender stimmen. Da die Regierung ein großes Interesse an der Verabschiedung des Gesetzes hat, müssen wir sie auf diese Weise zwingen, zunächst Vorschläge zu machen, wie die Schäden, die den Sparkassen durch Kursverluste an Staatspapieren erwachsen können, zu mildern sind. Die Abstimmung über den Antrag wird ein Präzedenzfall sein, welche Parteien den Antrag Waldstein nur als leere Dekoration angenommen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schröder-Kassel (natl.) erklärt, der größere Teil seiner Freunde werde für den Antrag stimmen.

Der Antrag wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 121 Stimmen abgelehnt.

In der Generaldiskussion sprechen Abgg. Hausmann (natl.) und Dr. Fäßbender (Z.) kurz gegen die Beschlüsse zweiter Lesung.

Abg. Dr. Wrenzi (fl.) wendet sich namens eines Teils seiner Freunde ebenfalls entschieden gegen die Vorlage.

Abg. Waldstein (Sp.): Man hat gesagt, das Gesetz sei notwendig für den Kriegsfall. Wenn aber unsere Kriegsbereitschaft wirklich von dieser Vorlage abhängt, würde es schlecht um sie bestellt sein. Wir lehnen die Vorlage, wie sie durch den Kompromiß gestaltet ist, nach wie vor ab.

Abg. Leinert (Soz.):

Eine Verbesserung der Liquidität der Sparkassen wird durch das Gesetz nicht erreicht. Es läuft darauf hinaus, die kleinen Sparrer zu schädigen. Auch liegt keine besondere Notwendigkeit für das Gesetz vor, da wie der Minister selbst erklärte, ein großer Teil der Sparkassen ihre Gelder bereits in mündelsicheren Inhaberpapieren angelegt haben. Wir hatten beantragt, daß die Ueberhörsätze zur Hälfte den Sparern zugute kommen müssen. In Württemberg ist das heute bereits der Fall. Sie aber haben den Antrag abgelehnt. In der zweiten Lesung wurde unserem Antrag gegenüber behauptet, die kleinen Einlagen würden von vielen Sparkassen ohnehin höher verzinst. Ich habe bisher weder in der Praxis noch in der Literatur einen solchen Fall gefunden, sondern eher das Gegenteil, daß nämlich größere Einlagen mit längerer Kündigungsfrist höher verzinst werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen hat das mit unserem Antrag betreffend die Verwendung der Ueberhörsätze zugunsten der Sparern nichts zu tun. Prinzipiell sind wir dagegen jemand irgendwelche Anwendungen zu machen, die er nicht erarbeitet hat, aber hier handelt es sich darum, daß das Gesetz die Möglichkeit bietet, durch Steuerermäßigungen den reichen Leuten Vorteile zuzuwenden. Demgegenüber wollen wir, daß die Ueberhörsätze der Sparkassen den kleinen Sparern zugute kommen. Nach Ablehnung dieses Antrags stimmen wir gegen das Gesetz, um so mehr, da Sie durch Ablehnung des Antrages Fäßbender beweisen haben, daß Sie bewußt Schädigungen für die kleinen Sparrer herbeiführen wollen. Um diejenigen festzusetzen, die ein solches insbesondere für die kleinen Sparrer schädliches Gesetz beschließen wollen, beantragen wir, die Gesamtabstimmung über das Gesetz namentlich vorzunehmen.

Abg. Dr. Grüger-Hagen (Sp.) spricht für einen Teil seiner Freunde für das Gesetz. Die Sparkassen vor Kursverlusten schützen, hieße die Quadratur des Kreises lösen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdebatte werden die ersten Paragraphen des Gesetzes unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Bei der Abstimmung über einen Antrag Waldstein (Sp.) kommt es zum Hammelstreich, der seine Ablehnung ergibt.

Zum § 7 beantragt

Abg. Reinhard (Z.), den letzten Absatz zu streichen, der die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Verwendung der Ueberhörsätze für bestimmte Fälle einführt.

Abg. Leinert (Soz.):

Die in der Kommission gefundene Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist für die Verwendung der Ueberhörsätze zur Deckung der den Gemeinden gesetzlich obliegenden Verpflichtungen wieder eingeführt worden. Das heißt in der Praxis für fast alle Ausgaben. Wir werden daher für den Antrag Reinhard stimmen. Im übrigen stelle ich fest, daß das Zentrum es unterlassen hat, den Gedanken unseres Antrages bezüglich der Verwendung der Ueberhörsätze, den es selbst für außerordentlich sympathisch erklärte, durch Einbringung eines Antrags in dritter Lesung zu verwirklichen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Reinhard wird abgelehnt.

Der Antrag Leinert auf namentliche Abstimmung über das Gesetz im ganzen findet nicht die genügende Unterstützung von 50 Mitgliedern des Hauses. (Abg. Hoffmann ruft, daß sich nur wenige Zentrumsgenossen zur Unterstützung des Antrages erheben: Und das Zentrum?)

Das Gesetz im ganzen wird darauf angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Hammer (L.) auf

Erhöhung der Warenhaussteuer.

Die Handels- und Gewerbe-Kommission hat beschlossen, die Regierung zu ersuchen, eine Verbesserung des Warenhaussteuergesetzes, insbesondere hinsichtlich der Grundlage der Steuerbemessung und in Verbindung damit ihrer Höhe sowie des Verwendungszweckes in Erwägung zu ziehen.

Abg. Hammer (L.): Auf Grund der Erklärungen der Regierung in der Kommission habe ich dort meinen Antrag zurückgezogen. Wir haben den Spieß umgedreht und haben nun die Regierung ersucht, um einen Gesetzentwurf zur Regelung dieser Materie vorzulegen. Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen, Sie tun ein gutes Werk damit. (Wahol! rechts.)

Abg. Trimbom (Z.): Das Warenhaussteuergesetz hat seinen Zweck, die Entwicklung der Warenhäuser zu verlangsamen, nicht erreicht. In ihrer Fernwirkung haben sich die Warenhäuser sogar erheblich ausgedehnt, sie liefern per Automobil in weit entfernter Vororte. Die Steuer muß erhöht werden, aber nicht so weit, daß sie eine Strangulierung der Warenhäuser bedeutet. (Wahol! im Zentrum.)

Ein Regierungs-Kommissar betont, daß auch die Regierung ein warmes Herz für den Mittelstand habe. Aber der Vorredner hat selbst zugegeben, daß eine Erhöhung der Warenhäuser nicht angängig ist; sie würde dem Prinzip der Gewerbefreiheit widersprechen. Wir ist es sehr fraglich, ob eine Erhöhung der Steuer die Entwicklung solcher Warenhäuser wie Wertheim und Tieg hemmen würde. Dazu verfügen solche Häuser doch über zu große Kapitalien und sind zu leicht in der Lage, die Steuer auf andere Kreise, Fabrikanten usw. abzuwälzen. Will man gegen diese Riesenzentren etwas vorgehen, so muß man sich schon an das Reich wenden. Daß gewisse Verbesserungen des Warenhaussteuergesetzes möglich sind, ist zugegeben.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.) erklärt, daß seine Freunde dem Kommissionsantrag zustimmen würden.

Abg. Dr. Warenhorst (fl.): Die Warenhäuser sind allmählich auch ein Krebsgeschwür für das platte Land geworden. Daher bedauern wir die wenig entgegenkommende Erklärung der Regierung, die lediglich bei den Sozialdemokraten Zustimmung gefunden hat und den Darlegungen des Verbandes der Warenhäuser entsprach.

Abg. Dr. Paquide (Sp.): Das Warenhausgesetz hat seinen Zweck nicht erreicht. Die Warenhäuser wachsen der Zahl und dem Umfang nach. Die Ausführungen der Vorredner selbst waren die blutigste Kritik des Gesetzes. (Sehr wahr! links.) Wir sind bereit an das Warenhausproblem heranzutreten, aber mit geeigneten Mitteln, und die lägen in einer Reform der Gewerbesteuer. Den Kern seines Antrags hat Herr Hammer in der Kommission völlig fallen lassen müssen. Herr Trimbom hat es sehr geschickt verstanden, mit seiner Rede so gut wie nichts zu sagen. (Sehr gut! links.) Dem ganz allgemeinen Wortlaut des Kommissionsbeschlusses stimmen auch wir zu.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Dem Regierungsvertreter wurde vorgeworfen, daß er unsern Beifall gefunden habe. Ich halte das für durchaus keine Schande für die Regierung. Wir können nur wünschen, daß Regierungsvertreter öfter so vernünftig reden. (Heiterkeit.) Dann wird der Beifall meiner Freunde ihnen nicht fehlen. Herr Warenhorst stellte uns als Förderer der Warenhäuser hin.

Einen Beweis für seine Behauptungen ist er schuldig geblieben. Ich kenne auch 3. D. keine Sozialdemokraten, die an Warenhäusern beteiligt sind, während hervorragende Mitglieder anderer Parteien bekanntlich sehr stark materiell an Warenhäusern beteiligt sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir nehmen gegen den Antrag der Kommission lediglich aus Gründen der Gerechtigkeit Stellung. Auf die Frage, ob der ursprüngliche Antrag Hammer steuerrechtlich durchführbar war, brauche ich hier nicht einzugehen, nachdem der Antrag Hammer in der Kommission zurückgezogen worden müßte. Was aber den Kommissionsantrag anlangt, so bin ich nicht so optimistisch wie Herr Paquide, der meinte, der Antrag würde ja nur eine Verbesserung des Gesetzes, daher könne man für ihn stimmen. In Wirklichkeit wird er eine Verschlechterung, denn er verlangt eine Erhöhung der Steuer. Das Gefährliche aus dem Antrag Hammer ist also geblieben. Außerdem hat Herr Hammer ausdrücklich erklärt, wenn die Regierung auch nur einen Antrag auf Abänderung der Bestimmungen des Gesetzes über den Verwendungszweck der Steuer einbringen würde, deren Reformbedürftigkeit auch wir zugeben, so würden seine Freunde das bemerken, um in dies Gesetz hineinzuzeichnen, was ihnen gefällt. Daher ist es besser, ihnen diese Gelegenheit gar nicht erst zu geben. Wir sind grundsätzlich für eine progressive Einkommensteuer, werden aber niemals dafür zu haben sein, daß man bestimmte Gewerbebetriebe unter ein Ausnahmengesetz stellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, eine Erdrosselungssteuer will man nicht. Wenn die Herren aber ihren Zweck wirklich erreichen wollen, so können sie das gar nicht anders, als dadurch, daß sie den Warenhäusern überhaupt den Garaus machen. Am liebsten möchten sich ja die Gegner der Warenhäuser in ihrer blinden Wut über das Prinzip der Gewerbefreiheit überhaupt hinwegsetzen.

Herr Hammer sprach von gewissen Tricks der Firma Tieg. Ich halte das nicht für richtig, unter dem Schutze der Immunität hier solche Andeutungen zu machen, als ob unredliche Handlungen auf Seiten von Leuten vorlägen, die sich hier nicht verteidigen können. Kennt man derartige unredliche Manipulationen, so hat man die Pflicht, sie hier vorzubringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es wird von der angeblichen Vernichtung des Mittelstandes durch die Warenhäuser gesprochen; der „Vorwärts“ soll geschrieben haben, wie viel kleine Existenzen durch die Warenhäuser vernichtet worden sind. Das deckt sich auch vollkommen mit unseren Anschauungen, denn wir haben immer zugegeben, daß der Mittelstand schwer zu leiden hat, haben aber stets betont, daß die Schuld daran die kapitalistische Entwicklung überhaupt trägt, der man nicht durch Gewaltmittel Einhalt tun kann. Sonst könnte man ebenso gut eine Sonderbesteuerung aller Großbetriebe, auch der Landwirtschaft fordern, denn sie alle bedeuten eine schwere Konkurrenz für den Mittelstand. Wir sind selbstverständlich nicht so töricht, eine solche Sonderbesteuerung zu verlangen. Uebrigens wird der Mittelstand viel schwerer als durch die Warenhäuser durch die großen Spezialgeschäfte geschädigt, gegen die man nicht vorgeht. Und andererseits steht dem Schaden, den gewiß eine Reihe kleiner Kaufleute durch die Warenhäuser haben, ein ungeheurer Nutzen gegenüber, den die Gesamtheit hat. Das haben auch Konservative wiederholt anerkannt. Gerade in der Zeit der Not haben z. B. die Warenhäuser durch Lieferung billigen Fleisches noch am ehesten dazu beigetragen, die Not des Volkes zu lindern. Deshalb hebt man nur immer die Schattenseiten hervor und vergißt die Lichtseiten ganz. Die Warenhäuser sind eine höhere Stufe der Entwicklung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine große Reihe von Leuten haben auch Vorteile von ihnen. Daß die Warenhaussteuer abgemildert wird, ist bekannt. Gerade dadurch werden auch viele Kreise des Mittelstandes geschädigt, die für Warenhäuser liefern und in letzter Linie haben wieder die Arbeiter den Schaden, auf die die Fabrikanten die Steuer abwälzen. Auch die Konsumvereine werden durch die Warenhaussteuer schwer geschädigt, dieselben Konsumvereine, auf die erst vor wenigen Tagen Herr Giesberts ein hohes Lob ausgesprochen hat. — Also das Ziel, das Sie erstreben, werden Sie auch durch die Erhöhung der Steuer nicht erreichen, wohl aber werden Sie einen verhängnisvollen Schritt rückwärts machen und zu den Fehlern des jetzigen Gesetzes neue hinzufügen. (Wahol! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. Hammer (L., Schlußwort): Tieg ammonierte, daß er russisches Fleisch noch billiger verkaufe, als die Stadt Berlin. Er kaufte einen Waggon Fleisch in Rußland, ließ ihn an die Stadt adressieren und mußte ihn, da er, was die Zollbehörde feststellte.

Kleines feuilleton.

Theater.

Kgl. Schauspielhaus: „Die Hermannschlacht“. Von Kleist. Die Kleistbegeisterung, die sich in der ständig wachsenden Literatur über den Dichter kundgibt und in den Festartikeln zur Jantennafeier seines Todestages den Höhepunkt erreicht, mag früherer Vernachlässigung gegenüber als Akt ausgleichender Gerechtigkeit erscheinen, schießt aber zweifellos im Ton ihrer Lobpreisungen noch weiter wie der Hebelkultus übers Ziel. „Der Prinz von Homburg“ in einer Reihe von Szenen, „Räthen von Heilsbrunn“ in einigen wenigen, aber um so schöneren, und die beliebige breite Dorfkomödie vom „Herbrochenen Krug“ haben Blut und Leben auf der Bühne. Die „Hermannschlacht“ im Kgl. Schauspielhaus, nach langer Pause jetzt wieder hervorgeholt, hat dagegen nur biographisches Interesse als Dokument der glühenden Leidenschaft, in der der Dichter zur Zeit der napoleonischen Fremdherrschaft eine Verbindung der deutschen Stämme zum Freiheits- und Kampfergeist wider den Eroberer herbeiführte. Sein Bild will ein Tendenzstück, ein Aufruf zum Kampfe sein, in dem die Streiter vor keiner List und Tücke, keiner Grausamkeit sich scheuen sollen, um die verhassten Eindringlinge ins Anse zu zwingen. Das Drama erschien erst ein Jahrzehnt nach seinem Tode, doch wenn das Werk, wie er es hoffte, damals den Weg zur Bühne gefunden hätte, wäre das für ihn vernünftig eine neue Enttäuschung geworden. Er verachtete die „Tugendbündler“ als unwichtigere Skribenten, hielt Nichts „Neben an die deutsche Nation“ mit ihrem ethischen Pathos, ihrem Ausblick auf eine sittlich-freieitliche Erneuerung für ohnmächtige Ideologie. Aber der verschlagene, Intrigen spinende Hermann und die schließlich zu tierischen Wüthen aufgepeitschte Thamselnda des Schauspiels hätten etwas wie den sehr realen Opfermann, den Nichts abstrakt-humaner Idealismus damals in den Herzen entzündete, wohl schwerlich ausgelöst. — Heute steht den endlos langen Reden der Chorusführer, dem Kriegslärm, den Spulerscheinungen im Teutoburger Walde, den Bardensliedern und Sonnenanfangen jedweder Art des Aufregenden. Sie führen eine schwere Last von Langeweile mit sich. Auch das Publikum des Kgl. Schauspielhauses, das dem Verdachte eines Defizits an patriotischer Stimmung gewiß nicht ausgesetzt ist, verfiel dabei in eine Lethargie, die sich kaum hier und da zu einem kleinen, psychologischen Weisheitszeichen aufzuraufen vermochte. Unter Schwerterrasseln und Jambenprasseln, mit langen Verwandlungspausen abwechselnd, vollzog sich auf der Bühne eine Haupt- und Staatsaktion, die trotz verkehrtehrerischen Blutvergießens weder Furcht noch Mitleid in Bewegung setzte. Der ausgesandte Hohn, mit dem der Sieger die Verurteilung eines zum Tode verurteilten Gefangenen auf Menschlichkeit und Recht zurückweist, die Hinrichtung des wunden Barons in ungleicher Zweikampf, die Schadenfreude der Siegenden wede, wenn überhaupt,

nur peinliche Empfindungen. Die vielberufene, abstoßend widerwärtige Szene, in der die enttäuschte Thamselnda den römischen Galan Venidius, der ihr Goldhaar der Kaiserin als Schmutz verprochen, rachsüchtig in den Wägenwinger lockt, hatte die Regie gestrichen.

Die Darstellung wies keine überragende Leistung auf. Es wurde bald besser, bald schlechter deklamiert. Den Hermann spielte Sommerstorf, Frau Willig das plauderhafte, dann so ergrimmte Thamselnda. Unter den Nebenrollen trat der korpulente Zuevenkönig des Herrn v. Ledebur und Mühlhofsers hagerer Barons in etwas markanteren Umrissen hervor.

Musik.

Moderne Lieder. Je berühmter ein musikalischer Virtuoso, desto bekannter, unproduktiver, wohl auch sensationeller meistens sein Programm! Will man die verdienstvollste Auswahl hören, das ist Unbekanntes, dessen Vortrag sich sachlich rechtfertigt, so muß man sich gewöhnlich ein minderwertiges Solistenum fallen lassen. Zwei Dugend noch ungedruckter Lieder mit Klavierbegleitung trug kürzlich eine solche Sängerin vor. Gemeinsam ist den acht vorgeführten Kompositionen ein Streben mehr nach einheitlicher Gesamtstimmung als nach ausmalenden Details, dabei aber auch nach unruhigen Wechsel in den Harmonien zur Erzeugung scharfer Augenblickeindrücke sowie ein recht geringer Energie noch Produktivität* in den Themen und nach Reichtum im Rhythmus. Dem ungefähren Grade der Bewährtheit nach reihen sie sich etwa folgendermaßen an: P. Ertel, hervorstechend durch ein weites Hin- und Herwogen seiner Intervalle; hervorragend sein „Lebensbild“, E. D. Rodnagel*, von dem dem Gebaltvolleres gibt als das eine Beispiel von diesem. S. Karg-Elert, dessen äppige Modulationen besonders markante Stimmungswechsel geben und der noch am meisten Detailmalerei treibt. A. Kurf, dessen Lied „Die Gefallene“ („An der Maschine grüßte der Tag“) einschneidend durchgeführt ist. R. G. Stein mit gut ansprechenden Kinderliedern. F. Fuhrmeister, der den Charakter einer sojagenden zitternden Landschaftsstimmung klanglich auszusprechen sucht. F. Crome, mit einer Steigerung von Eigenarten des Romantikers E. Grieg, insbesondere durch auffallend viel Harmonieprägnanz, doch mit Volkstümlichkeit in „Dort oben auf dem Berge“. Endlich der markant charakterisierende A. Verleberg, dessen „Vordenkmarck“ viel Beifall zog — der Klavierbegleiter des Abends.

Ein anderes Konzert der letzten Tage, das Kammerfänger P. Schmedes veranstaltete, brachte Lieder, die anscheinend sämtlich oder größtenteils bereits veröffentlicht sind, und erweiterte die ältere Bekanntheit zweier modernen Komponisten. Der eine war der dem Berliner Publikum einigermaßen vertraute H. Hermann. Ohne besondere Schärfe in der Komposition verriet er es, farbenprächtige Bilder von wohlgefälliger Art zu entwickeln, die namentlich für volltönliche Konzerte dankbar sein würden. Als Texte finden sich Lyriken der Gegenwart, teils besonders wirksame

italianische Volkspoesien. — Der andere dort vorgeführte Komponist war Th. Streicher, ein Wiener. Kaum ein moderner Lieddichter trat so gegenständig gegen Ueberlebenses auf wie er. Das ist allerdings schon an die 20 Jahre her und heute nicht mehr so spürbar wie einst. Außerdem scheint sich der Komponist im Laufe der Zeit „beruhigt“ zu haben; selbst eine Annäherung an Schubert, zumal an dessen sehr geschlossen zusammenhängende Klavierbegleitung, ist zu merken. So tritt er in einem Gegenfay zu den meisten vorigen Weispielen. Ihm ist es hauptsächlich darum zu tun, niemals das Musikalische für sich über die Vernunft des sprachlichen Ausdrucks hin überwaschen zu lassen und die zahlreichen einzelnen Feinheiten in einheitlicher Gesamtbildung einzufügen. Das paßt auch gut für seine meist aus älterer Literatur genommene Texte („Deutsche Minne- und Liebeslieder“, „Aus den Liedern des Hofes“).

Notizen.

— Vorträge. Die neue Malerei, Impressionismus, Futurismus, Expressionismus, behandelt Dr. Deri in einem Lichtbildvortrag, der Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses stattfindet.

— Musikchronik. Das nächste vollständige Konzert des Berliner Volksorchesters findet am 14. November im neuen Konzertsaal der Bräuerlei Hoppoldts statt.

— Dichteraabende. Eine Vorlesung aus eigenen Werken veranstaltet Wilhelm Hegeler am Dienstag im Choralkonf. — Otto Ernst liest Mittwoch in der Singakademie eigene Dichtungen vor.

— In der Leitung der Sezession geben Veränderungen vor sich, die eigener Art zu sein scheinen. Der bisherige Präsident Corinth hat wegen allzu starker Beschäftigung sein Amt niedergelegt. Andererseits hat eine Generalversammlung der Sezession dem Kunstständler Raul Cassirer einen Vorstandsstift angeboten, ja ihm den Vorsitz in Aussicht gestellt. Die Sezession würde sich damit in eine reine Verkaufsvereinigung verwandeln und einen Geschäftspräsidenten haben.

— Ein Kinologreph wird vom Schutzbund Deutscher Lichtbildtheater vom 17. bis 22. Dezember veranstaltet. Damit wird eine Kinouaustellung verbunden sein.

— Ein Museum für Höhlenkunde. Ein eigenartiges Institut ist von dem Verein für Höhlenkunde in Oesterreich auf dem Föjlingberg bei Linz eröffnet worden: ein Museum, in dem die Früchte der österreichischen Höhlenforschung in systematisch geordneten Sammlungen aufgestellt sind. Wie Dr. Lahner in der „Amphibol“ mitteilt, sind besonders reichhaltig die Höhlen Lebewesen der Höhlen vertreten, die Amphibien, Gliedertiere und Kollisten, die sich im Laufe unzahliger Generationen der ewigen Nacht ihres kistenhaltigen angepaßt haben. Eine reichhaltige Bildergalerie gibt über das Innere der Höhle, ihre Tropfsteinbildungen, Wasserläufe und eisernen Dome Auskunft; die Ausdehnung dieser Unterwelten wird durch eine umfangreiche Sammlung von Plänen veranschaulicht.

nicht Adressat war, der Stadt persönlich überlassen. (Abg. Hoffmann [Soz.]: Kama, so dumm ist Tieg doch nicht! Heiterkeit.)
Der Kommissionsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen und einiger Volksparteiler angenommen.
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. Zweite Beratung des Wassergesetzes.
Schluss 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die verstarbte Gemeindefunktion, der der Antrag Schmedding auf Aenderung des Fürsorgeerziehungsgesetzes überwiesen war, hat einen ausführlichen schriftlichen Bericht erstattet. Wie erinnerlich, handelt es sich darum, das Gesetz in dem Sinne zu ändern, daß ein Minderjähriger, welcher das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, der Fürsorgeerziehung überwiesen werden kann, wenn die Voraussetzungen des § 1668 oder des § 1638 des B. G. B. vorliegen und die anderweitige Unterbringung zur Verhütung und Verwahrlosung erforderlich ist, aber nicht ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel erfolgen kann. Die Notwendigkeit der Aenderung des Gesetzes wird begründet mit dem Hinweis, auf die verschiedene Auslegung des Gesetzes durch die beiden höchsten Gerichtshöfe. Während das Kammergericht auf dem Standpunkt steht, daß die Fürsorgeerziehung nicht ohne weiteres angeordnet werden dürfe, um das Kind vor Verwahrlosung zu schützen, hat sich das Oberverwaltungsgericht auf den Standpunkt gestellt, daß bereits eine drohende Verwahrlosung zur Anordnung der Fürsorgeerziehung ausreicht. Obwohl die Kommission den Antrag Schmedding einstimmig zur Annahme empfiehlt, und obwohl auch das Herrenhaus bereits im Jahre 1910 sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen hat, ist es doch fraglich, ob die Regierung eine entsprechende Vorlage einbringt. Wie es scheint, will sie es zunächst auf dem Verwaltungswege versuchen. Der Kommissar des Ministers des Innern warnte in der Kommission vor einer übereilten Aenderung und riet statt dessen im Einverständnis mit dem Minister, schrittweise vorzugehen und zunächst durch geeignete Anweisungen denjenigen Verhältnissen entgegenzutreten, die sich auf dem Boden des bestehenden Gesetzes im Verwaltungswege beseitigen lassen. Auch der Justizminister hält es für empfehlenswerter, bevor der Frage einer Gesetzesänderung nähergetreten wird, zunächst zu versuchen, ob man nicht die etwa vorhandenen Mängel durch eine Ausfüllung der beteiligten Stellen über die Rechtsprechung des Kammergerichts beseitigen könne. Ebenfalls haben die Oberlandesgerichtspräsidenten, die von dem Justizminister gutachtlich gehört sind, sich für eine Aenderung des Gesetzes ausgesprochen.

Die Teuerung.

Rückgang der Schlachtungen.

Nach den amtlichen Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau hat im dritten Vierteljahr ein erneuter starker Rückgang des Fleischkonsums stattgefunden. Die hohen Fleischpreise infolge der Viehnot haben weite Kreise in den Sommermonaten d. J. zum Verzicht auf den Fleischgenuss gezwungen. In den Zahlen der geschlachteten Tiere kommt das zum deutlichen Ausdruck. Es wurden in den Monaten Juli bis September 1912 gegen die gleichen Monate des Vorjahres weniger geschlachtet:

Ochsen	4 155 oder 6,15 Proz.
Rindern	1 870 1,91
Kälber	5 808 2,21
Jungrinder	11 510 7,81
Milchvieh	78 504 13,67
Schweine	70 933 2,71
Ziegen	4 229 14,80

Eine Zunahme zeigten nur die Schaffschlachtungen um 46 422 Stück oder 9,14 Proz. Außerst charakteristisch ist, daß auch die Schweineschlachtungen von dem Rückgang betroffen wurden. Mit dem vielgerühmten Erfolge von Rind- und Hammelfleischgenuss durch Schweinefleisch ist es also nichts. Was tatsächlich an ihrer Stelle verzehrt worden ist, zeigen die Zahlen über die Pferde- und Hundeschlachtungen. An Pferden wurden 7004 oder 36,32 Proz., an Hunden 224 oder 68,29 Proz. mehr der Schlacht- und Fleischbeschau zugeführt. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß nicht alle verzehrten Hunde vor den Trichinenbeschauer geführt wurden.

Dieser außerordentlich hohe absolute Rückgang des zur Verfügung stehenden geschlachteten Viehes wird für den Konsum des einzelnen noch durch den Bevölkerungszuwachs seit 1911 verschärft. Aus den Zahlen geht ohne weiteres hervor, daß ein großer Teil des Volkes in diesem Jahr den Fleischgenuss vollständig einstellen, ein weiterer Teil ihn stark hat einschränken müssen. Nicht die Begüterten haben natürlich auf den gewohnten Genuss verzichtet. Das arbeitende Volk hat das notwendige Nahrungsmittel Fleisch entbehren müssen. Ob der Herr Landwirtschaftsminister noch immer an seiner Erkenntnis festhält, daß es im Arbeiterhaushalt heißt: Fleisch, Fleisch und immer wieder Fleisch!

Wie haben die Regierungsmassnahmen gewirkt?

Nach den neuesten Ausweisen der „Statist. Korrespondenz“ sind die Fleischpreise in preussischen Großstädten gegen die erste Hälfte des Oktober etwas zurückgegangen. Daraus nun ohne weiteres auf eine Beseitigung der Fleischnot zu schließen, wäre durchaus falsch. Mehr als wie sonst ist der Anspruch der Zahlen zu berücksichtigen. Einmal handelt es sich nur um Durchschnittspreise von 50 preussischen Orten. Vergleicht man die Zahlen der einzelnen Städte, so ergeben sich ganz gewaltige Unterschiede. So zahlte man für ein Kilo Rindfleisch zu Halle a. S. 2,30 M., zu Wiesfeld dagegen nur 1,60 M. Die Ermäßigung für den Durchschnitt der 50 Orte kann z. B. allein darauf beruhen, daß man in einzelnen Städten die Preise notierte, die für mit Hilfe der kommunalen Verwaltungen eingeführtes Fleisch gezahlt wurden. Bekanntlich besteht aber noch immer eine Spannung zwischen den Preisen der Metzger für einheimisches Fleisch und den Preisen der Städte für ausländisches Fleisch. Eine Berücksichtigung nur des letzteren in der Preisstatistik muß die Zustände günstiger erscheinen lassen, als sie sind. Wie wenig von einer allgemeinen Besserung der Lage die Rede sein kann, geht auch daraus hervor, daß die Preise für Pferdefleisch, Schinken und Speck allgem. gestiegen sind.

Bergleitet man die diesjährigen Oktoberpreise gar mit denen der Vorjahre, so zeigt sich deutlich, daß wir in einer Zeit außerordentlicher Teuerung leben. Gegen den Oktober 1911 stehen die Fleischpreise noch immer um 15 bis 40 Pfennige höher. Man zahlte für ein Kilo (vom Wag):

	1909	1911	1912	d. J. gegen 1911
Rindfleisch	155	169	189	20
Kalb-	166	178	192	16
Hammelfleisch	161	167	185	18
Schweinefleisch	172	158	190	37
Pferdefleisch	75	78	91	13
Speck	189	170	211	41

Ein Kilo Schweinefleisch kostete also im Oktober noch 37 Pf. mehr als im Oktober des Vorjahres und das trotz der von

der Regierung geschaffenen Erleichterungen. Bedarf es noch eines anderen Beweises für die völlige Unzulänglichkeit der Regierungsmassnahmen?

Streikende Fleischermeister.

In Detmold traten die Fleischermeister von ihrer Zusage zurück, den Verkauf des Fleisches, das vom Magistrat eingeführt werden sollte, zu übernehmen. Infolge dessen unterblieb zunächst die von der Stadtvertretung beschlossene Fleischversorgung. Die Mehrheit der Stadtverordneten magte auch nicht, den von sozialdemokratischer Seite beantragten Maßnahmen gegen die Unberücksichtigung der Fleischermeister zuzustimmen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Vom Einfluß des Krieges auf die Konjunktur.

Der Beginn der Woche war an der Börse wiederum durch Kurdrückgänge gekennzeichnet. Die Flottensendungen der Großmächte nach dem Balkan ließen die Gefahr eines europäischen Krieges deutlicher erkennen. Am Dienstag waren die Pariser Börsen weiter an der Arbeit, durch falsche Berichte über einen Einmarsch Desterreichs in den Sandhaß die Kurse vollends zum Weichen zu bringen. Vergeblich bemüht sich der Hansabundpräsident und die großkapitalistische Presse, in einer Polemik gegen agrarische Blätter diesen unangenehmen Eindruck der Börsenpanik seit Anfang Oktober zu vertuschen. Tatsächlich herrscht, nicht nur an der Berliner Börse, ein Auf und Ab, das dem Gerede von der Sicherheit der deutschen Volkswirtschaft gegenüber der Kriegsgefahr widerspricht. Unwidersprochen ist nur geblieben, daß die Großbanken die weitere politische Situation zu ihrem Vorteil ausgenutzt haben, und dem „Lob“ kann man unbedingt zustimmen, daß die Großbanken sich in den Tagen der Börsenkrise ungeschädelt gerettet haben. Wenn man weiter darauf hinweist, daß überhaupt keine nennenswerten Zahlungseinstellungen auch von kleineren Bankfirmen eingetreten sind, so erinnern wir an das, was wir schon vor einigen Tagen ausführten: die Großbanken haben die fälligen Zahlungen gestundet. Die Infolvenzen werden noch dereinst folgen. So haben in der vergangenen Woche mehrere Bankfirmen in Schlesien und eine in Eisenach ihre Zahlungen einstellen müssen. Auch in Frankreich ist die Gläubigersituation der Spekulationsverpflichtungen im Ultimotermine ohne Ausfall vollzogen worden. Aber die recht hohen Abhängungen bei den französischen Sparkassen im Monat Oktober beweisen, daß auch die Banken von der Zurückziehung der Gelder betroffen sein müssen. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres überließen die Auszahlungen die Einlagen um 44,8 Millionen Frank. Im Oktober allein wurden 31 Millionen Frank abgehoben, während nur 7 Millionen Frank eingezahlt wurden. Die Oktoberzahlen für deutsche Sparkassen, die noch nicht veröffentlicht sind, werden wahrscheinlich ein ähnliches Bild zeigen. Denn die dauernde Ungleichheit der politischen Lage steigert bei den kleinen Sparern und Rentnern die Furcht vor außerordentlichen Ereignissen.

Von Mittwoch an hielten die Börsenkurse wieder eine aufwärtssteigende Tendenz inne, ohne daß dafür ein durch die politische Situation gebotener Grund vorlag.

Parallel mit der Besserung an der Effektenbörse standen Preisermäßigungen an der Getreidebörse. Außerordentlich günstige Erntebereiche in Amerika und Fruchtmarktlage neben ruhiger Beurteilung der politischen Situation trugen dazu bei.

Die Rückwirkung des Balkankrieges auf die industrielle Konjunktur beginnt sich jetzt bereits fühlbarer zu machen. In den Ausweisen für den Handel im Oktober tritt das allerdings noch nicht in Erscheinung. Die Einfuhr und Ausfuhr von Montanprodukten zeigt recht erhebliche Steigerungen gegenüber dem Vorjahr. Dagegen hat die Einfuhr von Textilrohstoffen (mit Ausnahme von Jute und Kreuzschurwolle) nachgelassen. Die Textilindustrie wird ja auch am ehesten von einem Krieg betroffen. In diesem Jahre kommt noch hinzu, daß die Teuerung eine ganz außerordentliche ist. Wenn der Arbeiter sich noch mehr einschränken muß, als es schon für gewöhnlich geschieht, dann verzichtet er auf neue Kleidungsstücke, trägt seine alten weiter oder geht allenfalls zum Altweiberhändler.

In der Schwerindustrie soll sich ebenfalls bereits der Balkankrieg bemerkbar machen. Wenigstens berichtet die „Rein. Westf. Zig.“, daß auf dem Eisenmarkt allenthalben Zurückhaltung herrscht und daß die Verkaufstätigkeit auf den freien Märkten fast zum Stillstand gekommen ist. Zum mindesten bewahrt man Zurückhaltung in den Ausschüssen, um die Ereignisse auf dem Balkan abzuwarten. Die Preise zeigen bereits eine Tendenz nach unten. Die Produktionsziffern für Kohleisen im Oktober wiesen allerdings einen neuen Rekord auf. Wegen den September dieses Jahres stieg die Kohleisenproduktion um 110 000 Tonnen und gegen den Oktober des Vorjahres gar um 287 000 Tonnen. Ebenso gegen den dauernden Wagenmangel im Ruhr- und Saarrevier, daß die Kohlenproduktion eine nie verzeichnete Höhe erreicht hat. Der Güterandrang ist so stark, daß zuweilen die Annahme von Frachtwägern auf ganzen Strecken gesperrt wird, weil die Betriebsanlagen sich als unzulänglich erweisen.

Der Rückgang von Aufträgen in der Montanindustrie geht auch aus dem Bericht der Vöbnitz A.-G. hervor. Während im Oktober vorigen Jahres Aufträge auf 32 300 Tonnen eingelaufen waren, betragen sie in diesem Jahr nur 28 700 Tonnen. Ueber die Aussichten des kommenden Jahres schwieg sich der Generaldirektor Deulenberg auffallenderweise im Gegensatz zu früheren Jahren auf der diesjährigen Generalversammlung aus. Somit bringen die Geschäftsergebnisse des Jahres 1911/12 äußerst günstige Abschlässe des Wertes, das gerade 60 Jahre hindurch besteht. Den Aktionären des Wertes kann eine Dividende von 18 Prozent gewährt werden.

Eine aktive Teilnahme der Großmächte an dem Balkankrieg würde die industrielle Weltkonjunktur mit einem Schlag beseitigen. Bei einer schleunigen Beendigung des Krieges in seinem bisherigen Umfang und die von den Balkanländern selbst gewünschte politische und vor allem wirtschaftliche Vereinigung würde dagegen der industriellen Konjunktur einen neuen Antrieb geben. Nichts beweist den Widerstand in den Bestrebungen der europäischen Großmächte mehr, als daß sie bei einer kriegerischen Verwicklung ihre Industrie, ihren Handel und ihren Nationalreichtum aufs Spiel setzen, obwohl eine friedliche Regelung wenigstens in der Balkanfrage zum gleichen Ziele führen würde. Die Schaffung eines politisch und wirtschaftlich selbständigen Balkanbundes würde gerade für Desterreichs Industrie Anregung und neue Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Und noch mehr sind die übrigen europäischen Staaten, vor allem Frankreich, England und Deutschland an einer schleunigen Herstellung des Friedens auf dem Balkan interessiert. Schon jetzt führt der Abzug nach den Balkanländern; Aufträge oder gar Zahlungen fehlen völlig aus jenen Gebieten. Die dort in produktiven Anlagen investierten Kapitalisten sind gefährdet, denn wer ist heute sicher, daß jene Anlagen nicht zum Teil vernichtet sind oder vernichtet werden! Und dann die großen Summen, die den Balkanstaaten auf dem Kreditwege überlassen worden sind. Die Geschichte dieser Anleihen zeigt, daß die europäischen Gläubiger nicht immer auf volle Befriedigung bei der Zinsenzahlung rechnen konnten. Wenn auch die streitigen Balkanstaaten jetzt leichter die für Schuldendienst notwendigen Summen aufbringen werden, bei der völlig sammengebrochenen Türkei ist das sehr fraglich. Gewiß sind die Monopoleinnahmen europäischen Finanzkonzerne zur Deckung der Schuldzinsen beschränkt. Aber dem militärischen und politischen Zusammenbruch kann der finanzielle folgen. Die Rückwirkung auf die europäischen Großstaaten wäre eine außerordentliche. Gerade in die Hände der kleinen Rentner sind diese Staatspapiere gelangt, zum Teil weil die einzelnen Städte nur auf niedrige Beträge lauten. (So kann man ein „Larkens“, ein türkisches Anleihenpapier, für 150 bis 160 M. erstehen.) Um so unverantwortlicher ist das Spiel der großkapitalistischen Kreise, insbesondere der Banken, die ihren Einfluß benutzen, um im Interesse des eigenen Geschäfts das Publikum in Sicherheit zu wiegen. — Auf die Entwicklung der Weltkonjunktur wird gegenüber den politischen Ereignissen der Ausfall der Präsidentschaftswahl in Amerika ebensowenig einen irgendwie bedeutenden Ein-

fluß ausüben, wie es die Vorbereitungen zur Wahl getan haben. Die industrielle Konjunktur hat sich unberührt von den innerpolitischen Ereignissen Nordamerikas entwickelt und steigt weiter an. Wenn überhaupt noch bei irgend jemand die Befürchtung bestanden haben sollte, der neue „demokratische“ Präsident könnte mit der Programmforderung des Abbaues der Zolltarife Ernst machen, dann würden sie durch des Präsidenten Erklärung zerstreut, daß unter seinem Regime kein ehrlicher Geschäftsmann „etwas zu fürchten“ habe. Sind sie nicht alle, alle ehrenwerte Männer, bis zu den Trübsmagnaten hinauf? Die New-Yorker Börse quittierte sofort dankend mit einer Aufwärtsbewegung der Aktien.

Aus der Frauenbewegung.

Die polnische Frauenbewegung.

So wenig die herrschenden Zustände in den polnischen Landesteilen einer Ausbreitung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung förderlich gewesen sind, so wenig waren sie auch geeignet, die Entwicklung einer Frauenbewegung im modernen Sinne zu begünstigen. In dem von allen polnischen Bevölkerungsklassen gemeinsam geführten Abwehrkampf gegen die endlosen Drangsalierungen, mit denen Preußen die Ausbreitung des Polentums in Ost- und Westpreußen, Polen und Oberschlesien zu unterdrücken und die Germanisierung zu fördern wähnt, in diesem Kampfe, der aber doch nur ein Kleinkrieg genannt werden kann, erschöpfte sich bis auf weiteres die politische Leidenschaft der Polen. Seit Polens gewaltsamer Verpeicherung am Ausgang des 18. Jahrhunderts hat die Regierung in der Behandlung der unterdrückten Nation Fehler über Fehler begangen. Immer unter dem Vorwande, daß die Polen heimlich den Plan nährten, sich von Deutschland loszureißen, wurden ihnen die selbstverständlichen staatsbürgerlichen Rechte systematisch verweigert; so wurde ihnen in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unter anderem der Gebrauch ihrer Muttersprache in den Schulen unterzogen. Die Erbsitterung Rig auf höchste und machte sich in Kravallen Luft, als Kinder, die dennoch polnisch sprachen, auf Anordnung der Schulbehörde geprügelt wurden. Die Urheber der Tumulte, darunter Frauen, büßten ihre Empörung über die Rißhandlung ihrer Kinder mit harten Gefängnisstrafen, in einem Falle mit Zuchthaus. . . . Der sogenannte Sprachenparagraf des neuen Vereinsgesetzes untersagt den Polen den Gebrauch ihrer Sprache auch in öffentlichen Versammlungen. Die „nationalen Interessen“, die bei diesem Gewaltakt vorgeschützt wurden, sind der Deckmantel, unter dem die junkerlichen und kapitalistischen Ausbeuter dem polnischen Proletariat die gewerkschaftliche und politische Betätigung unmöglich zu machen versuchen. Die in diesem Jahre zum ersten Male erfolgte brutale Anwendung des Enteignungsgesetzes vom Jahre 1908, eines Ausnahmegesetzes in krassester Form, hat abermals einen Sturm der Entrüstung unter den Polen erzeugt, der kürzlich im preussischen Reichstagsgebäude noch kräftig nachhallte. Auch dieses letzte Glied in der Kette unerhörter Schanden gegen die Polen halfen die Preisdichter der Polenheße schmieden, die Dekretisten, Mitglieder des S.-R.-L.-Vereins, so genannt nach dem Begründern des antipolnischen Osmarzen-Vereins: Hansemann, Kennemann und Liebenow. Ein köstliches Schauspiel ist es, daß im Trotz dieser Reaktionen auch ein Teil der bürgerlichen Frauenrechtler einherzieht, angeführt von Dr. Käthe Schirmacher und der ihre polnische Abstammung so erfolgreich verleugnenden Maria Wischniewska. Es kann natürlich für die bürgerliche Frauenbewegung in polnischen Kreisen nicht Propaganda machen, wenn sie kapitalistische Elemente in führenden Stellungen und polenfeindliche Agitation in ihren Vereinen duldet. Dennoch gibt es so etwas wie eine polnische Frauenbewegung, wenn man die fast durchweg von der polnischen katholischen Geistlichkeit geführten Wohltätigkeits-, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Organisationen von Frauen so nennen will, die fast sämtlich einen Kille, oder jähren Kampf für die Erhaltung des Polentums gegen seine Verderber führen.

Ueber diese polnische Frauenbewegung unterrichtet eine kürzlich erschienene Broschüre aus der Feder des Generalsekretärs des Osmarzenvereins Kosberg. (Die polnische Frauenbewegung, 1912, Verlag Oskar Eulitz, Pissa i. P., 22 Seiten. Preis 20 Pf.) Die charitativen Organisationen werden von den Polen dadurch in den Dienst der nationalen Sache gestellt, daß sie ihre Wohltaten nur der polnischen Bevölkerung zukommen lassen. Polnische Kinder, die der Fürsorgeerziehung anheimzufallen drohen, werden durch einen Verein in polnischen Anstalten und Familien untergebracht, damit sie dem Polentum nicht verloren gehen. Ein polnisches Asyl nimmt auch gefallene Mädchen auf usw. In einigen Fürsorgevereinen haben Damen, um das gefährdete polnische Schrifttum zu erhalten, den Kindern polnischen Schreib- und Leseunterricht erteilt. Dem Verein „Maria“ (Wacht) sagt Kosberg noch, daß er 1908 den Schulstreik in der Provinz Posen vorbereitet habe. Einige derartige Vereine wurden von den Behörden toleranzrechtlich geschlossen. In polnischen Frauenvereinen wurde auch eine gegen die deutschen Kaufleute gerichtete Bohnfortbewegung gepflegt. Doch betätigten sich auf diesen Gebieten nur wenige Frauenorganisationen, die fast ausschließlich aus Damen der Oberklasse bestanden. Erst vom Jahre 1908 ab wurden auch die Frauen der unteren Volksschichten mobilisiert. Es entstanden Frauenbildungs- und Berufsvereine, wie die polnisch-katholischen Arbeitervereine, von Geistlichen gegründet und geleitet wurden. Sie sind mit wenigen Ausnahmen in zwei großen Verbänden zusammengefaßt, die es in fünf Jahren auf 40 Vereine mit 8200 weiblichen Mitgliedern gebracht haben. Sie bezwecken neben der Stärkung der Anhänglichkeit an die nationale Boden stehende Religion und Kirche die geistige und materielle Hebung der Mitglieder. Einige Frauenbildungsvereine haben sich von dem Einfluß der Geistlichkeit emanzipiert und Frauen in ihren Vorstand gewählt. Diese abtrünnigen, unter dem Einfluß der nationaldemokratischen Partei stehenden Vereine unter ihre Macht zu bringen, ist das eifrige Bestreben der Paffen, die sich überhaupt in demagogischer Weise an die Spitze aller polnischen Organisationen drängen, um den Einfluß auf die Massen nicht zu verlieren. In dem Verband der erwerbsfähigen Frauen herrschen die Geistlichen noch unumschränkt. Sterbe-, Kranken- und Aussteuerlofen, Rechtschutz, Arbeitsnachweis für Diensthöfen und Arbeiterinnen sollen durch die Gewährung keiner Parteizugehörigkeit antoden. Die Verbände unterhalten auch eine eigene Frauenpresse.

Natürlich erblickt der kapitalistische Verfasser der Broschüre in der planmäßigen Organisierung der Polinnen in den Nationalitätenkampf, dem alle ihre wirtschaftlichen und sozialpolitischen Organisationen dienstbar gemacht werden, eine schwere Gefahr für das Deutschtum. Auch die Sozialdemokratie kann dieser nur zu begreiflichen Entwidlung der Dinge nicht gleichgültig gegenüberstehen. Die Organisierung der werksfähigen Polinnen im beschränkt national-polnischen Sinne bedeutet eine Herbspitterung und damit eine Schwächung der großen deutschen Arbeiterinnenbewegung, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, und die für die wirtschaftliche und politische Befreiung der arbeitenden Frauenwelt ohne Unterschied der Nation eintritt. Hier haben wir noch ein großes, freilich auch recht feintones Agitationsfeld zu beackern. Denn es ist unsere Pflicht, immer wieder zu betonen, daß das polnische Proletariat Kräfte wegt, wenn es sich unter dem Einfluß pfäffischer und kleinbürgerlicher Demagogen zur wilden Nationalitätenhebe mißbrauchen läßt und dabei Männer als seine politischen Führer im Parlament wählt, die die „nationale Sache“ so und so oft verraten haben, indem sie die Forderungen des Militarismus befähigen. Führer, die noch stets der agrarischen Auswanderungspolitik der preussischen Junker zugestimmt und damit das arme Volk noch tiefer in Not und Elend gestoßen haben. Die Männer und Frauen des polnischen Proletariats können ihre Unterdrückung nicht wirksamer bekämpfen, als durch Anschluß an die sozialdemokratische Partei, die für ihre Interessen stets auf das wärmste eingetreten ist, weil sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung bekämpft, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse oder Nation.



Ortskrankenkasse
der
Stadt Schöneberg.

Am Freitag, den 22. November 1912, abends 8 Uhr, findet im Gesellschaftshaus des Westens, Hauptstr. 32, eine

Ordentliche General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Berlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Wahl von 3 Kassenprüfern und 2 Stenographen.
3. Neuwahlen zum Vorstand und zwar von 2 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern.
4. Stellung des Antrages auf Zulassung der Kasse (§ 20 R.-V.-D.) und Ausgestaltung unserer Kasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse (Artikel 17 des Einführungsgesetzes zur R.-V.-D.).
5. Genehmigung zum Erweiterungsbau des Erholungsheims und zwar von Wirtschaftsräumen, die in Verbindung mit dem beschlossenen Bau der Eingekassierten hergerichtet worden sind.
6. Vorlage des Vorhabens betr. Erweiterung der Bureauräume anlässlich des Inkrafttretens der R.-V.-D. sowie Errichtung eines zahnärztlichen Instituts im eigenen Hause, ferner eines Massage-Instituts usw.
7. Verschiedenes.

Berlin-Schöneberg, 8. Novbr. 1912.
Krukow, Bakeneker,
Vorstand, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse
des

Zimmerergewerbes, Berlin.

Am Mittwoch, den 20. November 1912, vormittags 10 Uhr, findet in Schulz' Restoran, Ringstr. 16, Eingang Königsgraben, eine

Versammlung d. Arbeitgeber

welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln leisten, statt.

Tagesordnung:

Wahl von 18 Vertretern zur Generalversammlung pro 1913.

In demselben Lokal und zur selben Zeit doch getrennt, findet eine Versammlung der wahlberechtigten Klassenmitglieder, Arbeitnehmer, statt.

Tagesordnung:

Wahl von 36 Vertretern zur Generalversammlung pro 1913.

Das Dultungsbuch legitimiert und ist den Kontrolluren vorzulegen.

Samstag, den 24. November 1912,

vormitt. 10 Uhr, in demselben Lokal:

Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl v. 3 Vorstandsmitgliedern (Arbeitgeber). — 2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer). — 3. Wahl des Prüfungsausschusses. — 4. Beschlußfassung über den Antrag auf Zulassung gemäß den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. — 5. Verschiedenes.

Die am 22. November 1911 gewählten Vertreter werden hiermit eingeladen. Einladung legitimiert.

Der Vorstand. 12246

August Brunzel, Vorsitzender.

Erwald Petermann, Schriftführer.

Burgtheater-Festsäle.

Da ich gezwungen wurde, mein Geschäft aufzugeben, so bitte ich die Vereine, welche bei mir Festlichkeiten abgeschlossen hatten, sich nach anderen Sälen vorläufig umzusehen. Günstige Anpreisung bitte ich nach Stubbenammerstr. 11 zu richten.

12275 **Rudolf Herz.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis: Telefon: Ami Norden 1987. Ami Norden 165. Ami Norden 1230, 9714.

Donnerstag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

der

Bauanschlager Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Die Arbeitsnachweise und deren Bedeutung für die Arbeiter.

Referent: Kollege Wüde. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet. 133/30

Die Ortsverwaltung.

Vorwärts-Bibliothek

Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen

IV.

Verschrobenes Volk

Erzählungen und Satiren

von Robert Grötsch.

Preis gut gebunden 1 M.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69 248/15*

Adlershof.

Alleinige Verkaufsstelle der
**Zigarren-Fabriken der G.-E.-G.,
Tabak-Arbeiter-Genossenschaft**

Hamburg hat jetzt **Karl Schwarzlose,**

4733L Bismarckstraße 50.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.

Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Anton Boekers Festsäle

Weberstraße 17 Tel. Amt Königstadt 13414

empfehle seine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.

Seine u. große Säle, großer Garten mit feststehender Theaterbühne sowie große Vereinszimmer stehen den geehrten Gewerkschaften und Vereinen jederzeit zur Verfügung. Weihnachtsfeierstage noch frei.

Ergebenst **Anton Boeker, Weberstr. 17.**

H. & P. Uder, Berlin NO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

**Teure Zeiten:
Billige Suppen.**

Immer größer wird die Zahl der Hausfrauen, die bei den teureren Fleischpreisen regelmäßig Knorr-Suppenwürfel verwenden, aber noch mehr Hausfrauen gibt es, die diese für jeden Haushalt nützlichen und praktischen Suppen noch gar nicht kennen. Warum? Weil viele glauben, der Fabrikant könne unmöglich für 10 Pf. 3 Teller gute Suppe liefern. Und doch ist es so. Warum kann Knorr für wenige Pfennige so viel bieten? Weil in dem großen Fabrikbetrieb alle Vorteile des Einkaufes, der Herstellungsweise und des Betriebes sich vereinigen, so daß jeder, der für 10 Pf. einen Knorr-Suppenwürfel kauft, aus allen diesen Vorteilen Nutzen zieht.

Interessantes über Knorr's Fabrikbetrieb.

Knorr hat eigene Mühle

Sorgfältig ausgesuchte Rohmaterialien, wie Erbsen, Grünern, Reis, Gerste usw., werden in großen Mengen gekauft und vermittelt moderner Maschinen nach bewährten, in annähernd 40-jähriger Praxis erprobten Methoden zu Mehl verarbeitet, das für die Suppenwürfel gebraucht wird.

Knorr hat eigene Dörrgemüse-Fabrik

Ein wesentlicher Bestandteil der Knorr-Suppenwürfel sind getrocknete Gemüse aller Art. Viele Tausende Zentner Karotten, Wirsing, Weißtraut, Blumenkohl, Lauch, Zwiebeln usw. werden in der Knorr-Gemüsefabrik getrocknet, um dann für die Knorr-Suppenwürfel Verwendung zu finden.

Knorr hat eigene Eier-Nudelfabrik

Neben der größten Makaronifabrik Deutschlands besitzt Knorr eine sehr große Eiernudelfabrik, in der all die Eierfadennudeln, Eierlebküchle, Eiersternchen usw. hergestellt werden, die man für die Suppenwürfel-Fabrikation braucht.

Knorr hat eigene Würze-Fabrik

Um den Suppen einen würzigen Fleischbrühe-Geschmack zu geben, werden den Suppenwürfeln verschiedene Arten von Würze beigelegt, die nach eigenem Verfahren in der Knorr-Würzefabrik erzeugt werden.

Kraft-Zentrale

Einen Begriff von der Größe der Fabrikeinrichtung bekommt man, wenn man hört, daß in der Fabrik von Knorr, Heilbronn, 2 Dampfmaschinen und 1 Dampfmaschine mit zusammen über 2800 Pferdekraften arbeiten, um die vielen Maschinen in Betrieb zu setzen, die in dem weitverzweigten Betrieb notwendig sind.

45 Sorten Knorr-Suppenwürfel

Knorr macht 45 verschiedene Sorten Suppenwürfel. Jede Sorte hat ihren Eigengeschmack, jede Suppe ist wohlschmeckend, kräftig und nahrhaft. 30 Sorten Suppenwürfel werden Δ 10 Pf. 6 „ pikante „ Δ 15 „ verkauft und sind in jedem besseren Geschäft erhältlich. Jeder Suppenwürfel genügt für 3 Teller Suppe.

Kochanweisung Knorr-Suppenwürfel

Die in den Suppenwürfeln enthaltene Masse wird zerbröckelt, mit etwas kaltem Wasser angerührt und dann mit $\frac{1}{2}$ Liter Wasser 15 bis 20 Minuten langsam gekocht; weder Gewürz noch Fleischbrühe noch sonst etwas soll zugegeben werden, die Suppe enthält alles, was zu einer kräftigen Fleischbrühesuppe nötig ist.

Bitte, machen Sie einen Versuch und verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich einen

Knorr-Suppenwürfel er ist der beste!

Neue Sorten:

Frankfurter Suppe	1 Würfel
Blumenkohlsuppe	3 Teller
Pariser Suppe	10 Pf.
Spargelsuppe	

Feine Julienne-Suppe 1 Würfel 3 Teller 15 Pf.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Grosse Posten Damen-Ulster

4 Serien enorm billig

Paletots

m. Riegel, offen oder geschlossen zu tragen, aus Stoffen engl. Art, zum Teil mit Samtkragen, ca. 130 cm lang

4.95

Paletots

aus Flauchstoffen mit gestreifter Innenseite, ca. 130 cm lang

6.75

Paletots

aus Flauchstoffen oder Stoffen englischer Art, mit Paspel und Knopfgarnier., ca. 130 cm lang

9.75

Paletots

aus Flauchstoffen od. aus Stoffen engl. Art, elegante Verarbeitung, ca. 140 cm lang

13.50

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 12. November 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Uda.
Königl. Schauspielhaus. Ein
Waffengang.

Deutsches. König Heinrich IV.
2 Teil.

Kammerspiele. Maria Magdalena.
Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Die wichtigsten Kulturpflanzen
der Weltwirtschaft. Mit dem
Zeppelin-Luftschiff von Sylt nach
Hamburg.

Vorleser: Prof. Dr. B. Donath:
Resonanz, Schwebung, Klang-
farbe.

Selbst. Gabriel Schilling's Nacht.
Deutsches Opernhaus. Fidele.
Kleines. Magdalena.

Königsgräber Straße. Die fünf
Frankfurter.

Schiller o. Der Tallisman.
Schiller o. Charlottenburg. Im
weißen Röhl.

Berliner. Fünfkörper.
Residenz. Gemütsmenschen.

Komödienhaus. Die Generalbefeh.
Deutsches Schauspielhaus. Der
guffende Fied.

Thalia. Antoliedchen.
Theater am Rollendorfsplatz. Or-
pheus in der Unterwelt.

Kurfürsten-Oper. Der Aufreigen.
Kroll. Der Glückshäufel.
Montis Operetten. Der Frauen-
treffer.

Luisen. Des andern Ehre.
Kole. Die größte Sünde.

Metropol. Chauffeur — ins
Metropol.

Trianon. Liebesbarometer.
Gerrnsfeld. Die Alpenbrüder. Endlich
allein.

Casino. Der Großfürst.
Wintergarten. Spezialitäten.

Apollo. Spezialitäten.
Vaffage. Spezialitäten.

Reichshallen. Die Nacht der Töne.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Grigol.

Spielhaus. Wein aller Herr.
Folies Caprice. Der feusche Joseph.
Der Rehbod.

Königsstadt-Kasino. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Lore. —
Die Spieler. — Der Kommer-
sänger.

Anfang 10 Uhr.

Admiralpalast. Eisballett: Droune.

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallner-
Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Tallisman.

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzleher.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Im weißen Röhl.

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im weißen Röhl.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der guffende Fied.

Residenz-Theater.
8 Uhr: 8 Uhr:

Gemütsmenschen.
Schwan in 3 Akten
von Felix Friedmann-Friedrich.
Donnerstag, den 14. November,
zum 1. Male: Prinzenerziehung.

Theater am Rollendorfsplatz
(Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr: Gastspiel des
Münchener Künstlertheaters.
Orpheus in der Unterwelt.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 8 1/2 Uhr:
Schneewittchen.

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.

Des andern Ehre.
Mittwoch: Der Walzerkönig.
Donnerstag: Des andern Ehre.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:

Die größte Sünde.
Drama in 5 Akten von Otto Ernst.
Mittwoch: Deutsch-Amerikaner.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.

Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern von F. Freund,
Ruhst u. Rud. Nelson. Länge arrang.
von Will Bishop. In Szene gesetzt
vom Direktor H. Schulz.

Passage-Panoptikum

Das größte Naturwunder!
Die
HEILIGE
WEISSE
NEGERIN
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 92. — Zimmerstraße 90/91.

Heute: **Doppel-Konzert!**

Berliner Konzerthausorchester, Dir. Fr. v. Blon, Komponist.
Musik. Kaiser-Franz-Regiments, Dirigent Oberm. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Eintritt.

Ki-Ko Lichtspiele im
Passage-Theater
Unter den Linden.

Eröffnung

Dienstag, den 12. November
nachmittags 4 Uhr.

Das hochinteressante Programm enthält Dramen, humo-
ristische Szenen, Naturaufnahmen, wissenschaftliche Filme,
sowohl Kinemakolor (naturfarbig) wie auch schwarz-weiß.

Jeden Sonnabend Programmwechsel.
Anfang Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Die wichtigsten Kulturpflanzen der
Weltwirtschaft. Mit dem Zeppelin-
luftschiff von Sylt nach Hamburg.
Hörsaal 8 Uhr:

Professor Dr. B. Donath:
Resonanz, Schwebung, Klangfarbe.

Herrnfeld
Theater
8 Uhr:

Die mit beispiellosem Lacherfolge
aufgenommene Novität

Die Alpenbrüder.
10 Uhr:

Endlich allein!
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse).

Theater Königstadt-Casino.
Golamarstraße 72.
1 Min. v. Bahnh. Rannowstraße.
Tägl. abends 8, Sonnt. 5 1/2 Uhr:
8 erstklassige Spezialitäten
und Kalt gestellt
oder: Fehlgelassen.

TGB

THEATER GROSS-BERLIN
AM ZOO.
Direktor: LUDWIG ROSENFELD.

Eröffnungs-Vorstellung
Freitag, den 15. November:
7 1/2 Uhr abends:

So hummeln wir!
5 Bilder
von Gustav Kadelburg
Texte von Leo Leipziger
Musik von Jean Gilbert

Fritzi Massary, Max Pallen-
berg, Karl Bachmann, Hed-
wig Döring, Marie Wendt,
Helene Brahm, Edy Smeraldina,
Queenie Hall u. a.

Vorher: **Gr. Varieté-Teil.**
in sämtl. Räumen d.
Theaters gestattet.
Beginn 7 1/2 Uhr.

Der Vorverkauf für sämtl. Vor-
stellungen beginnt Mittwoch, den
13., an d. Theaterkasse, 10-2 Uhr,
im Warenhaus Hermann Tietz
und beim Invalidendank.

Zirkus
Albert Schumann.
Heute Dienstag, 12. November:
abends 7 1/2 Uhr:

Große Paradevorstellung
mit extra auserwähltem
Programm.

Um 9 1/2 Uhr:

**Der unsicht-
bare Mensch.**
Vier Bilder aus Indien.
Die Hauptattraktion von Berlin!

Folies Caprice.
Zum 73. Male

Die drei Schlager:
Der feusche Joseph.
Der Rehbod.
Der Einbrecher.

UT

**Union-
Theater**

Alexanderplatz
Unt. den Linden

**Die Dame
von Maxim**

Moritzplatz
Hasenheide

Kittys Hochzeit

Lustspiel
Wedding,
Reinickendorfer Str. 14

Um 2 Uhr nachts

Paris. Sittenbild.
Außerdem die übrigen
Programme.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, 12. November,
abends 7 1/2 Uhr:

**Neu! Die unvergleich-
lichen Tourbillons.**
akrobatische Lady-Cyclists.

Neu! Kapt. Spaulding,
der myster. Feuermanipulator.

Neu! Albas sensationelle
Kopf-Drahtseilfahrt.
Hr. Burchhardt-Foottit,
Schulreiter auf dem Vollblüter
„Donald“.

sowie das große Programm.
Zum
Schluß: **Unter Gorillas.**

**Apollo
Theater**

Ab 8 Uhr.

Nie dagewesener Erfolg
des neuen Programms!

12 große Attraktionen!
Ganz Berlin spricht von
M. Bendix und E. Schnabel
als Droschkenkutscher u. Fiaker.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:

Liebesbarometer.

Voigt-Theater.
Dienstag, den 12. November 1912:
Gastspiel in der „Neuen Welt“.
Hasenheide 108—114.

Bapfenreich.
Ettendama in 5 Akten von
Adam Geneslett.
Staffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Abends
8 Uhr:

**Die Macht
der Töne.**

Sonntag-
nachmittag
3 Uhr:

Der Kom-
pagnieball

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Das sensation. November-Programm

Robert Neesemann,
Berlins Lieblingshumorist mit neuen
Schlagern. Arien-Lachfolge des
lustigen **Der Großfürst.**

Sonntag 4 Uhr. O diese Männer!

Berliner Uk-Trio

Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L.

Für den Inhalt des Inserates
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Verband sozialdemokrat. Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die am Sonntag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung tagte in den Germania-Sälen. Sie hatte zunächst die von der vorigen Generalversammlung

zurückgestellten Anträge

zu erledigen. Der erste dieser Anträge, von Teltow-Beeskow gestellt, lautet:

„Diejenigen Mitteilungen im „Mittelungsblatt“, welche der „Vorwärts“ bereits veröffentlicht hat, sollen künftig im „Mittelungsblatt“ nicht mehr veröffentlicht werden. Der hierdurch freigewordene Raum ist für leichtverständliche Artikel zu benutzen, die auf den Jahrlabenden vorgelesen und zur Diskussion gestellt werden können.“

Eugen Ernst führte zu dem Antrage aus: Der erste Teil sei aus praktischen Gründen undurchführbar. Das „Mittelungsblatt“ sei bestimmt, zum Nachschlagen in späterer Zeit zu dienen, es sei deshalb nicht zu vermeiden, daß Mitteilungen wiederholt werden, die schon im „Vorwärts“ veröffentlicht wurden. Dem zweiten Teil des Antrages wird der Zentralvorstand gerecht werden. Er ist der Meinung, daß den Genossen Diskussionsstoff für die Jahrlabende geboten werden muß, und ist deshalb mit zwei Schriftstellern, deren Namen einen guten Klang in der Partei haben, in Verbindung getreten. Das „Mittelungsblatt“ soll jedesmal einen Artikel von einem dieser Schriftsteller bringen. Der Artikel wird aktuelle Fragen behandeln in der Art, wie es früher die Spitzartikel der „Neuen Zeit“ taten. Der Zentralvorstand ersucht, den Antrag hierdurch als erledigt zu betrachten.

Die Versammlung erklärte sich einstimmig für den Vorschlag des Zentralvorstandes.

Nun kamen zwei Anträge zur Beratung, die eine Beschränkung der Zahl der Generalversammlungsdelegierten

fordern. Ein Antrag von Teltow-Beeskow will, daß auf je 250 Mitglieder ein Delegierter entfällt und den kleineren Kreisen eine Mindestzahl von 10 Delegierten gewährt werde. — Niederbarnim beantragt, auf je 200 Mitglieder einen Delegierten zu wählen.

Der Zentralvorstand empfiehlt den Antrag Niederbarnim. Mehrere Redner treten für die Beschränkung der Delegiertenzahl ein mit dem Hinweis, daß eine geregelte Erledigung der Aufgaben der Generalversammlung bei einer Delegiertenzahl von 1200 kaum möglich sei. Da die Mitgliederzahl zunehme, würde man in absehbarer Zeit auf 1500 Delegierte kommen. Wenn die Delegiertenzahl auf etwa 700 herabgemindert würde, so könne die Generalversammlung besser arbeiten und die Rechte der Mitglieder würden dadurch keineswegs beschränkt. Mehrere andere Redner traten dagegen für die Beibehaltung des bisherigen Modus ein, der für je 100 Mitglieder einen Delegierten festsetzt. Es sei nicht demokratisch, die Delegiertenzahl zu vermindern, auch könne die Generalversammlung in der jetzigen Stärke ganz gut verhandeln, Angstzuständen hätten sich nicht herausgestellt. Ein Redner machte den Vermittlungsvorschlag, auf je 150 Mitglieder einen Delegierten zu wählen. Von anderer Seite wurde beantragt, die Angelegenheit zurückzustellen, bis die Reorganisation erledigt sei.

Der Vorsitzende Ernst machte darauf aufmerksam, daß es sich um eine Statutenänderung handelt, die nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann.

Die Abstimmung ergab für den Antrag Teltow-Beeskow eine sehr kleine Minderheit. Der Antrag Niederbarnim (1 Delegierter auf 200 Mitglieder) fand nicht die Zweidrittelmehrheit. (Es wurden 435 Stimmen für und 290 Stimmen gegen abgegeben.) Beschlössen wurde mit 487 gegen 195 Stimmen, also mit Zweidrittelmehrheit: Auf je 150 Mitglieder einen Delegierten zu wählen.

Ein Antrag des vierten Wahlkreises verlangt, daß das Eintausieren des „Vorwärts“-Abonnements vom 1. bis 7. im Monat zu unterlassen ist.

Die Befürworter des Antrages machten geltend, es sei den Arbeitern schwer, in den ersten Tagen des Monats, die mancherlei finanzielle Verpflichtungen mit sich bringen, zu zahlen, auch solle den Botenfrauen ein freier Sonntag dadurch zugute kommen, daß nicht mehr am ersten Sonntag des Monats laßiert werde. — Der Zentralvorstand ersuchte um Ablehnung des Antrages. Das die Botenfrauen betreffe, so sei das jetzige Verhältnis durch ihre Organisation geregelt. Das Kassieren nach dem 7. des Monats würde große Ausfälle an Einnahmen bringen, namentlich dadurch, daß die Schlafhurschen, welche am Anfang des Monats verzogen sind, später nicht mehr aufzufinden seien. — Nachdem noch zwei Redner gegen den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete:

Wesen und Aufgaben der Arbeiterbildung.

Der Referent Heinrich Schulz erinnerte daran, daß vor zwei Jahrzehnten nach einer begeisterten Rede Wilhelm Dieblich in einer großen Versammlung die Berliner Arbeiterbildungsschule gegründet wurde, die den Arbeitern die Bildung vermitteln sollte, welche ihnen die Schule des Klassenstaats vorenthält. Die Gründung der Berliner Arbeiterbildungsschule erregte Aufsehen bei Freund und Feind. Doch das Feuer der Begeisterung, welches Wilhelm Dieblich entfacht hatte, hielt nicht lange vor. Die leitenden Männer der neuen Einrichtung waren sich nicht klar über den Weg, den sie einzuschlagen hatte. Die Massen, die sich damals um die Bildungsschule geschart hatten, verließen sich. Es blieb nur ein kleines Häuflein, das aber verfolgt noch heute freudig sein Ziel. Die Erfolge der Arbeiterbildungsschule sind nicht ausgeblieben. Es gibt eine Reihe an erster Stelle in der Arbeiterbewegung tätiger Männer, die den Grund ihres Wissens in der Arbeiterbildungsschule gelegt haben. Aber es ist doch nur ein kleiner Kreis, auf den sich die Leistungen der Arbeiterbildungsschule erstrecken. Heute hat sich nun wieder eine große Versammlung mit dem Bildungswesen zu beschäftigen. Die Verhältnisse sind heute anders, als bei der Gründung der Arbeiterbildungsschule. Was die heutige Versammlung beschließen wird, ist nicht der Ausschluß einer momentanen Begeisterung, sondern das Ergebnis ruhiger Überlegung, und hinter den Beschläßen dieser Versammlung steht eine starke Arbeiterorganisation. Wenn wir heute eine neue Organisation des Bildungswesens für Groß-Berlin beschließen, so wird diese im Anfang ja auch ihre Schwierigkeiten haben; aber wenn diese überwunden sind, dann ist in Berlin die Bahn frei für eine bedeutende Entfaltung des Bildungswesens. Seit sieben Jahren haben wir in der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands die neue Bewegung im Bildungswesen. Auch in Berlin sind die neuen Kräfte an der Arbeit. Aber es fehlt bis jetzt an der zweckmäßigen Zusammenfassung der Kräfte. Wenn wir die erst haben, dann wird sich alles andere von selbst ergeben. In einem Punkt, nämlich in dem Ziel der Arbeiterbildung, ist kein Unterschied zwischen der Gründungsversammlung der Arbeiterbildungsschule und unserer heutigen Bildungsbestrebungen. Schon Wilhelm Dieblich vertrat den Standpunkt, daß es sich bei den Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse nicht um Unterricht in den Elementarfächern handeln kann, sondern um eine Bildung zu Schutz und Tugend der Arbeiterklasse. Bewußt legen auch wir Wert auf eine gute Elementar- und Hochbildung der Arbeiter. Aber dafür zu sorgen, ist Sache des Staates und der Gesellschaft, die wir stets an die Erfüllung dieser Aufgabe erinnern. Die Verbreitung von Elementar- und Allgemeinbildung ist also nicht Sache der Arbeiterklasse. Die Hauptaufgabe der Klassenbewußten Arbeiterschaft ist der Klassenkampf mit dem Ziel: Umwandlung des Klassenstaates in eine Gesellschaft Freier und Gleicher. Der

Klassenkampf führt uns um so schneller diesem Ziele zu, je klarer jeder einzelne Arbeiter die geschichtliche Bedeutung des Klassenkampfes kennt und vertraut ist mit den Ursachen der heutigen Unfreiheit und den Mitteln zu ihrer Beseitigung. Das ist der Punkt, auf den sich die Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse richten muß. Das bedeutet allerdings eine Beschränkung, aber die ist notwendig. Das Gebiet der Bildung und des Wissens ist so umfangreich, daß sich selbst Leute, die sich berufsmäßig wissenschaftlich beschäftigen, auf ein begrenztes Gebiet beschränken müssen. Für die Arbeiterbildung, wie wir sie nach diesen Grundsätzen zu betreiben haben, kommen als Bildungsmittel in erster Linie Geschichte und Nationalökonomie in Frage. Aus diesen beiden Wissensgebieten entnehmen wir die wichtigsten Argumente für die Bestrebungen der Sozialdemokratie, für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. In einem gewissen Abstand von Geschichte und Nationalökonomie sind andere Wissensgebiete zu berücksichtigen: Die Naturwissenschaften, die namentlich bei den Bildungsbestrebungen unter den jugendlichen Arbeitern in Frage kommen. Ferner die Gesundheitslehre im Hinblick darauf, was die Gesellschaft für die öffentliche Gesundheitspflege zu tun hat und welche gesundheitlichen Schäden die moderne Industrie für die Arbeiter zur Folge hat. Auch die Bedeutung der Technik für die wirtschaftliche Entwicklung und die Hebung der allgemeinen Kultur gehört in das Gebiet unserer Bildungsbestrebungen. Auch die Gesellschaftslehre ist zu berücksichtigen, um die Moral der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Entwicklung und der Rechtsprechung nachzuweisen. Die schöngeistigen Wissenschaften, Länder- und Völkerkunde brauchen wir nicht auszusprechen; aber wir müssen Wert darauf legen, daß sie mit den durch unsere Bewegung geschärften Werten betrachtet werden. Als Lehrer können wir natürlich nur Männer und Frauen gebrauchen, die auf dem Boden unserer Weltanschauung stehen, denn sonst laufen wir Gefahr, daß die Ziele unserer Bildung nicht erreicht werden. Wir wollen auch die Kunst nicht von unseren Bildungsbestrebungen ausschließen. Sie kann uns in unserem Befreiungskampf unmittelbar helfen, wie sie ja früher schon in der einen oder anderen Weise auf der Seite der Freiheitkämpfer gestanden hat. Heute können wir ja bereits erkennen, daß die Kunst erfolgreich starke Burgen in der proletarischen Weltanschauung zu schlagen sucht. Mittelbar kann uns die Kunst noch mehr helfen. Sie ist ein wertvolles Mittel, bei denen, die sich dem Kunstgenuss hingeben, das Verlangen nach mehr, nach höheren Lebensansprüchen zu entfesseln. Die Kunst kann uns auch insofern helfen, als sie uns das nächste Alltagsleben ein wenig verbildet. Eine Stunde wahren Kunstgenusses kann uns für Tage des Kampfes stärken. — Die schöne Geselligkeit und Unterhaltung soll ebenfalls Raum in unserem Bildungsplan finden. Es kommt darauf an, die Formen, in denen derartige Veranstaltungen sich heute bewegen, zu verbessern, so daß auch Stunden des Frohsinns und der Ausgelassenheit uns innerlich bereichern.

Damit wir aus dem Stoff, der unserer Bildungsarbeit zur Verfügung steht, das Richtige herausfinden, brauchen wir eine zweckmäßige Organisation für unsere Bildungsarbeit. Wir haben es mit alten und jungen Arbeitern, mit Männern und Frauen, mit Leuten aus den Großstädten, wie mit solchen aus rüchigen Gegenden, also mit sehr verschiedenen Menschen zu tun. Darauf muß bei unseren Veranstaltungen Rücksicht genommen werden. Der Bildungsplan, den wir heroiien, und die Organisation, die wir schaffen wollen, müssen allen in Berlin vorliegenden Möglichkeiten Rechnung tragen. Jedem muß etwas geboten werden, damit niemand sagen kann, diese Dinge interessieren ihn nicht. Unsere Einrichtung muß Elastizität genug besitzen, um allen berechtigten Ansprüchen gerecht zu werden. Die Bildungsarbeit kann verrichtet werden in einzelnen Vorträgen, in Vortragsstunden und in Unterrichtskursen, je nach der Beschaffenheit des betreffenden Personalkreises. — Wir haben auch in den Kreis unserer Tätigkeit einzuschließen unterhaltende und künstlerische Veranstaltungen, Theater- und Konzertaufführungen. Für das Theater heißt ja die Berliner Arbeiterschaft bereits eine Pflanzstätte in der Freien Volkshöhle. — Auch das Lichtbild gehört in unseren Plan. Auch das Kino darf nicht ignoriert werden. Es ist unsere Aufgabe, die guten Eigenschaften des Kinos auszunutzen und seine Schäden auszumergen.

Damit nicht alle diese Dinge durcheinanderlaufen und nicht über diesen Behreibungen wichtige Pflichten der Arbeiter vernachlässigt werden, ist die Organisation des Bildungswesens notwendig. Es handelt sich nicht um eine Sonderorganisation, nicht um Gründung eines Bildungsbereichs, wie man sie früher nötig hatte. Der Bildungsausschuss ist eine gemeinsame Organisation der Partei und der Gewerkschaften. Diesen beiden Körperschaften ist er auch verantwortlich für das, was er tut. Derartige Einrichtungen bestehen bereits in fast allen Orten Deutschlands. Da Berlin in unserer Parteiorganisation einen Bezirk bildet, so muß ein Bezirksbildungsausschuss gebildet werden, der an der Spitze des Bildungswesens für den Bezirk steht. Das schließt aber nicht aus, daß die einzelnen Wahlkreise auch ihre besonderen Bildungsausschüsse haben. Die Wahlkreise haben ja zu bestimmen, was sie veranstalten wollen, nur sollen sie sich der Hilfe und Mitwirkung des Bezirksbildungsausschusses bedienen. Es ist auch ermunternd, je sogar notwendig, daß auch jede Gewerkschaft ihren eigenen Bildungsausschuss hat. Durch eine derart gestaffelte, mit Partei und Gewerkschaft eng verwachsene Organisation kann alles, was für das Bildungswesen in Betracht kommt, berücksichtigt werden. Auch der Kampf gegen die Schundliteratur kann eine wesentliche Förderung erfahren. Die eine Ausstellung guter Jugendchriften, welche wir jetzt in Berlin haben, reicht nicht aus. Der Bildungsausschuss könnte die Sache derart organisieren, daß zu Weihnachten Bücherausstellungen in den einzelnen Kreisen stattfinden.

Was die Aufbringung der Mittel für die Aufgaben des Bildungsausschusses betrifft, so ist zu sagen, daß das Bildungswesen nicht eine Selbstfrage, sondern eine Frage der Organisation und der Zweckmäßigkeit ist. Das viele Geld, das heute in Berlin von Arbeiterorganisationen für wertlosen Schund ausgegeben wird, soll besseren Zwecken zugeführt werden. Wenn man das Geld sammeln könnte, das heute für minderwertige Veranstaltungen ausgegeben wird, dann hätten wir mehr, als der Bildungsausschuss verlangt. Auch das ist unverantwortlich, wenn Arbeiterorganisationen Honorare von 400—500 M. für das Auftreten eines jugendkräftigen Künstlers zahlen. Durch unsere Organisation soll das Schlechte ausgemergelt und das Gute zu erschwänglichen Preisen geboten werden. — Wenn Berlin erst jetzt an diese Aufgabe herantritt, die in anderen Städten bereits mit Erfolg gelöst ist, so hat das ja seinen Grund zum guten Teil in den großstädtischen Verhältnissen. Wenn aber hinter einer Sache erst der feste Wille und die Macht der Berliner Arbeiterorganisationen steht, dann wird auch das Ziel erreicht. Treten Sie an die Organisation des Bildungswesens heran mit der Parole: Durch die Arbeiterbildung in den heutigen Klassenstaat zur allgemeinen Volksbildung in der sozialistischen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.)

Zur Diskussion über den Vortrag meldete sich niemand. Kurt Rosenfeld erhielt hierauf das Wort, um die vom Zentralvorstand vorgeschlagenen

Neuerungen im Bildungswesen, in der Jugendbewegung und dem Kinderzuschuß

zu begründen. — Die Aufgaben des Bildungsausschusses — so führte der Redner aus — sind nicht genau abgegrenzt. Zunächst muß der Ausschuss sehen, wie und wo er arbeiten kann. Wenn Erfahrungen auf diesem Gebiet vorliegen, können dem Tätigkeitsfeld genaue Grenzen gesteckt und später hierüber Beschluß gefaßt werden. Die Organisation des Bildungsausschusses ist so gedacht, daß je 5 Mitglieder von der Partei und den Gewerkschaften gewählt werden. Dazu kommt als erstes Mitglied der angestellende Sekretär. Da das Gebiet des Bildungswesens so groß ist, daß es die Mitglieder des Ausschusses nicht in allen Teilen beherrschen

können, soll sich der Ausschuss nach Bedarf durch Sachverständige ergänzen. Bei dieser Einrichtung gehen Partei und Gewerkschaften in der seit Jahren bewährten Weise Hand in Hand. Wenn die Statuten des Bildungsausschusses angenommen sind, können wir sagen, daß in Berlin auch im Bildungswesen Partei und Gewerkschaften eins sind. Der Bezirksbildungsausschuss ist den Bildungsausschüssen der einzelnen Wahlkreise übergeordnet, er hat ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. — Der Vorschlag des Zentralvorstandes beschäftigt sich auch mit der Jugendbewegung. Er hat für sie 16 000 M. angesetzt, 8000 M. mehr als bisher. Sollte das für die Aufgaben, die wir der Jugend gegenüber zu erfüllen haben, nicht reichen, dann werden wir zur gegebenen Zeit mit neuen Forderungen kommen. Sie wissen ja, wie die preussische Regierung die Jugendbewegung betreibt. Mit der Million, die sie zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung flüssig gemacht hat, kommt sie nicht mehr aus. Sie wissen auch, welche Schwierigkeiten die Polizei unserer Jugendbewegung macht. — Angesichts dieser Umstände erscheint es doch notwendig, daß den in der Jugendbewegung tätigen Genossen mehr Geldmittel als bisher für die Bewegung bewilligt werden. Darum werden 8000 M. mehr gefordert. — Auch der Kinderzuschuß soll berücksichtigt werden. Dafür fordert der Zentralvorstand ebenfalls die nötigen Geldmittel. Es müssen aber auch die Kräfte vorhanden sein, die in der Lage sind, die bewilligten Gelder zweckmäßig anzuwenden. Auf die Dauer ist es nicht möglich, die Arbeiten auf den drei Gebieten: Bildungswesen, Jugendbewegung und Kinderzuschuß im Nebenamt zu verrichten. Deshalb schlägt der Zentralvorstand die Anstellung von zwei Sekretären für diese drei Arbeitsgebiete vor. Die Wahl der Sekretäre soll nach Meinung des Zentralvorstandes durch ihn in Verbindung mit der Gewerkschaftskommission vollzogen werden. Da es sich um eine gemeinsame Einrichtung handelt, zu der die Vorarbeiten von beiden Körperschaften gemeinsam gemacht wurden, ist ein anderer Wahlmodus nicht möglich. Es ist vorgeschlagen, die Stellen der Sekretäre auszuscheiden. Grundsätzlich ist natürlich nichts dagegen einzuwenden; aber ich bitte doch, davon abzusehen, damit wir keine Zeit mehr verlieren. Besonders die Jugendbewegung würde unter einem Ausschub leiden.

Die vom Zentralvorstand vorgelegten, mit der Gewerkschaftskommission vereinbarten

Satzungen des Bezirksbildungsausschusses

wurden nun zur Diskussion gestellt.

Grundwald beantragt, in den Satzungen zu bestimmen, daß die Mitglieder des Bildungsausschusses durch die Verbandsgeneralversammlung gewählt werden und daß die Deponenten, welche der Aktionsausschuss und die Gewerkschaftskommission in den Bildungsausschuss senden, nur beratende, aber nicht beschließende Stimme haben. Ferner beantragt der Redner, daß ein Vertreter des Bildungsausschusses an den Sitzungen der Gewerkschaftskommission teilzunehmen berechtigt sein soll.

Ernst: Daß die Deponenten kein Stimmrecht haben, ist selbstverständlich; es wird von keiner Seite verlangt. Daß ein Vertreter des Bildungsausschusses zu den Sitzungen der Gewerkschaftskommission hinzugezogen wird, können wir hier nicht beschließen. Dazu müßte doch erst das Einverständnis der Gewerkschaftskommission eingeholt werden.

Schließlich wurden die von Grundwald beantragten Änderungen angenommen. Die Satzungen haben demgemäß folgenden Wortlaut:

1. Zur planmäßigen Anregung und Förderung des Bildungswesens der organisierten Arbeiter Groß-Berlins wird ein Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin eingesetzt.
2. Der Bezirksbildungsausschuss besteht aus 11 Mitgliedern, von denen 5 die Gewerkschaften, 6 die politischen Organisationen mittels Wahl durch die Generalversammlung von Groß-Berlin bestimmen; das erste Mitglied ist der besoldete Sekretär des Bezirksbildungsausschusses. Der Aktionsausschuss und die Berliner Gewerkschaftskommission haben das Recht, je einen Vertreter mit beratender Stimme in den Bezirksbildungsausschuss und dieser einen Vertreter in den Aktionsausschuss zu entsenden. Der Bezirksbildungsausschuss kann sich durch Sachverständige ergänzen.
3. Der Bezirksbildungsausschuss hält nach Bedarf, mindestens aber jährlich einmal, eine Konferenz mit den Vertretern der Bildungsausschüsse der Wahlvereine und der Gewerkschaften ab.
4. Sämtliche Bildungsveranstaltungen, soweit sie nicht vom Bezirksbildungsausschuss veranstaltet werden, sind organisatorisch und finanziell Sache der einzelnen Wahlvereine und Gewerkschaften. Der Bezirksbildungsausschuss ist verpflichtet, den Wahlkreis- und Gewerkschaftsbildungsausschüssen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.
5. Die Kosten des Bezirksbildungsausschusses tragen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Groß-Berlins gemeinsam.
6. Der Bezirksbildungsausschuss ist dem Verbands der Wahlvereine und der Gewerkschaftskommission verantwortlich und hat ihnen alljährlich Bericht zu erstatten.

Der Antrag Grundwald, einen Vertreter des Bezirksbildungsausschusses an den Sitzungen der Gewerkschaftskommission teilnehmen zu lassen, soll der Gewerkschaftskommission mit dem Ersuchen um Berücksichtigung übermittelt werden.

Zur Debatte kommt nun der

Vorschlag für die Sekretariate „Bildungswesen“, „Jugend- und Kinderzuschuß“.

Gehalt für zwei Sekretäre a 3000 M.	=	6 000 M.
Kinderzusch.		2 000 "
Jugend		16 000 "
Porto und Utensilien		1 000 "
Bildungsschule, Kurse		6 800 "
	Summa	31 800 M.
Einmalige Ausgabe für Bureaueinrichtung		1 000 "
	Summa	32 800 M.
Hiervon zahlt die Partei: Sekretärgehälter		6 000 M.
Bildungsschule und Kurse		6 800 "
	Summa	12 800 M.

Demnach verbleibt die Summe von 20 000 M. zu decken. Die Gewerkschaften zahlen davon die Hälfte, also: 20 000 M. : 2 = 10 000 M.

Ein Redner fragt an, warum die Gewerkschaftskommission nicht die Hälfte der ganzen 32 800 M. betragenden Kosten trage.

Adolf Ritter (Gewerkschaftskommission) antwortet darauf: Die Gewerkschaftskommission ist nicht in der Lage, mehr als 10 000 M. für diesen Zweck zu geben. Die Gewerkschaften haben eine Reihe mit Kosten verknüpfter Aufgaben zu erfüllen, die auf sozialpolitischen Gebiet liegen. Es ist durchaus berechtigt, wenn die Partei jetzt auch etwas ausweist für derartige Aufgaben, an denen sie bisher gepart hat. Die Berliner Parteiorganisation hat im letzten Rechnungsjahre über 130 000 M. mehr an den Parteivorstand abgeführt, als sie haltenmäßig abliefern braucht. Wir können das Geld dem Parteivorstand gern, denn wir wissen, daß er es an anderen Orten notwendig braucht. Aber wenn in Berlin solche Summen aufgebracht werden, dann kann auch für drückliche Angelegenheiten von der Partei etwas mehr als bisher ausgegeben werden. Das spielt wirklich keine Rolle.

Ernst verweist darauf, daß der Vorschlag nur mit zwei besoldeten Sekretären rechnet. Es seien schon Stimmen laut geworden für die Anstellung von drei Sekretären, für jedes Ressort einen. Arbeit sei genug vorhanden für die drei Sekretäre. Wenn die Generalversammlung drei Sekretäre bewilligen wolle, so würde sich der Zentralvorstand nicht dagegen sträuben.

Vom vierten Wahlkreise liegen zwei Anträge vor. Der eine verlangt, daß die Stellen der Sekretäre ausgeschrieben werden. — Der andere Antrag will, daß für die Zentrale der Kinderkommission ein geeigneter Sekretär angestellt werde. In der Debatte befürworteten mehrere Redner die sofortige Anstellung von drei Sekretären, weil nur so die Arbeiten in wünschenswerter Weise erledigt werden könnten. — Andere Redner halten zwei Sekretäre für ausreichend. — Ein Redner ist gegen jede Anstellung. Er fürchtet, durch einen Sekretär könnte das Bildungsweesen schematisiert werden. Diese Ansicht fand lebhaften Widerspruch. — Wieder ein anderer Redner wünscht, daß der Jugendsekretär von den in der Jugendbewegung tätigen Personen gewählt werde.

Durch die Abstimmung wird die Anstellung von drei Sekretären mit 880 gegen 855 Stimmen abgelehnt und die Anstellung von zwei Sekretären fast einstimmig beschlossen. Vorstehender Ernst konstatiert im Einverständnis mit der Versammlung: Die Meinung der Generalversammlung geht dahin: Wenn der Zentralvorstand die Anstellung eines dritten Sekretärs für notwendig hält, wird er mit einem entsprechenden Antrag vor eine spätere Generalversammlung treten.

Nun wird darüber debattiert, wer die beiden Sekretäre zu wählen hat. Der Zentralvorstand befürwortet, daß die Wahl durch ihn in Gemeinschaft mit der Gewerkschaftskommission vollzogen werde, weil es sich um eine gemeinsame Einrichtung von Partei und Gewerkschaft handelt, in der die Generalversammlung der Partei nicht allein bestimmen könne. Würden die Sekretäre hier gewählt und fänden sie nicht die Zustimmung der Gewerkschaftskommission, dann würde wieder längere Zeit vergehen, ehe diese Angelegenheit erledigt werden könne. Es sei aber Zeit, daß die Sache endlich zum Abschluß käme.

Stadthagen begründet einen Antrag Niederbarnim. Danach sollen die Stellen der Sekretäre ausgeschrieben werden. Der Bildungsausschuß soll die Bewerbungen, die bis zum 30. d. M. eingereicht sind, prüfen und Vorschläge für die Wahl machen, die von einer demnächst einzuberufenden Generalversammlung vollzogen werden soll. Nachdem die Erledigung der Angelegenheit schon so lange gedauert habe, könne es auf ein paar Tage nicht mehr ankommen.

Grünwald ist ebenfalls für die Wahl durch die Generalversammlung, Zentralvorstand und Gewerkschaftskommission. Seine Ansicht für eine solche Wahl bestimmten Körperlichkeiten. Mit Rücksicht auf das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft macht der Redner den Vermittlungsvorschlag, der Bildungsausschuß solle die Wahl vollziehen.

Adolf Ritter und Heinrich Schulz empfehlen die Wahl nach dem vom Zentralvorstand vorgeschlagenen Modus.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages Niederbarnim mit 857 gegen 821 Stimmen und die Annahme des vom Zentralvorstand vorgeschlagenen Wahlmodus. Damit ist auch der Antrag Grünwald (Wahl durch den Bildungsausschuß) gefallen.

Hierauf werden die vorhin paragrafenweise beschlossenen Satzungen insgesamt angenommen. Ebenso der Kostenanschlag. Ernst bemerkt, daß Bewerbungen für die beiden Sekretärstellen bis zum 18. November entgegengenommen werden.

Als Mitglieder des Bezirksbildungsausschusses erhielten Stimmen: Däumig 883, Gabel 229, Grempe 195, Heise 311, Lammé 516, Pöcksch 208, Dr. Silberstein 442, Frau Kautsch 588, Grünwald 482, Bied 148; 26 Stimmen waren zerplittert oder ungültig.

Es wurden demnach gewählt: Ernst Däumig, Hermann Lammé, Dr. Silberstein, Luise Kautsch, Max Grünwald.

Ernst gab nach der Präsenzliste bekannt, daß von den 923 zur Teilnahme berechtigten Delegierten 788 anwesend sind, während 135 fehlen.

Angenommen wurde der folgende Antrag Niederbarnim:

Der Beschluß, wonach Reserven bei Protest- oder Demonstrationen nicht bezahlt werden, ist aufzuheben und an dessen Stelle der vordem schon bestandene sogenannte „Bonenlaten“ einzuführen.

Auf Antrag des Zentralvorstandes beschloß die Versammlung, den Sekretär Th. Fischer mit dem Kassierer Böcke im Gehalt gleichzustellen.

Dem Antrag des „Vorwärts“ wurde ein Antrag Niederbarnim überwiesen, der besagt, es möge dem „Vorwärts“ anstatt des historischen Kalenders in Buchform ein künstlerisch ausgestatteter Wandkalender beigegeben werden.

Ein auf der Tagesordnung stehendes Referat des Genossen Heimann über kommunalpolitische Fragen wurde der vorgerückten Zeit wegen abgelehnt.

Dann trat die Versammlung in die Erörterung der Kriegsfraage ein. Wie geben den Bericht darüber an anderer Stelle. Genosse Eugen Ernst forderte in einem Schlußwort auch noch auf, über die Demonstration für den Frieden die am nächsten Sonntag stattfindende Gewerkschaftswahl nicht zu vergessen.

Aus der Partei.

Außerordentlicher Kongreß der französischen Sozialisten.

Im Dezember sollte ein außerordentlicher Kongreß der französischen Sozialdemokratie in der Grenzfestung Belford stattfinden. In Rücksicht darauf, daß die deutsche Sozialdemokratie beantragt hat, den vom Internationalen Sozialistischen Bureau beschlossenen außerordentlichen internationalen Kongreß schon am 24. November in Basel abzuhalten, wird, wenn der deutsche Vorschlag Annahme findet, der französische Kongreß schon am 21. November in Paris abgehalten.

Zu den lippischen Landtagswahlen.

In einer außerordentlichen Versammlung zu Verlinghausen nahmen die Genossen in Lippe Stellung zu den bevorstehenden Landtagswahlen. Die Versammlung war von etwa 40 Delegierten besucht. Genosse Schmidt berichtete über die abgelaufene Legislaturperiode und über seine Tätigkeit im Landtage, wobei die Taten der Gegner in entsprechender Weise kritisiert wurden, hierbei aber natürlich auch die reaktionäre Regierung dieses Kleinstaates ihr Teil abgab.

Mit den Vorschlägen der Konferenzen in bezug auf die Kandidatennominierung erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Die Wahlen sind von der Regierung noch nicht angefeht, sie werden aber wohl Anfang oder Mitte Januar stattfinden. Die Sozialdemokratie hat einen Sitz zu verteidigen und stellt in der dritten Abteilung der Wahlberechtigten weitere sechs Kandidaten auf.

Ein Agitator wider Willen.

In Götting starb der Erste Staatsanwalt des dortigen Landgerichts, Justizrat Hannemann. Er gehörte zu den Justizbeamten, die die Sozialdemokratie mit einem fanatischen Hange verfolgen. Ganz besonders hatte es dem Herrn unsere Göttinger Parteipresse angetan. Er hat die Reichsverbandsdamen aufgefordert, die Inszenierung der „Göttinger Volkszeitung“ zu boykottieren, und unser Göttinger Parteiblat kam mandantem Prozeß auf sein Konto buchen. In einem Prozesse gegen den Verantwortlichen beantragte er, daß unser Genosse bestraft werde wie ein gewerkschaftlicher Verbrecher. Nun ist er dahin, er, der mit ansehen mußte, wie trotz all seiner Verfolgungen die Sozialdemokratie und ihre Presse in Götting immer mehr wuchs, und wie endlich auch das rote Banner über dem Wahlkreise Götting-Laubaun gehißt wurde.

Zu den englischen Gemeindevahlen.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns unter dem 8. November: In der Nacht über den Ausfall der Gemeindevahlen in

England, die der „Vorwärts“ am 7. November brachte, wird irrtümlich angegeben, daß die British Socialist Party auch diesmal wieder leer ausgegangen sei. Die B. S. P. hatte bisher eine Anzahl Gemeindevereiter und soweit sich bis jetzt das Wahlergebnis überblicken läßt, hat sie ihre Stellung nicht nur behauptet, sondern vielleicht auch etwas verbessert. In Shoreham (London) behielt sie 4 von den 6 Sitzen, die sie bisher innehatte; in Northampton gewann sie zwei zu ihrem Bestande; in Dumley wurde Irving (Parteiorganisator) und in South Shields (Friede ohne Opposition) gewählt. Außerdem hat die B. S. P. noch in einer Reihe anderer Gemeinden Erfolge zu verzeichnen. Es ist äußerst schwer, die Arbeiterkandidaten nach ihrer Parteizugehörigkeit zu klassifizieren. So stellen z. B. in diesem Wahlkreis die verschiedenen Arbeiterorganisationen eigene Kandidaten auf; in anderen Kreisen bilden sich die verschiedenartigen Parteien. So gibt es Kandidaten der Labour Party, der J. L. P., der S. D. P., ferner gemeinschaftliche Kandidaten der J. L. P. und B. S. P., der J. L. P. und Labour Party, der B. S. P. und Labour Party und schließlich auch noch solche, die sich einfach als Sozialisten bezeichnen und die wohl meist Mitglieder der B. S. P. sind. Niemand scheint sich die Mühe zu geben, die Kandidaten zu klassifizieren — oder vielmehr jedem Kandidaten klassifiziert sie, wie es ihm paßt. Es ist noch gänzlich unmöglich, sich aus den in der „Justice“ und dem „Labour Leader“ veröffentlichten Angaben ein genaues Bild von dem Ausfall der englischen Gemeindevahlen zu machen. So wird jedoch fest, daß die letzten Gemeindevahlen nur den schlimmsten Reaktionen einen beträchtlichen Kräftezuwachs gebracht haben.

Soziales.

Vom Kinderhandel.

Henriette Arendt, die bekannte Stuttgarter Polizeiaffizientin a. D., setzt ihren Kampf gegen den Kinderhandel fort. Sie bemüht sich, weiter das gewissenlose Treiben der Kinderhändler durch private Ermittlungen aufzudecken. Den Opfern, die ihnen entrisen werden konnten, widmet sie eine private Fürsorge. Ueber die Arbeit des letzten Jahres hat sie jetzt in einem kleinen Druckheft berichtet. (Henriette Arendt, Kinderhändler. Stuttgart, bei Heinz Clausniger. 25 Pf.) Von Freunden ihrer Arbeit wurden ihr Mittel zur Verfügung gestellt, um in Oberschlesien, Polen, Galizien, in Elsass-Lothringen, Frankreich, Belgien der Verschleppung deutscher Kinder nachzuführen zu können. Was sie über das Ergebnis dieser Tätigkeit meldet und sonst noch über das schändliche Gewerbe der Kinderhändler mittelst, ist geradezu entsetzlich. Wir geben hier einiges davon wieder, doch müssen wir dahingestellt sein lassen, ob die Wahrheit der ihr von anderer Seite gemachten Angaben überall hinreichend feststeht.

Die Recherchen in Polen galten besonders einer Familie, über die schon vor Jahren bekannt geworden war, daß sie Kinder „sammelte“. Ihr jagte damals die Rattowitzer Polizei ein aus Oberschlesien verschlepptes Kind ab, daß unter neun bei der Familie in jämmerlichem Zustand vorgefundenen Kindern entdeckt wurde. Das Kind aus Schlesien und aus Polen und auch aus Berlin nach Ruzland verschifft werden, hat H. Arendt auch jetzt noch sich dort an behördlicher Stelle bestätigen lassen. Jüngere Kinder wurden zu Bettelzwecken „präpariert“ und an Bettler verkauft, zur Aufzucht für Vordelle werden Mädchen schon schulpflichtigen Alters bestimmt. Bei Bina soll man vor mehreren Jahren eine „Krüppelfabrik“ mit 78 größtenteils aus Deutschland stammenden Kindern entdeckt haben, deren Verkrüppelung von einem hierzu angeworbenen Arzt besorgt worden sei. In Galizien ermittelte H. Arendt, daß dort unter den Opfern des Kinderhandels besonders viele jüdische Kinder sind. Von 50 Kindern, die in Krakau ihr von einer „Stellenvermittlerin“ des Vordellviertels zur Auswahl offeriert wurden, waren 12 katholisch und 38 jüdisch. Auch der Vormund mehrerer dieser Kinder, dessen nicht einwandfreie Vergangenheit dem Vormundschaftsrichter bekannt war, bot ihr ein paar seiner Mündel an. Ihm kaufte H. Arendt nach einander zwei Kinder ab, die sie nach Deutschland brachte und hier in Pflege gab. Als sie mit einem dritten Kind, das eine Bettlerin ihr überlassen hatte, die Grenze überschreiten wollte, wurde sie selber unter dem Verdacht des Kinderhandels angehalten. Den Kinderhändlern mehr auf die Finger zu sehen, waren die galizischen Behörden gerade durch sie angeregt worden.

Um ein Bild von dem Kinderhandel überhaupt zu geben, bringt das Heftchen noch eine eingehende Darstellung mehrerer Fälle, die bereits eine Reihe von Jahren zurückliegen. Das Treiben eines „Adoptionsvermittlers“ aus Straßburg und einer Vordellbesitzerin aus Nürnberg, die mit ihm in Geschäftsverbindung stand, wurde durch Wiedergabe seiner Geschäfts-korrespondenz beleuchtet. Die Kinder beforgte sich der „Adoptionsvermittler“ größtenteils durch Zeitungsinserate, zum kleineren Teil von Hebammen, auch von solchen in Belgien und Luxemburg, die fast nur Mütter aus Deutschland zur Geheimtätigkeit aufnahmen. Empfehlungen bestellte er zuweilen bei Verwandten, an die er die Eltern der wegzugehenden Kinder verwies. Als ihm das uneheliche Kind eines Offiziers, ein einjähriges Mädchen, angeboten wurde, schrieb er der Vordellbesitzerin: „Bei Ihnen verkehren doch gewiß eine Anzahl Offiziere, welche gern bereit sein werden, Ihnen schriftlich zu bezeugen, daß das Kind bei Ihnen bestens untergebracht sein würde“. Aus dem Geschäftsbetrieb von Kinderhändlern in Köln gibt die Broschüre Schilderungen, die bis in die Jahre 1910 und 1911 hineinreichen. Auch Belgien bezieht, wie H. Arendt 1911 feststellte, aus Deutschland keine Kinder, die weiterverkauft werden. Eine belgische Kinderhändlerin kam wiederholt nach Berlin, um von Hebammen Kinder zu übernehmen. In Drüffel ist aufgefallen, daß Pflegekinder, die in Lebensversicherungen eingekauft waren, durch Verbrühen mit kochendem Wasser tödlich „verunglückten“.

Der Kinderhandel ist von all den Blüten, die auf dem Sumpfboden unserer vom Kapitalismus beherrschten Gesellschaft gedeihen, eine der widerwärtigsten und scheußlichsten. Unbegreiflich wird es manchem scheinen, daß an sich die Verschäderung von Kindern nicht durch Gesetz verboten ist. Strafbar macht sich ein Kinderhändler nur, wenn er seine Kundschaft — unrettet bedient.

Krankentassen und Kongreßheiber.

Der Polizeipräsident von Breslau hat seine bei dem Amtsgericht in Breslau angehängte Klage gegen die „Kaufmännische Krankentasse Merkur“ in Breslau zurückgezogen. Der Klage ging, wie in Erinnerung gebracht werden mag, folgender Rechtsstreit voraus. Der Vorstand hatte zum Kongreß der Kaufmännischen Krankentassen Deutschlands den Vorsitzenden Theunert entsandt und ihm 128 Mark Delegiertenkosten bewilligt. Der Polizeipräsident gab dem Vorstand auf, den Betrag der Kasse zurückzuerhalten. Die Beschlüsse des Vorstandes wies der Bezirksauschuß ab. Auf Berufung des Vorstandes an das Obergericht wurde die Klage dieses die Verfügung außer Kraft. Nun verjagte der Polizeipräsident Einderufung einer Generalversammlung zur Beschlußfassung der Mitglieder betreffs eventueller Klage gegen den Vor-

stand. Das lehnten die Mitglieder ab. Darauf klagte der Präsident bei dem Amtsgericht. Hier zweifelte der Verteidiger der Kasse an, ob der Präsident zur Klage legitimiert sei und ob nicht allein das Verwaltungsverfahren zulässig sei. Es erfolgte Verjagung. Im neuen Termin hat nun der Polizeipräsident seine Klage zurückgenommen.

Aus Industrie und Handel.

Der preussische Fiskus erhöht die Kohlenpreise.

Die bürgerliche Presse, u. a. die „Rhein-Westf. Ztg.“ und die „Frankf. Ztg.“, erhalten aus Bergbaukreisen eine Zuschrift, die die Haltung des preussischen Handelsministers in der Frage der Erhöhung der Kohlenpreise in mehr als eigentümlichem Lichte erscheinen lassen. Der preussische Handelsminister hat bekanntlich vor kurzem seine Absicht ausgesprochen, das zu Anfang dieses Jahres abgeschlossene Verkaufsabkommen des westfälischen Bergfiskus mit dem Kohlen-Syndikat nicht zu erneuern. Hieraus wurde ganz allgemein geschlossen, daß der Minister seine Mißbilligung der von dem Syndikat beschlossenen Kohlenpreiserhöhung gegenüber zum Ausdruck bringen wollte. Man nahm vor allen Dingen auch an, daß der westfälische Bergfiskus seine Preise für das nächste Jahr nicht erhöhen, sondern an seinen jetzigen Preisen festhalten werde.

Nach der fraglichen Zuschrift hat der Bergfiskus an der Saar auf dem Umwege einer Ermächtigung der Kobaltfahre Preiserhöhungen vorgenommen, die über diejenigen des Kohlen-Syndikats weit hinausgehen. Wörtlich heißt es dann weiter: „Es ist schwierig, für die Haltung des Bergfiskus in der Preisfrage eine Erklärung zu finden, wenn er in Westfalen gegen eine Preiserhöhung Stellung nimmt und an der Saar die Preise in die Höhe setzt. Gänzlich unverständlich wird aber die fiskalische Kohlenpolitik, wenn derselbe westfälische Bergfiskus, der eben noch gegen die Preiserhöhungen des Kohlen-Syndikats Widerspruch erhoben hat, die ihm unterstellte Berginspektion Ibbenbüren zur Vornahme von Preiserhöhungen veranlaßt.“

Die königliche Berginspektion Ibbenbüren fordert folgende Preise für die Kohle:

Förderkohlen für 1913/14	13,80 M.	gegen 13,20 M. 1912/13
Stückkohlen	17,—	16,20
Ruß 1	17,—	16,20
Ruß 2	15,—	14,50
Ruß 3	14,—	13,—
Bricketts	16,—	15,50

Es wurden demnach Förderkohlen um 0,60 M., Stückkohlen um 0,80 M., Ruß 1 um 0,80 M., Ruß 2 um 0,50 M., Ruß 3 um 1 M. und Bricketts um 0,50 M. für die Tonne erhöht. Das Steinkohlenbergwerk Ibbenbüren fördert Flamm- und Ragerkohlen, die in der Umgebung vielfach als Hausbrandlohlen Verwendung finden. In der letzten Reichstagsitzung des Kohlen-Syndikats wandten sich die Vertreter des preussischen Fiskus besonders gegen eine Erhöhung der Preise für Hausbrandlohlen. Jetzt erhöht derselbe Fiskus ebendieselben Preise.

Gerichts-Zeitung.

Ostelbische Gerechtigkeit.

In Wiersbau (Ostpreußen) befand sich bei dem Agrarier Sonia ein russischer Jänge als Hirt im Dienst. Eines Tages ließ der Knabe einige Stück Vieh in fremdes Getreide gehen. Dafür mißhandelte der Besitzer den Jungen mit einem Stock in unmenschlicher Weise, so ihn bis aufs Hemd aus und ließ ihn nicht ins Haus hinein, so daß der arme Junge nach der ganzen Nacht auf dem Felde kampieren mußte. Wegen dieser Brutalität mußte der Agrarier auf die Anklagebank. Das Schöffengericht in Soldau erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung auf vier Monate Gefängnis. Dem Besitzer kam dieses Urteil aber viel zu hart vor. Er legte Berufung ein und hatte den Erfolg, daß die Strafkammer in Allenstein das Urteil aufhob und auf — 200 Mark Geldstrafe erkannte.

Das ist ein Urteil gegen den „Herrn“. Nun eins gegen den „Archt“. In Albrechtshagen bei Insterburg hatte ein Oberantmann seinem Kuhmüller Vorhaltungen wegen nicht genügender Arbeitsleistung gemacht. Es war zwischen den beiden zu einem Streit gekommen, in dessen Verlauf der Kuhmüller seinen Dienstherrn mit einem Stein an den Kopf schlug. Der Mann hatte sich deswegen vor der Insterburger Strafkammer zu verantworten, und die erkannte auf sechs Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte gar ein Jahr beantragt.

Krankentassenräuber.

In Altona wurde vor zwölf Jahren von tüchtigen Geschäftsmännern die „Große allgemeine freie Krankentasse Normanna“ gegründet. Während ihre Gründer und Leiter die Kasse anfangs scheinbar anständig führten, sind sie — der Vorsitzende Rudek, der Hauptkassierer Edert und der Angestellte Laadmänn in den letzten Jahren wie die Geier über das Kassenvermögen hergefallen. Ende 1910 hatte der Reservefonds noch einen Bestand von 25 873,18 M. Während sich im allgemeinen Stand der Kasse nicht änderte, hatte sich der Reservefonds bis zum 30. Juni 1911 auf 17 729,96 M. reduziert. Am 31. Dezember 1911 waren noch 1085,29 M. vorhanden. Rudek vor allem hat außerordentlich ausschweifend gelebt. Er renommierte selber damit, daß er fast jeden Tag ein anderes Weib habe. Für die nötigen Mittel mußte die Kasse herhalten. Er nahm das Geld, woher er es bekommen konnte. Mit Lieferanten vereinbarte er, daß sie höhere Beträge berechneten, als sie zu fordern hatten. Die Differenz ließ er sich auszahlen. Von einer Firma ließ er sich einen privaten Rabatt von 30 Prozent für alle Lieferungen an die Kasse zahlen, der allein etwa 7000 M. einbrachte. Vor allem deutete er die Schmutzereien seiner Kollegen an. Edert hatte es übernommen, die Reklameschilder der Kasse zu malen. Dieser Beschäftigung gab er sich mit großem Eifer hin. Er hat dafür im Laufe der Zeit über 28 000 M. berechnet, im Jahre 1911 allein etwa 12 000 M. Dabei ist man auch nicht ohne vorgegangen. Edert ließ sich vielmehr sehr oft Abschlagszahlungen machen, die von der Gesamtheit hinterher nicht mit abgezogen wurden. Als er sich eine Gastwirtschaft kaufen wollte, entließ er von Rudek und Laadmänn 3000 M., die „vorläufig“ aus der Krankentasse genommen wurden auf Grund einer fingierten Rechnung. Später hat man vergessen, das Geld wieder zurückzuzahlen. Die Weib Ederts wurde zwischen ihm und Laadmänn halbpant geteilt. Laadmänn schloß die Kasse, indem er eine Annahme von Ueberstunden antrug, in einem Jahre allein für 1027 M. Seine Frau betrieb ein Reklameunternehmen, für das die Kasse schließlich einen Auftrag von 600 M. übergab. Am tollsten aber war das folgende Stückchen. Laadmänn hatte mit der Kasse einen Anstellungsvertrag auf fünf Jahre geschlossen, der bis zum Jahre 1914 lief. Am 28. November 1911 wurde Laadmänn plötzlich entlassen. Er forderte nun und erhielt auch sofort das ganze Gehalt bis zum 31. August 1914 ausgezahlt, bare 7300 M. Die sind ihm dann sehr bald zwischen den Fingern zerronnen, vielleicht hat auch er mit Rudek geteilt. Er arbeitete aber trotz seiner Entlassung noch lustig auf seinen Posten weiter. Im ganzen ist die Kasse, soweit sich das feststellen läßt, um etwa 26 000 Mark geschädigt worden. Vor der Strafkammer II in Altona wurde über die Sache jetzt in zweitägiger Verhandlung entschieden. Der Staatsanwalt hatte gegen Rudek und Edert je 2½ Jahre Gefängnis und gegen Laadmänn, der schon wegen Betruges bestraft ist, 3 Jahre Gefängnis beantragt. Das Gericht folgte sehr weit den Angaben und Entschuldigungen der Angeklagten. Es verurteilte Rudek zu 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und Ehrverlust, Laadmänn zu 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und Ehrverlust und Edert zu 4 Monate Gefängnis.

Die Warnung vor privaten Gründungen sogenannter Krankenkassen, die in Wahrheit Versorgungsanstalten für eine Klasse sind, müßten wir wiederholen. Wer über den Charakter einer Klasse in Berlin sachgemäße Auskunft haben will, erhält sie bei der Zentralkommission der Krankenkassen, Alexanderstr. 39/40.

Der nächste Einbruch in die Stationkasse zu Gransce

hatte gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I ein gerichtliches Nachspiel. Aus der Untersuchungshaft wurde der Kaufmann Richard Niese vorgeführt, um sich wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Mitangeklagt war früher nach der Schlossermeister Adolf Arndt, der aber als geisteskrank angesehen und der Zerknirschung übergeben ist.

Am frühen Morgen des 19. Januar d. J. wollte ein auf dem Bahnhof Gransce beschäftigter Bahnbeamter das Bureau des Stationsvorstehers betreten, um dort zu heizen. Als er die Tür sperrangelweit aufschlendend fand, schlug er Alarm. Eine sofort vorgenommene Untersuchung ergab, daß während der Nacht Diebe eingebrochen waren und die Stationkasse erbrochen hatten. Die Diebe hatten insgesamt Bargeld, Briefmarken und Fahrkarten im Werte von 741 Mark erbeutet. In derselben Nacht war auch ein Einbruch in das Kontor des Fabrikanten Köhring, welches unmittelbar am Bahnhof lag, verübt worden. Hier hatten die Diebe nur Zigarren im Werte von 40 Mark und einiges Kleingeld erbeutet. Da sich der an der Bahnsteigsperre tätige Beamte erinnerte, zwei Männer gesehen zu haben, die mit anscheinend schweren Paketen beladen in aller Eile den Bahnsteig betreten und den D-Zug nach Berlin benutzt hatten, tauchte der Verdacht auf, daß diese als Täter in Frage kamen. Es wurde sofort eine genaue Personalbeschreibung sämtlicher Stationen an der Strecke telegraphisch mitgeteilt, die zur Folge hatte, daß die zwei Verdächtigen auf dem Stettiner Bahnhof angehalten wurden. Es waren dies die jetzigen Angeklagten Niese und Arndt. Niese versuchte bei seiner Festnahme von einer Browningpistole Gebrauch zu machen, wurde jedoch entwaffnet. Bei ihnen wurde ein ganzes Magazin der verschiedensten Einbrochwerkzeuge vorgefunden, darunter auch ein sogenannter Knabberer, ein zu Geldstrafenbrüchen bestimmtes Werkzeug. — Das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft.

Wegen Unterschlagung im Amte

hatte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber gegen den Oberpostassistenten Wilhelm Grundbach zu verhandeln. Der Angeklagte, der als einfacher Telegraphengehilfe in den Postdienst getreten war, war auf dem Postamt B tätig gewesen. Hier hatte er unter anderem auch die Gehaltszahlungen an die Unterbeamten und andere Zahlungen für das Postamt, wie Rente usw. zu erledigen. Zu diesem Zwecke erhielt er zu gegebener Zeit von der Generalpostkasse bestimmte Beträge angewiesen, die er dann den erhaltenen Anweisungen gemäß auszugeben hatte. Da er weit über sein Einkommen hinaus lebte und eine große Vorliebe für Wein und Weib hatte, die ihn zu recht kostspieligen nächtlichen Exkursionen verleitet, geriet er mit der Zeit in Schulden, die ihm schließlich über den Kopf wuchsen. Als er im November vorigen Jahres von ungeduldigen Gläubigern bedrängt wurde, ließ er sich verleiten, von dem ihm zu Auszahlung überwiefsenen Gelde nach und nach etwa 1000 Mark zu entnehmen. Als die Zahlungen fällig waren, erzählte er seinen Kollegen, daß er den Schlüssel zu seinem Spind verloren habe und ließ sich aus deren Kassen den ihm fehlenden Betrag vorstrecken. Hierfür gab er, trotzdem dies von der Postbehörde streng verboten ist, seinen Kollegen einen sogenannten Bon, den diese in ihren Kassen aufbewahrten.

Das Gericht erkannte auf 4 Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren.

Ein hartes Urteil.

In dem letzten Akt in der Reihe der Strafprozesse, die aus Anlaß des Sorauer Mauerstreiks ihren Abschluß gefunden hat, ist am 9. November vom Schöffengericht zu Sorau ein Urteil gefällt worden, dessen ungeheure Strafhöhe auffällt.

Während des Streiks sollen zwei Bauarbeiter einigen nützlichen Elementen einige Sachen vom Bau auf den Hof geworfen haben. Einige minderwertige Gegenstände sollen am anderen Tage in der Bauabwirtsgrube gefunden worden sein.

Wegen dieser Sachbeschädigung standen nun die genannten Bauarbeiter vor dem Schöffengericht.

Der Staatsanwalt beantragte 4 und 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte gar gegen den einen auf 7 Monate und gegen den anderen auf 3 Monate Gefängnis.

Aus aller Welt.

Ein Alpdruck über Konstantinopel.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel vom 7. November:

Ueber den Krieg ist ja nicht mehr viel zu berichten. Die ganze Situation läßt sich in den Satz zusammenfassen: wir erwarten hier von Tag zu Tag die Bulgaren. Und wie die Dinge

jetzt stehen, würde die christliche Bevölkerung von Konstantinopel, vor allem die Fremdenkolonie, ihr Erscheinen als Erlösung empfinden. Denn man lebt hier in großen Kengsten. Einiger Grund dazu ist gewiß vorhanden. Doch das meiste ist Einbildung. Das ganze aber lastet wie ein Alpdruck auf den Gemütern: Sieht man auch ein, daß die Gefahr einer Christenverfolgung heillos übertrieben wird, so sehnt man sich doch nach Befreiung von den eigenen Kengsten.

Die europäischen Schulen schließen eine nach der anderen. Die Kinder wollen zu Hause bleiben, denn man befürchtet Pogroms. Das steigert selbstverständlich erst recht die Angst der Bevölkerung. Wenn es dunkel wird, eilen die Geschäftsleute nach ihren Verstecken. Um 7 bis 8 Uhr abends sind die Straßen wie ausgelegt. In dem hellerleuchteten „Toskalian“, dem Hauptcafé von Pera, der Börse der Journalisten und Politiker, sitzen an den Tischen verlorene Gruppen, die bei jedem Schrei draußen, dem Aufschlagen eines Fensterladens, dem heiseren Ruf irgendeines Straßenlärmers usw., erregt aufspringen und die Hälse reden. Viele sind abgereift, viele schicken ihre Frauen fort.

Entschieden bereiten sich die Europäer in weit höherem Maße darauf vor, massakriert zu werden, als die Türken, dieses Massaker auszuführen. Diese übertriebene Angst der Europäer, die vom türkischen Pöbel wahrgenommen wird, wird selbst zu einem Faktor, der die Gefahr heraufbeschwört. Doch gegen das Großstadtgefühl und die Fanatiker von Stambul bietet die Regierung unzweifelhaft ausreichenden Schutz. Nur wenn es zu einer Militärrevolte gegen die Regierung kommen sollte, dann wäre es wohl möglich, daß diese Kämpfe von Ausbreitungen muslimantischer Massen begleitet sein würden. Die Hauptgefahr aber droht bei der Demobilisation oder gar, wenn die flüchtenden Armeemassen die Straßen der Hauptstadt übersütten sollten.

Das hiesige deutsche Blatt hat gestern, wie es eingangs erklärt, „im Einverständnis mit unserem Volschaster“, einen Aufruf an die hiesigen Deutschen veröffentlicht, worin, nach vielen groben Schmeicheleien an die Adresse der türkischen Regierung — wie z. B. daß die Türkei stark genug sei, den Bulgaren zu trotzen, daß die Manneszucht in der türkischen Armee ungebrochen sei usw., — Hauptauftragungen, die in diesem Augenblick geradezu wie Peitschenhiebe wirken — die Antunft des deutschen Kriegsschiffes angelündigt und erklärt wird: „Wer sich dann noch beängstigt fühlen sollte, kann sich dann auf das Schiff flüchten.“ Dadurch wurden die Kengste erst recht gesteigert.

Es ist übrigens auch nicht im entferntesten daran zu denken, daß die gesamte hiesige deutsche Kolonie mit Kind und Kegel auf dem deutschen Kriegsschiffes Unterkunft finden könnte. Im Falle der Gefahr wäre das einzige, die Flüchtlinge in der Volschaft unterzubringen, zu deren Schutz eine Kompanie Marinesoldaten vollkommen ausreichen würde.

Eine andere Not macht sich von Tag zu Tag schärfer fühlbar. Das ist die Brotnot. Erst trat sie nur gelegentlich auf und war auf einzelne Stadtteile beschränkt. Jetzt wird sie allgewein, denn das Brot wird vom Militärkommando von Vädereien abgenommen, um für die Armee verwandt zu werden. Das Brot wird auf die Militärfuhrwerke verladen, und zwei Soldaten nebst einem Polizisten geben acht, daß nicht etwa ein Vorklaib vom Bäcker an seine Kundschaft abgegeben wird. Um Brot zu erlangen, gebrauchen die Einwohner im Einverständnis mit den Vädem recht abenteuerliche Schmutztricks. Es ist ausgerechnet worden, daß die Vädereien Konstantinopels etwa 250 000—300 000 Kilogramm Brot täglich liefern können, von denen aber 200 000 Kilogramm von der Militärverwaltung beschlagnahmt werden. Der Rest reicht nicht aus, um die Bevölkerung zu ernähren, wird aber außerdem sehr ungleichmäßig verteilt. Denn die Wohlhabenden bekommen schließlich alles, was sie brauchen, — um so weniger verbleibt den Massen der Armen.

Außerdem beginnt es an Mehl und an Getreide zu mangeln. Denn die Zufuhr aus Anatolien unterbleibt, weil die Eisenbahn ausschließlich für Mobilisationszwecke gebraucht wurde, die Zufuhr vom Meere wurde infolge des Wegbleibens der griechischen Schiffe eingeschränkt. Jetzt ist die Anatolische Eisenbahn freigegeben worden, und die Stadtverwaltung sowohl wie die Eisenbahndirektion ermahnen öffentlich die Händler, möglichst schnell Getreide zuführen zu lassen.

Eine furchtbare Gefahr droht der Hauptstadt durch die Bulgaren. Die Wasserleitung Konstantinopels mündet nämlich bei Derlos, das sich an den Positionen befindet, um die jetzt gekämpft wird. Wenn sich die Bulgaren in den Besitz der Wasserquellen setzen, so können sie die Wasserzufuhr nach Konstantinopel abschneiden. Das wäre nun freilich der friedlichen Bevölkerung einer Millionenstadt gegenüber eine Vorfälligkeit, an die man selbst in unserem Zeitalter der durch die Zivilisation raffinierten Grausamkeit kaum zu denken vermag.

Die Erfolge und Absichten der Bulgaren nehmen in den Augen

der hiesigen Bevölkerung phantastische Formen an. Schon sieht man das goldene Kreuz wieder, errichtet auf der Agia Sophia! Man spricht davon, daß die Bulgaren, die ja bereits bis zum Marmarameer gelangt sind, die Absicht haben, bis zu den Dardanellen vorzudringen, die Forts zu erobern und sich in den Besitz der Meeresengen zu setzen.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika.

Ein entsetzliches Eisenbahnunglück hat sich am Montag in der Nähe der Station Nasow der Mississippiabahn zugetragen. Dort stieß in voller Fahrt ein Güterzug mit einem mit Ausflüglern dicht besetzten Personenzug zusammen. Gegen dreißig Personen wurden dabei getötet und mehr als fünfzig verletzt. Viele der Getöteten sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden.

Ein zweites schweres Eisenbahnunglück wird aus Südrussland gemeldet. Auf der Südwestbahn entgleiste nahe der Station Liptscheny ein Personenzug. Fünf Wagen wurden dabei zertrümmert und 14 Personen, darunter fünf Zugbeamte, verletzt.

Spiele nicht mit Schießgewehr.

Zwei tödliche Unfälle, hervorgerufen durch fahrlässiges Umgehen mit Schusswaffen, werden aus München und Mülheim a. Ruhr gemeldet. Als am Sonntagvormittag der Unteroffizier Doch in einem Speiseraum des 2. Infanterieregiments in München mit einem Militärsgewehr Schießübungen machte und dabei auf den neben ihm stehenden Unteroffizier Weiß anlegte, ging plötzlich ein Schuß los, der Weiß am linken Auge schwer verletzte. Als Doch seinen Kameraden bewußtlos zu Boden sinken sah, stürzte er, in der Meinung, Weiß erschossen zu haben, auf sein Zimmer und erschoss sich dort.

In Mülheim war am Montag vormittag ein Offiziersburche des Infanterieregiments Nr. 129 auf einer Raumschiffstube mit dem Reinigen einer Browningpistole beschäftigt, die noch einige Kugeln enthielt. Plötzlich entlud sich die Pistole und die Kugel drang dem im Zimmer befindlichen Stubenältesten in die Brust, durchbohrte diese und kam in der Nähe der Wirbelsäule wieder heraus. Der Schwerverletzte wurde in hoffnungslossem Zustande in das Lazarett überführt.

Chetragödien.

Am Montagvormittag gab in Hamburg der in der Lübecker Straße wohnende Zuschneider Cassat mehrere Revolverkugeln auf seine Frau ab und verletzte sie lebensgefährlich. Darauf tötete er sich selbst durch einen Schuß. Die Frau wurde ins Krankenhaus geschafft. — In Straßburg wurden am Sonntag der Waisenhausvater Schiel und seine Gattin entkleidet tot in der Badewanne aufgefunden. Die Todesursache ist noch nicht festgestellt. Aus der Nase des Mannes träufelte Blut. Verletzungen wiesen die beiden Leichen nicht auf. — In der märkischen Ortschaft Triefel verwundete der Kontinentwirt Frische in einem Modewarengeschäft, in dem seine Frau ausbülweise beschäftigt war, diese durch zwei Schüsse in Brust und Schulter, dann schoß er sich eine Kugel in die Schläfe und verletzte sich schwer.

Im Kampf mit Wilderern.

Im Walde bei Hochstatt (Oberelsaß) kam es am Sonntag zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen Jagdhütern und Wilderern. Auf einem Rundgange trafen die Jagdhüter Gebrüder Karm die Fabrikarbeiter Kuttler und Reff beim Wildern. Zwischen den Parteien entstand eine Schießerei, wobei Kuttler durch einen Schuß in den Unterleib so schwer verletzt wurde, daß er nach wenigen Minuten starb. Auch der eine Jagdhüter ist durch einen Schrotschuß schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt worden. Vor seinem Tode berriet Kuttler den Namen seines Genossen, der nach Abgeben einiger Schüsse entfloß.

Kleine Notizen.

Verhängnisvolle Hochzeitsfahrt. Als sich am Sonntagvormittag eine Hochzeitsgesellschaft aus Böhnshausen in einem Einspänner nach Halberstadt zur Trauung begeben wollte, kam der Wagen in der Bernigeröder Straße ins Rutschen und prallte gegen einen Mast der elektrischen Leitung. Sechs Personen wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Ein Schußmann erschossen. In der Nacht zum Montag wurde in Stuttgart ein Schußmann von mehreren jungen Leuten angegriffen. In dem folgenden Wortwechsel gab einer von den Krakeletern einen Schuß auf den Beamten ab und streckte ihn tot zu Boden. Die Vursachen wurden sämtlich verhaftet.

Tödlicher Betriebsunfall. Auf dem Dortmund-Eisenwerk Union stürzte am Montag ein Maschinist in einen 15 Meter tiefen Schacht. Der Unglückliche erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Wie bereitet man Kornfranck?.. Wie Kaffee und Malzkaffee!

Bei besonderen Geschmacksrichtungen

entweder: Mit einer kleinen Beimischung von Aecht Franck-Kaffeezusatz
oder $\frac{2}{3}$ „Kornfranck“ mit $\frac{1}{3}$ „Aecht Franck“
oder $\frac{1}{3}$ „Kornfranck“, $\frac{1}{3}$ Bohnenkaffee und $\frac{1}{3}$ „Aecht Franck“.

Wer diese verschiedenen Arten ausprobiert, findet leicht heraus, welches Getränk seinem Geschmack am meisten zusagt.

Milch und Zucker nimmt man nach Gewohnheit.

Die Gewerbegerichtswahlen in Berlin

finden für Arbeitgeber am kommenden Freitag, den 15. November, Arbeitnehmer am Sonntag, den 17. November, statt.

Die Liste der freien Arbeitgeber ist die Liste II. Die Liste der freien Gewerkschaften trägt die Bezeichnung Liste V. Arbeiter! Parteigenossen! Benutzt die wenigen Tage, die uns von der Gewerbegerichtswahl trennen, zu reger Propaganda. Da nach der Verhältniswahl gewählt wird, zählt jede Stimme!

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis, 2. Abteilung. Für die Bezirke 141a, 142, 143, 144 und 234 findet der gemeinschaftliche Jahlabend im Gewerkschaftshaus, Saal 1, statt.

6. Abteilung. Für die Bezirke 227 bis 229 findet ein gemeinschaftlicher Jahlabend bei Augustin, Oranienstr. 103, statt. Vortrag des Genossen Adolf Ritter über Landtagswahlen.

Charlottenburg. Die sechste Gruppe hält den gemeinsamen Jahlabend morgen (Mittwoch) im Volkshaus, Rosinenstraße 3, ab. Friedrichsfelde. Mittwochabend bei Haberland, Wilhelmstraße: Gemeinsamer Jahlabend. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Reorganisation der Groß-Berliner Parteiorganisation. Referent: Gen. Schwenk. 2. Bericht von der Verbands-Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Wariensfelde. Die Fortsetzung des Dr. Dunderschen Vortragskurses findet am heutigen Dienstag und am Freitag, den 15. und 17. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal von Schuster: Vortrag des Genossen Gehre über: Zweck und Nutzen der politischen Organisation.

Schmargendorf. Morgen Mittwoch: Jahlabend bei Pötscher, Spandauer Straße. Tagesordnung: Gemeindevertreterwahl. Landtagswahlwahl des Kreises.

Reinickendorf-Ost. Einen gemeinsamen Jahlabend halten der 8., 9. und 10. Bezirk (Hausotterplan) diesmal am Mittwoch, den 13. November, im Restaurant zur Eisenbahn, Probingsstraße 81 ab. In diesem hält Genosse Braun-Verlin einen Vortrag.

Nowawes. Mittwoch, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schindischen Lokal, Wilhelmstr. 41/43, die Versammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kolonialpolitik und Sozialdemokratie. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Jubeil. 2. Geschäftsliches. 3. Bericht von der Verbandsversammlung Groß-Berlin. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt, auch werden neue Mitglieder aufgenommen.

Königsplatz, Jernisch, Buch. Donnerstag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend bei Starke in Buch, Bahnhofs, Ede Schönower Straße. Wichtige Tagesordnung.

Bernau. Heute Dienstag findet der zweite Vortrag über Genossenschaftswesen bei Rich. Wünsche, Chausseestraße, statt. Der Vortrag beginnt Punkt 1/9 Uhr.

Berliner Nachrichten.

Die Armenverwaltung

Hielt am Montag ihre ordentliche Sitzung im Beisein des Oberbürgermeisters ab. Leider verhinderte dessen Anwesenheit nicht, daß es über die Geschäftsführung des Vorstehenden Stadtrat Kalisch zu recht unerquicklichen Debatten kam. Der Herr Stadtrat beliebt es, nach Möglichkeit nur seine Ansicht zum Durchbruch zu bringen und scheut nicht davor zurück, selbst Anträge zur Geschäftsordnung unter den Tisch fallen zu lassen. Solcher Fall lag auch bei der Wahl eines Armenarztes vor. Hier hatte die Wahl bereits stattgefunden, als Genosse Rosenfeld feststellte, daß die Zeugnisse, welche bei den vorgeschlagenen Ärzten vermerkt standen, nicht richtig eingestellt waren. Er verlangte infolgedessen Rückverweisung der Wahl an die Verzelekommission zur nochmaligen Prüfung. Erst nach langen Debatten bequeme sich der Herr Kalisch dazu, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Die Mehrheit entschied sich leider für den auf so eigentümliche Weise gewählten Arzt, trotzdem derselbe knapp 6 Wochen im Bezirk wohnt.

Eine einschneidende Kritik durch unsere Genossen erfuhr auch der vorliegende Etat für 1913. Nach dem Bericht für das Geschäftsjahr 1911/12 schließt dasselbe mit einer Ersparnis von 232 512 M. ab. Seit langen Jahren hat es die neue Verwaltung endlich fertig gebracht, der Anschwellung des Armenstands ein Halt zu bieten. Während noch in den Jahren 1909 und 1910 Mehrausgaben von 808 000 und 133 000 M. notwendig waren, ist im letzten Jahr, trotz der Teuerung, obiger Betrag erspart worden. Daß auf die Teuerung keine Rücksicht genommen wird, zeigen folgende Zahlen des Berichts. Unter den 55 500 Almosenempfängern befinden sich nur 43 Proz., welche 18 M. und darüber beziehen, während 57 Proz. mit Unterstützungen herab bis zu 6 M. pro Monat bedacht werden. — Auch die Pflegegeldsätze genügen nach keiner Richtung. Von den 13 300 Pflegekindern sind es immer noch 8700, für welche ein Pflegegeld von 9 M. bis herab zu 6 M. gezahlt wird. — Die Sonderunterstützungen in Höhe von 13 M. pro Kopf sind auch nicht geeignet, den Bedürfnissen zu entsprechen.

Diese eben angeführten Ersparnisse genügen aber der Direktion nicht. Im Etat für 1913 sollen bei den laufenden Unterhaltungen und bei den Pflegegeldern weitere 65 000 M. erspart werden, und trotz der herrschenden Teuerung und Bevölkerungszunahme soll der gesamte Etat mit einer Ausgabe von 12 472 100 M. oder mit 316 300 M. weniger wie 1912 festgesetzt werden.

Der vernichtenden Kritik unserer Genossen gegenüber einer solchen Etatsaufstellung fanden sich nur wenige von den bürgerlichen Mitgliedern, welche die Aufstellung zu rechtfertigen suchten. In einem Ausnahmefalle, dem auch unser Genosse Ewald angehört, soll eine weitere Prüfung vorgenommen werden.

Auch der Antrag unserer Genossen, 250 000 M. für Entsendung von Kindern in Heime und Heilstätten bei dem Magistrat zu verlangen, brachte eine lebhafte Debatte. Nach dem vorliegenden Bericht von 1911 ist das Gesuch in 806 Fällen nicht zur Erledigung gekommen. 231 Kindern blieb die Kur versagt, weil die Armenärzte diese nur für wünschenswert erklärt hatten. Unsere Genossen wünschten, daß auch hier mit mehr Humanität und Schnelligkeit verfahren werde.

Mit der Armenpflege soll am 1. Dezember begonnen werden. Neu eingeführt wurden wieder 7 Kommissionsvorsteher, denen Herr Stadtrat Kalisch wieder die größte Sparsamkeit ans Herz legte, ohne die Armen dorthin zu lassen. Wie sie das bei der jetzigen Sparsamkeit machen sollen, bleibt Geheimnis der Armenverwaltung.

Im Krankenhaus Friedrichshain ist zurzeit in puncto Seelsorge ein Zustand eingetreten, wie wir ihn für richtig finden. Das Krankenhaus entbehrt nämlich seit dem 1. Oktober eines Hausgeistlichen. Dieser Hausgeistliche, der vor allem an Sonntagen in den Krankenzimmern andächtig abhält, ist unserer Meinung nach nichts weiter als eine Belästigung der Patienten. Das Geld, das der Magistrat für Seelsorge im Krankenhaus auswirft, kann für Besseres verwendet werden. Wer glaubt, ohne Geistlichen nicht auskommen zu können, mag einen solchen sich kommen lassen, aber man verleihe Patienten damit, die von dem Geistlichen nichts wissen wollen. Daß seit dem 1. Oktober der ständige Hausgeistliche im Krankenhaus am Friedrichshain fehlt, ist aber nicht auf die Absicht des Magistrats zurückzuführen, die Seelsorge in den Krankenzimmern in unserer Sinne durchzuführen. Schuld an diesem Zustand ist vielmehr ein Konflikt mit dem Konsistorium. Nach dem Tode des Pfarrers Wittlinger an der Adventskirche zu Berlin, war seinem Nachfolger, dem liberalen Pfarrer Jung, die bereits von seinem Amtsvorgänger ausgeübte Tätigkeit als Hausgeistlicher des Krankenhauses am Friedrichshain vom Berliner Magistrat übertragen worden. Bald nach der Übernahme dieses Amtes verbot aber das Konsistorium dem Pfarrer Jung die Ausübung der Seelsorgetätigkeit im Krankenhaus am Friedrichshain und überlegte dieses Amt dem positiven Geistlichen Mehen von der Auserkirkungskirche. Als Grund für diese Maßnahme wurde vom Konsistorium angeführt, daß das Krankenhaus am Friedrichshain der Parodie des Pfarrers Meher „benutzbar“ sei. Der Magistrat, insbesondere die Krankenhausdeputation, hat gegen die Maßnahme des Konsistoriums protestiert und die Übernahme des Pfarrers Meher als Hausgeistlichen des Krankenhauses am Friedrichshain abgelehnt. Der Magistrat vertritt den Standpunkt, daß es ihm vorbehalten sein müsse, die Geistlichen für seine Krankenhäuser selbst zu wählen. Er bezog das Gehalt für den Geistlichen, und wenn es den Kommunen rechtlich verbietet sei, ihre Ortsgemeinden zu wählen, so sei es erst recht eine berechtigte Forderung der Kommunalverwaltungen, sich die Geistlichen für ihre Wohltätigkeitsanstalten zu bestimmen. Das Konsistorium hat jedoch das Verbot gegen Pfarrer Jung aufrecht erhalten. Da auch Pfarrer Meher augenblicklich nicht das Amt des Hausgeistlichen ausübt, so ist das Krankenhaus am Friedrichshain seit dem 1. Oktober ohne Seelsorge. Die Krankenhausverwaltung ist angewiesen, in Fällen, in denen Geistliche von den Kranken verlangt werden, den bestimmten Geistlichen, den gewünscht wird, herbeizuführen zu lassen. In den maßgebenden städtischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Maßnahme des Konsistoriums nur darauf zurückzuführen ist, daß Pfarrer Jung Anhänger der liberalen Richtung ist.

Der Magistrat läßt gut, den jetzigen Zustand am Krankenhaus Friedrichshain zu verallgemeinern und in allen städtischen Krankenhäusern in puncto Seelsorge in gleicher Weise zu verfahren. Unsere Genossen im Rathaus haben bei früheren Gelegenheiten wiederholt den Standpunkt vertreten, daß die Seelsorge Privatangelegenheit einzelner Patienten, aber nicht Aufgabe der Stadt sei.

Bei der Wahl der Arbeitgebervertrauensmänner zur Angelegenheitsverwaltung wurden 1810 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Liste A (freie Arbeitgeber) 186 Stimmen, Liste B (bürgerliche Arbeitgeber) 1624 Stimmen. Die Liste A erhält demnach 2 Vertrauensmänner und 4 Ersatzmänner, die Liste B 17 Vertrauensmänner und 34 Ersatzmänner. Interessant ist, daß nur 111 Stimmen persönlich in den Wahllokalen abgegeben und 1699 Stimmen per Brief eingekandt wurden.

Photographie-Vergrößerungen

werden von hausierenden Agenten angeboten. Die „Billigkeit“ scheint mitunter so verlockend, daß es manchem schwer wird, zu widerstehen. Eine Frau teilt uns mit, welche Erfahrungen sie damit gemacht hat.

Von einer „Kunststadt des Westens J. Madheim“ (Ausbacher Straße 19) kam ein Agent, der die Leistungen seiner Firma pries und Bitten um Aufnahmen auf Photographievergrößerungen entgegennehmen wollte. Als die Frau ablehnte, sagte der Agent, sie könne es schon für 95 Pfennig haben. Er hatte bei sich eine Vergrößerung, die ihr gefiel. Ueber den Unterschied zwischen retouchierten und unretouchierten Photographien scheint ihr der Agent einiges erzählt zu haben, ohne daß sie recht darauf flug wurde. Sie bestellte schließlich ein Bild zum Preise von 95 Pf. und übergab die zu vergrößernde Photographie mit der Verbindung, daß diese ihr zurückgeliefert werden müsse. Der Agent ließ in ihren Händen einen gedruckten Zettel seiner Firma, auf dem zu lesen stand:

„Eine photographische Vergrößerung fast lebensgroß unretouchiert auf festem Karton für den billigen Preis von M. 0,95. Diese Vergrößerung kann nach jeder geeigneten Photographie angefertigt werden, ganz gleich, ob Visitt-, Kabinett- oder Gruppenbild, und wird die Vergrößerung der Vorlage entsprechend in jedem gewünschten Format, Brust-, Arnie oder ganze Figur geliefert. Sie erwarten, daß Sie die Ausmalung (Nachretouchierung) dieser Vergrößerung auch bei uns bestellen, und wird Ihnen unser Bote beim Abfertigen Muster darin vorzeigen. In diesem Falle berechnen wir die tobe Vergrößerung nicht. Etwaig erforderlichen Rahmen liefern wir zu dem Porträt passend in jeder Preisgröße.“

Was das bedeutete, wurde der Frau erst klar, als etwa 14 Tage später ein anderer Angestellter der Firma kam und die Photographievergrößerung vorwies. Diese sah sie fledig und mißfiel ihr so, daß sie die Annahme verweigerte. Der Ueberbringer beharrte sie, das sei eben eine unretouchierte Vergrößerung, eine retouchierte sei doch teurer. Auch auf dem Zettel, der ihr bei der Bestellung überreicht worden war, stand es ja, daß für 95 Pf. nur ein unretouchiertes Bild zu haben war. Was die Retouchierung kosten sollte, sagte der Zettel nicht. Den Voten, der das unretouchierte Bild brauche, verstand die Frau, ein retouchiertes koste 12 Mark. Sie lehnte ab und verlangte, daß entweder zum Preis von 95 Pf. eine ihr zusagende Photographievergrößerung geliefert oder die als Vorlage benutzte Photographie zurückgegeben werde. An die Firma richtete später der Ehemann diese Forderung auch schriftlich, aber fürs erste ließ sie ihn ohne Antwort.

Wir halten es für unsere Pflicht, diese Erfahrungen einem größeren Kreise bekanntzugeben. Daß man für 95 Pf. keine retouchierte Photographievergrößerung liefern kann, läßt sich denken. Wie aber die Vergrößerung unretouchiert ausfallen wird, davon haben die meisten keine rechte Vorstellung. Gegenüber Angeboten zu außergewöhnlich niedrigen Preisen empfehlen wir, sich genau zu vergewissern, was dafür geliefert werden soll und wie die Lieferung ausfallen kann. Man fordere Anfertigung lieferungsfertiger Proben einer unretouchierten und einer retouchierten Vergrößerung, die nebeneinander gehalten und miteinander verglichen werden können, und man informiere sich über die Preise für beide. Wer aus schriftlichen oder mündlichen Anpreisungen einer Firma oder ihrer Agenten sich nicht voll und ganz Klarheit verschaffen kann, der verzichte lieber auf Bestellung.

Ermäßigte Eintrittskarten zur Schwarz-Weiß-Ausstellung der Sezession (25 Pf. statt 1 M.) finden im Bureau des Gewerkschaftshauses und im Zigarrengeschäft von Paul Horch zur Verfügung.

Schülerkonzerte. Am Sonnabend fand das zweite Schülerkonzert des Philharmonischen Orchesters im Saal der Brauerei Königsplatz statt. Es wurden zu Gehör gebracht: Die Ouvertüre zum „Freischütz“, das Kol nidrei von Bruch, Zwischenakt aus „Mojamunde“ von Franz Schubert, Walters Preislied aus den

„Meisterfingern von Nürnberg“ und die Es-dur-Sinfonie von Mozart. Dem Konzert wohnten gegen 2000 Schüler und Schülerinnen der ersten Klasse der Gemeindeschulen und Schüler der Realschulen mit ihren Lehrern bei. Die ungeteilte Aufmerksamkeit, mit der die Schulkinder der musikalischen Darbietung folgten, zeugt von dem großen Eindruck, den die Kunst auf die jugendlichen Zuhörer ausübte.

Die Miete für den Ratsteller im Berliner Rathaus beträgt 44 000 M.; sie soll auf 38 000 M. pro Jahr vom 1. Januar 1913 ab ermäßigt werden, und zwar mit Rücksicht auf die Verlegung des Königl. Amtsgerichts nach der Brunnerstraße und anderen auf den Geschäftsgang nicht ohne Einfluß gewesenem Vorgängen.

Ein schwerer Unglücksfall, bei dem ein Arbeiter schwer, ein anderer leichter verletzt wurde, hat sich am gestrigen Montagmorgen in einer bekannten Goldschmiedewerkstatt ereignet. Als um 7 Uhr der Betrieb aufgenommen worden war und die Arbeiter sich gerade an ihre Plätze begeben hatten, fielen von einem Gerüst aus bisher noch unbekannter Ursache zwei schwere Panzerplatten herab. Durch die Eisenstücke wurden zwei Arbeiter getroffen und verletzt. Der 31jährige Radierer Franz Lühig, der von einer der Platten zu Boden gedrückt wurde, erlitt mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen. Er mußte, nachdem er von einem herbeigerufenen Arzt die erste Hilfe erhalten hatte, schleunigst nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt werden. Der Arbeiter Braum, der von der zweiten Eisenplatte gestreift wurde, trug eine schwere Quetschung der rechten Schulter davon. Als ein Glid ist es zu bezeichnen, daß die schweren Panzerplatten zunächst gegen einen Eisenbock fielen; andernfalls wären die beiden Arbeiter zweifellos durch das kolossale Gewicht der Eisenstücke getötet worden.

Die Not der Kriegsveteranen erörterte die Berliner Veteranenvereinigung vorgestern mittag im großen Saal der Brauerei Friedrichshain. Das Referat über die Kämpfe der Veteranenfürsorge hielt Redakteur Karwunsel, ein Weltkriegskämpfer aus dem Jahre 1870. Es sei eine Schande, daß statt einer ausreichenden gesetzlichen Versorgung für die Veteranen im Deutschen Reich geteilt werde. Von dem großen Berliner Kornblumentage, der angeblich zu ihren Gunsten veranstaltet war, hätten die Veteranen so gut wie nichts bekommen. Wo der Betrag geblieben sei, wisse man nicht. Was solle man dazu sagen, wenn eine Stadt wie Leipzig die Veteranen mit einem Zuschuß von 14 Pfennig täglich abspende. Ganz Deutschland habe eine heilige Verpflichtung, für die Leute einzutreten, die die Milliarden erst in das Land gebracht hätten. Landtagsabgeordneter Prediger Runge pries dann die Verdienste der alten Krieger, die leider beim Vaterlande nur Andank ernteten. Man müsse sich vor dem Auslande schämen. Frankreich zum Beispiel hätte seine Veteranen sehr ausreichend bedacht. Wohl habe der preussische Staat die Summe von mehr als 20 Millionen in den Etat für Veteranenfürsorge eingestellt, doch genüge dieser Betrag noch lange nicht. Auch das Deutsche Reich müsse seine Verpflichtung gegenüber den Kriegsveteranen tun. — Die Versammlung beschloß, an den Reichstag und Landtag eine Petition zu richten, in der das Erfuchen ausgesprochen wird, alle notleidenden Kriegsteilnehmer gleichzustellen und ihnen eine Invalidenrente auf Lebenszeit zu gewähren.

Die Veteranen werden es wohl noch erleben, daß man ihnen geracht wird. Sind die alten Krieger aber erst aufgeföhren, brauchen sie nichts mehr von dem „teuren Vaterland“.

Um die Herrschaft in den Kirchengemeinden rangen am Sonntag in Berlin die kirchlichen Richtungen der Liberalen und der sogenannten Konservativen. In 63 Kirchengemeinden wurde um den Sieg zwischen den beiden Richtungen gekämpft. Was da in den Flugblättern an gegenseitiger Herabsetzung geäußert wurde, ist alles andere, nur nicht christlich. Die Liberalen haben in verschiedenen Kirchengemeinden ihre Anhänger vermehrt, was an der Sache an sich nicht das geringste ändert.

Auf einen Kindesmord läßt ein Fund schließen, den gestern nachmittag Postanten am Elisabethufer machten. Dort wurde vor dem Hause Nr. 2 die Leiche eines ungefähr 5 bis 6 Monate alten Knaben aus dem Luisenstädtischen Kanal angeschwemmt. Sie war in einem Beiblat des „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 6. November 1912 und zwei Preislisten der Meierei Volle eingewickelt. Die kleine Leiche wurde nach dem Schaubaue gebracht. Nach dem Befund scheint das Kind erst kurze Zeit im Wasser gelegen zu haben. Dies befähigt auch das Datum der Zeitung. Die Nachforschungen nach der Mutter wurden von der Polizei sofort aufgenommen. Bis jetzt waren sie noch ohne Erfolg.

Ein tödlicher Straßeneinfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag Unter den Linden. Der 39 Jahre alte aus Böhmen gebürtige Drechsler Johann Redronal aus der Weberstr. 58 befand sich mit zwei Kollegen auf dem Heimwege von einem böhmischen Restaurant im Südwesten der Stadt. Gegen 2 Uhr kamen sie Unter den Linden. Als sie vor dem Hause Nr. 33, in der Nähe des Kaiser Franz-Josef-Plazes, den Fahrdamm überschreiten wollten, übersehen sie einen vom Brandenburger Tor kommenden Kraftwagen. Alle drei gerieten in Gefahr, doch konnten sich zwei durch schnelle Weiteitspringen retten, während Redronal von dem Wagen ergriffen, zu Boden geworfen und überfahren wurde. Die Räder gingen ihm über Brust und Leib. Der Kraftwagenlenker hob ihn in sein Automobil und fuhr mit ihm zur Charité. Bei der Ankunft war er aber bereits tot. Der Verunglückte hinterläßt seine Frau mit drei Kindern, die sich in seiner Heimat befinden.

Wer ist der Tote? An der Oberstrüde, in der Nähe der städtischen Badeanstalt, wurde gestern vormittag die Leiche eines unbekanntes Mannes aus der Speer gelandet. Sie war ganz verfaulamt und schon stark in Verwesung übergegangen und hat wahrscheinlich über 14 Tage im Wasser gelegen. Es handelt sich um einen 30 bis 40 Jahre alten Mann, der mit einem Jodestiefel, dessen Farbe nicht mehr zu erkennen war, Gummitugendstiefeln und einem Halstuch bescheidet war. Ein Bein des Toten ist ungefähr 10 Zentimeter länger als das andere. Die Leiche wurde nach dem Schauhaue gebracht.

Dachstuhlbrand in der Brunnenstraße. Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde die Feuerwehr am Sonntagmorgen nach der Brunnenstr. 151 gerufen. Als der 19. Löschzug aus der Oderberger Straße auf der Brandstelle eintraf, stand der Dachstuhl des Luerggebüdes auf dem zweiten Hofe schon in ganzer Ausdehnung in Flammen. Eine starke Rauchentwicklung erschwerte den ersten Löschangriff. Erst als genügend Abzug für den erstickenden Qualm geschaffen worden war, konnte das Feuer unter Benutzung von drei Schlauchleitungen gelöscht werden. Der Dachstuhl ist größtenteils zerstört. Ueber die Ursache des Brandes war nichts mehr festzustellen. — Fast gleichzeitig herrschte auch in der F ü r s t e n s t r. 8 ein größerer Feuer. Dort brannten Hobelbänke, Bretter, Fenster und die Schaldecke in einer Tischlerei. Auch hier bedurfte es längerer Wassergebens, um die Gefahr zu beseitigen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg. Eine erschütternde Tragödie hat sich am gestrigen Montag nachmittag gegen 5 Uhr in dem Hause Am Ruhow 16 abgespielt. Dort vergiftete die 20jährige Frida Hoffmeister, die Tochter eines Inspektors, ihre sechsjährige Nichte Elsa Kohn mit Zylol und lödete

Sich dann selbst. Wie berichtet wird, war die 20jährige Freida Hoffmeister schon seit Jahren gemütskrank. Vor zwei Jahren verschlimmerte sich das Leiden der S. allerdings, so daß sie für einige Monate in einer Nervenkuranstalt Aufenthalt nehmen mußte. Sie wurde später als geheilt entlassen, und es schien in der Tat, als ob die Krankheit gehoben sei. Vor einem Jahr nahm der Inspektor seine nunmehr sechsjährige Enkelin, Elsa Rogan, das Kind seiner in Berlin lebenden ältesten Tochter, in das Haus, um die Kleine zu erziehen. Am gestrigen Nachmittag verließ Frau Hoffmeister gegen 1 Uhr die Wohnung, um sich in die Waschküche zu begeben. Als sie gegen 5 Uhr zurückkehrte, bemerkte sie zu ihrem Erstaunen, daß die Zimmertür des jungen Mädchens verschlossen sei. Die Frau schloß die Tür und öffnete mit Hilfe der Nachbarn die Tür gewaltsam. Beim Eintritt in das Zimmer fand man Fräulein S. und das Kind regungslos auf dem Bett liegend auf. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch feststellen, daß der Tod bei beiden infolge Kohlenoxydvergiftung schon vor einigen Stunden eingetreten sei. Um das kleine Mädchen zu veranlassen, das Gift zu sich zu nehmen, hatte die Geistesranke die scharfe Flüssigkeit mit Milch vermischt. Die beiden Leichen wurden von der Charlottenburger Kriminalpolizei beschlagnahmt und nach dem Schaubause geschafft.

Neufölla.

Der Verkauf von frischem ausländischen Fleisch unter städtischer Vermittlung nimmt im hiesigen Orte einen besiedigenden Verlauf. In der vergangenen Woche wurden 88 Zentner Rindfleisch und 38 Zentner Schweinefleisch bezogen, an dessen Verkauf sich 49 Schlächtermeister beteiligten, in dieser Woche 170 Zentner Rind- und Schweinefleisch, das von 53 Schlächtern verkauft wurde. Das Fleisch wird auf vorherige Anfrage durch einen städtischen Beamten und den Obermeister der hiesigen Schlächterinnung bezogen. Eine andere Vertrauensperson auf dem Berliner Schlachthof abgenommen und sodann nach den städtischen Eiswerken am Mittelbuschweg gefahren. Hier wird es von der eingesetzten Unterkommission, der auch ein Tierarzt und der Innungsoberrichter als Bürgerdeputierte sowie drei von den Schlächtermeistern gewählte Vertrauensmänner in Lose geteilt und an die Schlächtermeister gegen Barzahlung abgegeben. Die Preisfestsetzung für die Schlächter wie für den Kleinverkauf an das Publikum erfolgt durch die genannte Kommission. Zum Verkauf sind 90 Schlächtermeister zugelassen, von denen immer nur ein kleiner Teil Fleisch erhalten kann, da die Nachfrage bedeutend größer ist, als die Lieferung. Die Zulassung der Schlächter erfolgt in der Regel nach der Reihe ihrer Anmeldung dergestalt, daß möglichst eine Verteilung auf das ganze Stadtgebiet unter befriedigender Berücksichtigung der Bevölkerungsziffer in den einzelnen Ortsteilen stattfindet. Die Bewerberliste für die Schlächtermeister ist jetzt geschlossen worden. Die Schlächtermeister müssen das Fleisch zu den von der Kommission festgesetzten Preisen verkaufen und von dem privaten Fleisch gefordert halten. Es dürfen nur Quanten von 1/2 bis 4 Pfd. abgegeben werden. Die Preisverzeichnisse des Magistrats müssen im Laden bezogen. Schaukasten an möglichst sichtbarer Stelle aushängen und nach Beendigung des Verkaufs entfernt werden. Bekanntheit sind bisher weder bezüglich der Beschaffenheit des Fleisches noch bezüglich der Einrichtung und Art des Verkaufs bekannt geworden. Sie sind gegebenenfalls an den Magistrat Abt. IIa zu richten.

Sichtenberg.

Mandatsgeraue. Die bürgerlichen Parteien sind sich bei der Verteilung der Mandate nun doch in die Haare geraten. Die sogenannte Vorschuhbankgruppe hat die Ansprüche der Mittelstandspartei beiseite geschoben. Die Mittelständler stellen daraufhin eine eigene Liste auf. Die Vorschuhbankleute sagten sogar den bisherigen Führer der Mittelständler vollständig ab. Die Liste der Vorschuhbank gliedert keiner der neuen Namen der Mittelstandspartei, dagegen hat diese fünf Kandidaten von der alten Kandidatenliste, außer Herrn Alge, den Wacker vom Ganzen, übernommen. Von den Kandidaten der Mittelstandspartei sind 11 Beamte oder Angestellte. Daß es sich hier um nicht sehr konsequente Leute handelt, geht schon daraus hervor, daß sich einige von ihnen als Mittelstandsparteiler und gleichzeitig als Vorschuhbankleute auf den Schild erheben ließen. Sollten diese Herren unglücklich Farbe bekennen, dann müßten sie verlangen, entweder von der einen oder von der anderen Liste gestrichen zu werden. Jetzt hat man das sonderbare Schauspiel, daß zum Beispiel die Herren Lewonig und Lindner, ferner Herr Dornbusch sowie Herr Dirsch als Kandidaten der Vorschuhbank gegen sich selbst als Kandidaten der Mittelständler in die Schlacht ziehen. Solcher Kuddelmuddel ist nur möglich, weil die Herrschaften kein klares politisches Programm haben, sondern nur Erfolge nachjagen und Sonderinteressen vertreten.

Wilmersdorf.

Zur Sozialpolitik nimmt die Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf bekanntlich eine feindselige Haltung ein. Haupttrübsal im Streite ist hier der Professor Dr. Leidig, der unermüdet als Altkommunist der dem Standpunkt des Zentralverbandes deutscher Industrieller vertritt. Das hat er wiederum vor einigen Tagen in der Versammlung eines Bezirksvereins gezeigt, in der er noch dem Bericht des konservativen Lokalblattes einige beachtenswerte Beobachtungen zum besten gab. Während in Wilmersdorf an mittleren und großen Wohnungen Ueberfluth vorhanden ist, herrscht an Wohnungen, die für Arbeiter erschwinglich sind, Mangel. Aber nach Herrn Leidig ist Wilmersdorf das Tiergartenviertel von Berlin, und man kann, wie er sich ausdrückt, nicht verlangen, daß wir für Arbeiterkreise eine besondere Stadt herrichten, trotz aller nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch von demokratischer Seite erhobenen Vorwürfe. Dabei ist nun von der Herrschaft einer besonderen Arbeiterstadt in Wilmersdorf bisher gar nicht die Rede gewesen; die Sozialdemokraten haben nur verlangt, daß dem Bau kleiner Wohnungen nicht jene Schranken entgegengestellt werden, die dem Arbeiter das Wohnen in Wilmersdorf unmöglich machen sollen. Die eigentliche Sozialpolitik ist Herr Leidig gerade gut genug, um daran seinen Witz auszulassen. In Fürsorgeeinrichtungen dürfte man nicht zu weit gehen. Der Staat mache es jetzt schon jedem so bequem. Es gäbe bald nichts Bequemeres als Vater zu werden; die Kommune sorge dann weiter. „Wir in Wilmersdorf“, so hieß Herr Leidig nach dem Bericht fort, „stehen auf dem Standpunkt, daß die Gemeinde in erster Linie da ist, um die gesunden Bürger zu erhalten und zu tüchtigen Menschen zu machen.“ Die wackelige Empfindlichkeit Charlottenburgs wollte man nicht nachmachen, die jeden annehmen, wenn ihm ein Bidechen weh tut.

Wer nach dieser starken Leistung der Ansicht ist, daß Herr Leidig jegliche Sozialpolitik verabschie, irrt sich aber. Sozialpolitik schon, nur soll sie nicht der Arbeiterstadt, die man ja überhaupt nicht in der Gemeinde haben will, sondern dem Mittelstand zugute kommen. „Wir sind der Meinung, daß den keine Mittelstand viel schwerer zu tragen hat als der Handarbeiterstand. ... Da Hilfe zu bringen, ist eine der wichtigsten und wertvollsten Aufgaben der Fraktion.“

In Herrn Leidig hat man keine beliebige Bezirksvereinsgröße vor sich, sondern einen der namhaftesten nationalliberalen Politiker, der auch als Stadtverordneter über einen sehr beträchtlichen Anhang verfügt. Seine Befolgung ist durch den Ausfall der letzten Wahlen wesentlich vergrößert worden, und man muß sich darauf gefaßt machen, daß das alte Wortrecht von Wilmersdorf einige Jahrzehnte in moderner Weltgeschichte zurückzubleiben, in Zukunft besonders eifersüchtig gewahrt wird.

Schöneberg.

Einen Nachklang der vor einigen Jahren von den Erben des Millionenbauern W. zu Unrecht erhobenen 475 000 M. Wertzuwachssteuer, die die Stadt wieder zurückzahlen mußte, bildete eine weitere Klage dieser Erben gegen die Stadt auf Erstattung der durch den einbehaltenen Steuerbetrag entgangenen Zinsen von 25 000 M. Nachdem sowohl das Landgericht II als auch das Kammergericht die

Stadt Schöneberg zur Zahlung der Zinsen verurteilt hat, hat das Reichsgericht die von der Stadtgemeinde hiergegen eingelegte Revision verworfen.

Friedenau.

Den Verkauf von russischem Fleisch beschloß in ihrer letzten Sitzung die Gemeindevertretung. Schöffe Richter als Vorsitzender des Feuerungsausschusses berichtete über die bisher geführten Verhandlungen mit Berlin und den hiesigen Schlächtermeistern. Während mit Berlin ohne große Schwierigkeiten eine Verständigung herbeigeführt worden sei, sei es noch nicht möglich gewesen, eine Vereinbarung mit den Schlächtermeistern zu treffen. Er habe das Empfinden, daß dieselben den Verkauf nicht übernehmen wollen. Gegenüber den von dieser Seite aufgestellten und auch im hiesigen Ortsblatt verbreiteten Behauptungen, das Fleisch sei minderwertig, könne er, nachdem er sich selbst von der Qualität der eingeführten Ware überzeugt habe, nur sagen, daß das eingeführte Fleisch dem deutschen durchaus gleichstehe. Da die Fleischpreise außerhalb des Ortes überall herabgegangen seien, die hiesigen Schlächter noch wie vor die alten Preise verlangten, sei es jetzt Aufgabe der Gemeindevertretung, der Bevölkerung billigeres Fleisch zu verschaffen. Genosse Hahn beantragte, vorläufig die Summe von 5000 M. zu bewilligen und den Verkauf in eigener Regie zu betreiben, falls die hiesigen Schlächter bei ihrer Weigerung beharren. Nach kurzer Diskussion fand der Antrag einstimmig Annahme. Der schriftliche Bescheid über die Genehmigung der geänderten Verkaufsbedingung der Niederlage ist eingegangen. Der Ausschuss des Feuerungsausschusses, dem der Plan auch zur Genehmigung vorgelegt hat, nahm bei dieser Gelegenheit Veranlassung, zu bemerken, daß die Gemeinde Friedenau ihrer Einwohnerzahl entsprechend viel zu wenig Fleisch zu Spiel- und Erholungszwecken habe. Er stelle der Gemeindevertretung anheim, sich einmal mit dieser Frage zu beschäftigen. Diefem Bescheid hat sich der Bezirksausschuss angeschlossen. So weit mühte es also erst kommen, daß die „vornehmste“ Gemeinde im Westen von außen gezwungen werden muß, ihren Einwohnern in gesundheitlicher Hinsicht das zu geben, worauf sie Anspruch haben. Der kürzlich beschlossene Durchschlag der Gutsdankstraße nach der Schloßstraße stellen sich infolge Schwierigkeiten entgegen, als der Besitzer des Marktplatzes, Herr Mark, für das zu erwerbende Straßengrundstück einen viel zu hohen Preis fordert. Der Gemeindevorstand wurde ermächtigt, gegen den Eigentümer des Platzes wegen Hergabe des nötigen Geländes das Enteignungsverfahren einzuleiten. Der Rechnungsabluß für 1910 ergibt bei einer Gesamteinnahme von 8 202 448,85 M. und einer Gesamtausgabe von 2 202 248,88 M. einen Bestand einschließlich der Ueberträge von 999 199,87 M. Der Reinerlöshaus betrug auf 248 210 M. Die vom deutschen Seefischerverein im vergangenen Winter abgehaltenen Seefischer-Kochkurse sollen auch in diesem Jahre auf Kosten der Gemeinde veranstaltet werden. Als Kreisratsdelegierter wurde mit 17 von 28 abgegebenen Stimmen Bürgermeister Balger gewählt. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, welcher 20 000 M. für Anschaffung von Elektrizitätszählern verlangte, gab unserm Genossen Hahn Veranlassung, die Ausführung der Zählerlieferung anzuregen. Nach seiner Information liefere die A. E. G. die Zähler an die Gemeinde zu einem Preise, der von keinem Konkurrenzunternehmen gefordert würde.

Steglitz.

Hausfrauen teilen mit, daß unsere kürzliche Meldung, wonach russisches Fleisch jetzt während der ganzen Geschäftszeit auch bei den Fleischermestern Madner, Lothar-Vucher-Str. 13, Lindemann, Fichtelstraße 71, und Lindemann, Schützenstr. 18, zu haben sei (selbstverständlich nur so lange der Vorrat reicht), auf das letztgenannte Geschäft nicht zutrifft. In dem Laden des Herrn Lindemann in der Schützenstraße wird überhaupt kein russisches Fleisch verkauft, sondern der Verkauf findet zwar durch genannten Schlächtermeister, aber in einem nebenan gelegenen leerstehenden Laden statt, dessen Schaufenster mit den bekannten roten Zetteln „Sofort zu vermieten“ besetzt ist. Das ist aus den amtlichen Säulenanzeigen nicht zu entnehmen und die Folge ist, daß die Käuferinnen stets in den „falschen“ Laden gehen und sich erst dort belehren lassen müssen, daß das verlangte russische Fleisch „in dem leeren Laden nebenan“ und auch nur von 3 Uhr nachmittags ab verkauft wird. Ist das für die Hausfrauen schon unangenehm, weil sie oft einen doppelten Weg machen müssen, so soll die Art und Weise, wie Frau Schlächtermeister Lindemann darauf hinweist, direkt vorlegend und im höchsten Grade ungebührlich sein. Trifft das zu, so wäre es doch besser, Frau L. würde überhaupt den Verkauf nicht übernehmen. Andere Fleischer der dortigen Gegend würden auch ausländisches Fleisch gern verkaufen sogar in ihren Läden. Gerügt muß auch werden, daß in dem „leeren Laden“, der in seiner notwendigen Ausstattung mit Tisch und Stühlen an die Freibank erinnert, das amtliche Plakat mit dem Preisverzeichnis an der Wand hinter dem Tisch aufgehängt ist, jedoch es niemand lesen kann. Wäre es etwa im Schaufenster zu auffällig? Auch die Verteilung des Fleisches scheint nicht besonders gut organisiert zu sein. Während am Sonnabendabend an den dunklen Schaufenstern des oben erwähnten Ladens auf einem Zettel zu lesen war, daß erst am Montagmorgen 8 Uhr wieder Fleisch zu haben wäre, war in der Verkaufsstelle Miquelstr. 24 noch Fleisch massenhaft disponibel. Hoffentlich nimmt sich der Gemeindevorstand der Sache an, um die obengedachten Mängel zu beseitigen, wodurch er sicherlich die Anerkennung unserer Hausfrauen sich erringen würde.

Lankwitz.

Der von fast allen Berliner Vororten eingeführte Verkauf russischen Fleisches soll, wie Schöffe Bruchwitz in der letzten Gemeindevertreterung mitteilte, in Lankwitz nicht vorgenommen werden. In der vorigen Sitzung beschloß die Mehrheit der Vertretung, sich den Feuerungsmassnahmen Groß-Berlins anzuschließen; diesem Beschluß stimmte auch der Gemeindevorstand zu und man überließ daher die Ausführung des Beschlusses dem Gemeindevorstande. Um so verwunderlicher ist es, daß nun rein gar nichts geschehen soll. Die Gründe für die Ablehnung des Fleischverkaufes lauteten, daß die Lankwitzer Schlächtermeister den Verkauf des Fleisches abgelehnt hätten, auch würden der Gemeindeverwaltung erhebliche Kosten entstehen. Ferner habe der Gemeindevorstand keine geeigneten Verkaufsräume und auch keine Verkäufer. Zudem betrage die Preisdifferenz zwischen dem hiesigen und russischen Fleisch nur wenige Pfennige. Genosse Radtke wandte sich gegen diese sadenscheinigen Gründe, des weiteren verurteilte Redner das Verhalten der Schlächtermeister, noch mehr aber das des Gemeindevorstandes. Wenn angeführt werde, daß geeignete Räume zum Verkauf nicht vorhanden wären, so mache er darauf aufmerksam, daß im Ort, hauptsächlich in der Kaiser-Wilhelm-Straße, eine Anzahl Läden leer ständen, welche zu dem Zwecke verwendet werden könnten. An geeigneten Verläuffen sei gleichfalls kein Mangel, denn es gebe genügend Schlächtergesellen und vielleicht auch Meister, welche den Verkauf übernehmen würden. Daß der Preisunterschied nicht nur einige Pfennige pro Pfund betrage, müßten die Herren des Gemeindevorstandes selbst wissen, wenn sie ihr Fleisch von Lankwitzer Fleischermestern bezögen; müsse doch hier das Schlachtfleisch vom Schwein noch mit 1 M. pro Pfund bezahlt werden. Trotzdem auch einige bürgerliche Vertreter den Fleischverkauf befürworteten, wurde der Antrag des Genossen Radtke, den Verkauf in eigener Regie zu übernehmen, abgelehnt. Wer also in Lankwitz billiges Fleisch essen will, muß schon nach den Nachbarorten wandern. — Als Erlaß für den abgelehnten Fleischverkauf will man den Seefischerverkauf zweimal in der Woche abhalten. Derselbe findet jetzt Mittwochs und Freitags von 8—1 Uhr auf dem Gelände der Pumpstation in der Marienstraße statt. Der Verwaltungsverwaltung wurden die erforderlichen Mittel für eventuell erhöhte Unterstützung der Armen bewilligt. Ferner wurde dem Abschluß von Verträgen mit der Eisenbahn-Direktion über Höherlegung der Amalisen-, Elisabeth- und Schloßstraße sowie der Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Ecke Charlotten- und Seydlitzstraße zugestimmt.

Pankow.

Ueber die politische Lage sprach am Donnerstag, den 7. d. M., im „Kurfürsten“ Genosse Scheidemann. In Scharen waren die Besucher gekommen, vor allem auch viele Frauen, und lange vor Beginn der Versammlung war alles besetzt. Die letzten mußten auf der Bühne Platz nehmen, wo der Gesangverein „Vereinsbund“ Aufstellung genommen hatte, der vor und nach dem Vortrage stimmungsvolle Lieder zu Gehör brachte. Scheidemann behandelte in großen Zügen und in lebendiger Weise die gegenwärtige wirtschaftliche Misere der Arbeiterklasse. Alsdann beleuchtete Redner die kritische Lage, in die Europa durch den Balkanrieg verstrickt ist. Es sei die Aufgabe der Sozialdemokratie, immer größere Massen aufzuklären über die Schrecken eines solchen Krieges und sie zu erfüllen mit dem Gedanken des Sozialismus: Krieg dem Kriege! Den Kriegstreibern der deutschen Chauvinisten gelte es, den festen und unerschütterlichen Friedenswillen des Proletariats entgegenzusetzen. Es wäre geradezu verbrotherisch, etwa wegen Oesterreichs Bestrebungen auf dem Balkan Deutschland in einen Krieg zu führen. Die Regierenden sollten es sich wohl überlegen, den Kriegsbekern Gehör zu schenken. Aus der Besäufte heraus sollten sie lernen, welche Folgen ein Krieg haben könnte. Der Feind sei haben wie dräben der Kapitalismus. Diefem gilt der Kampf. Stärklicher Beifall belohnte den Genossen Scheidemann für seine Ausführungen. Nach einem zusammenfassenden Schlußwort des Vorsitzenden Genossen Schindler, der empfahl, nun auch die Augenwendung zu ziehen und den Organisationen beizutreten, die Arbeiterpreise zu abnormieren, mitzukämpfen für Freiheit und Licht, Glück und Erlösung aller Unterdrückten, stimmten die Anwesenden begeistert in ein dreifaches Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ein. Mit dem Vortrag des Liedes „Sturm“ fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Waldorf an der Ostbahn.

Die Gemeindevertretung nahm in längerer Debatte Stellung zu dem Antrage des Vorstandes auf Abtrennung der Gemeinde vom Amtsbezirk Wiesdorf. Vom hiesigen Hausbesitzerverein war in letzter Stunde den Gemeindevetretern eine Kassestellung der angeblichen Kosten überreicht worden. In der Debatte wurde diese Kassestellung als mit den Tatsachen in Widerspruch stehend gekennzeichnet. Herr Klein, Vorstandmitglied des Hausbesitzervereins, glaubte sich über die Kassestellung im „Vorwärts“ entlasten zu sollen; als ihm von unseren Genossen die einleitigen und gehässigen Berichte seiner Freunde in der „Waldorfer Zeitung“ vorgehalten wurden, erklärte er: das wäre ganz etwas anderes. — Beschlossen wurde, daß zum 1. April 1913 Waldorf einen eigenen Amtsbezirk bilden solle, bei Uebernahme von 500 M. jährlicher Abfindung für den Amtssekretär. Den Antrag eines Jugendpflegeausschusses und Bewilligung von 600 M. begründete der Gemeindevorstand. Man hoffe, daß der Ausschuss dem neben dem Vorsitz, der Pfarre, der Arzt Dr. Flohe und Herr Rektor Dörre angehöre, mit Hilfe dieser Mittel die Waldorfer Jugend im richtigen patriotischen Sinne erziehen könne. Genosse Schumann vernicht ein Spezialprogramm dieses Ausschusses, während Genosse Dörlert seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß jetzt mit einem Mal Jugendpflege-Einrichtungen geschaffen werden sollen, während dem Arbeiterturnverein dauernd die Turnhalle verweigert und die jungen Leute darauf angewiesen sind, die Turnstunden in einer Schanzwirtschaft abzuhalten. Herr Klein meinte, die Turnhalle niemals verweigert worden sei. Dabei hat sich dieser Herr schon zweimal an der Debatte hierüber beteiligt. Es ist demnach anzunehmen, daß Herr Klein an Gedächtnislücke leidet. Auf Antrag des Genossen Schumann wurde der Antrag so lange vertagt, bis der Vorsitz ein Spezialprogramm des sogenannten Jugendpflegeausschusses vorgelegt hat. Zum Schluß fand eine geheime Sitzung statt.

Schönerlinde (Bezirk Pankow).

Wie die bürgerliche Majorität der Gemeindevertretung dem gegenwärtigen Kostanstand beurteilt, zeigte sich aus Anlaß eines von unseren Genossen gestellten Antrags, an den Reichstag die von anderen Gemeinden bereits abgeschandte Petition zu richten. Die bürgerliche Majorität lehnte die Abendung der Petition ab. Ein Redner verteidigte sich sogar zu dem Ausspruch, daß die Lebensmittel, je teurer dieselben waren, desto besser schmeckten. — Ein zweiter Antrag, der eine regelmäßige Verbindung zwischen Schönerlinde-Buch, bei einem festgelegten Fahrpreis von 25 Pf. fordert, fand Annahme; dem Unternehmer wurden 1000 M. zugebilligt, obwohl die Postbehörde nur 750 M. pro Jahr für Beförderung ihrer Sachen zahlt. Der Vertrag wurde auf 5 Jahre geschlossen.

Birkenwerder.

Die Gemeindevertreterung beschloß zunächst eine bessere Beleuchtung in der Hauptstraße heranzurufen. — Einer von der Priesteralien-Gesellschaft eingereichten Aenderung des Bebauungsplans wurde die Genehmigung versagt. — Die Verpachtung der Wiesen wird auf Wunsch des Genossen Pieper und des Vertriebszweites öffentlich ausgeschrieben. — Die schon früher angeforderte Pfarrhausmauer soll nun endlich beseitigt und durch eine gewöhnliche Einfriedigung ersetzt werden. — Nach kurzer Beratung einiger weiterer unwesentlicher Punkte wurde beschloffen, der Brandenburgischen Feuerwehr-Unfallkasse beizutreten, wonach jeder Einwohner, welcher beim Feuerlöschen berunglückt, versichert ist. — Der Öffentlichkeit folgte eine geheime Sitzung.

Oranienburg.

Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Wahl eines Bürgermeisters. Von den zahlreichen Bewerber waren drei zur engeren Wahl gestellt. Von diesen wurde auf eine Amtsdauer von 12 Jahren einstimmig der Regierungsdirektor Herr v. Loebell gewählt. Der Gewählte hat bereits seit Juli d. J. bis zum Oktober die verwalte Bürgermeisterstelle kommissarisch vertreten. Während dieser Zeit hat er in kommunalen Angelegenheiten eine sehr geschickte Hand gezeigt. Ganz besonders hat er sich bemüht, dem Antrage unserer Genossen zwecks Beschaffung billiger Lebensmittel in jeder Weise gerecht zu werden und mit allem Nachdruck dafür gefordert, daß die Sache nicht, wie das von bürgerlicher Seite in der Kommission gewünscht, auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wurde. Der neue Bürgermeister, ein Sohn des früheren Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg v. Loebell, steht erst im 30. Lebensjahre. Die Uebernahme der Geschäfte wird im Februar n. J. erfolgen, nachdem der Gewählte sein Examen für den höheren Verwaltungsdienst absolviert hat. — Ein Magistratsantrag fordert Bewilligung der Kosten zum Ankauf weiterer drei Entwürfe für das Realprogymnasium. Das Preisrichterkollegium hat von den eingegangenen Entwürfen außer drei mit Preisen ausgezeichneten solche zum Ankauf empfohlen. Mit 13 gegen 13 Stimmen gelangte der Antrag zur Annahme. Die Stimme des Vorsitzers gab den Ausschlag. Die Annahme des Entwurfs für die Erbauung des Realprogymnasiums und Bewilligung eines Teilbetrages in Höhe von 4000 M. gab zu längeren Erörterungen Anlaß. Dadurch, daß sich die Kosten der Kanalisation auf mehr als das Dreifache des ursprünglichen Betrages, wonunter die Steuerzahler noch lange zu leiden haben werden, will man nunmehr etwas vorsichtiger zu Werke gehen. Da der Bau aber spätestens zum 1. April 1914 fertiggestellt sein muß, wurde dem Magistratsantrag zugestimmt. Von unseren Genossen wurde noch besonders betont, daß hierbei der Stadt Gelegenheit geboten sei, der großen Arbeitslosigkeit am Orte durch sofortige Inangriffnahme Abhilfe zu schaffen.

Potsdam.

Die Gütigkeitserklärung der Müll- und Kanalisationsgebührenordnungen. Bekanntlich traten am 1. Oktober 1910 die neuen, modifizierten Gebührenordnungen für die städtische Müllabfuhrkraft und die Kanalisation durch Ortsstatut in Kraft. Gegen die Gütigkeit dieser Gebührenordnungen wurde von verschiedener Seite Sturm gelaufen und die Potsdamer Gerichte haben auch die Müllabfuhrgebührenordnung für ungültig erklärt resp. durch Einstellung eines Ver-

fahrend ein abschließendes zweinständiges Urteil vermeiden. Gegen den Magistrat befritten den Weg des Verwaltungsstreitverfahrens vier hiesige Bürger und eine Gesellschaft. Sie forderten die vom Bezirksausschuss vollzogene Genehmigung der beiden Gebührenerordnungen durch die Revision beim Oberverwaltungsgericht an. Nach vierstündiger Verhandlung verurteilte der Vorsitzende des 2. Senates die Oberverwaltungsgerichtsentscheidung, daß die Ortsstatute betreffend die städtische Müllabfuhr und die Kanalisation und die beiden Gebührenerordnungen rechtsgültig sind.

Spandau.

Die Einwohnerzahl Spandaus betrug am 1. November d. J. 23 532. Seit dem 1. November des vorigen Jahres ist ein Zugang von 4108 Personen zu verzeichnen. Allein im Oktober sind 876 Personen mehr zugezogen wie weggezogen. Bei den Zugzügen handelt es sich fast ausschließlich um Privatarbeiter, die infolge der ständigen Ausdehnung der Siemenswerke nach Spandau ziehen.

Der städtische Fleischverkauf hat sich hier sehr gut eingestellt und zu Unzulänglichkeiten noch keine Veranlassung gegeben. Zur Uebernahme des Verkaufes haben sich sämtliche Schlächtermeister bereit erklärt. Es hängen bei den Schlächtermeistern, wo jeweilig der Verkauf des russischen Fleisches stattfindet, Plakate mit einer Preisliste im Schaufenster.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Neukölln. Donnerstag, den 14. November, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Berliner Straße.
 Raitberg-Räderdorf. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Karl Köppel'schen Saale.
 Räderdorf. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Emma Rälper'schen Lokale. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Antrag betr. Einführung von billigerem Fleisch.

Grünau, Mittwoch, den 13. November, abends 6 1/2 Uhr, im Gemeindefestsaal.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Briefträger ist ein Buchstabe und eine Zahl als Unterscheidungszeichen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Absonderungsentwässerung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

M. P. 100. 1. Ja, sofern dauernde Erwerbsunfähigkeit vorliegt. 2. Beim Versicherungsamt. Nähere Adresse kann nicht angegeben werden, da Sie den Wohnort Ihrer Schwiegermutter nicht angegeben haben. — **M. W. 1.** Es wäre wahrscheinlich, sofern die hiesige Behörde Kenntnis erhält. 2. Nein. Die Pflicht endet mit Vollendung des 42. Lebensjahres. 3. Nein. — **M. G. 25.** Ihr Bruder kann unter Bewahrung auf das Rechtsgesetz vom „Lebals-Angebot“ die Aufnahme einer Beschäftigung verlangen. — **M. S., Neukölln.** Es wäre nur dann zulässig, wenn Tatsachen und Beweise für eine Geisteskrankheit oder Verschwendung beigebracht werden können. — **M. R. Nr. 7.** 1. Das ist an sich zulässig. 2. Nein. —

Marktbericht von Berlin am 9. November 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Reinhandel)
 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 20,00—25,00. Speldeböhen, weiße, 36,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,10. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,50. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Rote 1,60—3,20. Bänder 1,40—3,00. Getreide 1,40—2,80. Barste 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Aebje 2,00—3,00.

Wetterprognose für Dienstag, den 12. November 1912.
 Milder, vorübergehend wolkig mit geringeren Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden.

Witterungsüberblick vom 11. November 1912.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- deckung	Wetter	Temp. in C. d. Tag	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- deckung	Wetter	Temp. in C. d. Tag
Emmende	743	SW	3/4	Wolkig	6	Quesada	707	SW	2	Schnee	—
Hamburg	739	SW	4	Wolkig	6	Petersburg	757	SW	2	Wolkig	—
Berlin	747	SW	2	Wolkig	6	St. Petersburg	758	SW	2	Wolkig	—
Frankfurt a. M.	745	SW	1	Wolkig	6	Wien	744	SW	2	Wolkig	—
München	749	SW	6	Wolkig	9	Paris	732	SW	2	Wolkig	—
Wien	754	SW	2	Wolkig	6						

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10.11. 1912	seit 9.11. 1912	Wasserstand	am 10.11. 1912	seit 9.11. 1912
Remel, Mitt	214	-0	Saale, Großh	142	-0
Bregel, Unterburg	196	-12	Havel, Spandau	60	-2
Eschel, Thorn	189	-1	Kathenow	50	-1
Oder, Kolbitz	189	-1	Spree, Spremberg	110	+14
„ „ „ „	199	-7	„ „ „ „	84	-1
„ „ „ „	202	-6	„ „ „ „	207	+3
Saale, Schramm	58	+4	„ „ „ „	276	-15
„ „ „ „	14	+4	„ „ „ „	426	-8
„ „ „ „	0	-1	„ „ „ „	251	-13
„ „ „ „	0	-0	„ „ „ „	284	-18
„ „ „ „	-102	-1	„ „ „ „	95	-5
„ „ „ „	194	-10	„ „ „ „	188	-6
„ „ „ „	180	-7	„ „ „ „	99	-12

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Unsern lieben alten Freunde und Parteigenossen
Franz Breska
 zu seinem heutigen 60-jährigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
 Die Genossen des 285. Bezirkes Teil I des IV. Wahlkreises.

Unserem lieben Freund und Genossen
Julius
 nach seiner Hebung die besten Glückwünsche zur Vermählung.
 Die übrig gebliebenen Schlafbrüder.

Unserem lieben Genossen
Wilh. Rohde und Frau
 Bernauer Str. 47 o zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche!
 Die Genossinnen u. Genossen a. 6. Kr., Abt. 9, Bez. 565 a.

Todes-Anzeigen

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Cousine

Emma Kinter
 geb. Meier
 nach schwerem Leiden im 30. Lebensjahre verstorben ist.
 Dies zeigen tiefbetruert an
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags um 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Köpenicker Viertel. Bez. 166 II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Emma Kinter
 (Waldemarstr. 19) gestorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Am Sonntag, den 10. d. Mts., früh 12 1/2 Uhr verstarb plötzlich meine Frau, unsere gute Mutter

Pauline Dierks
 geb. Gerlach.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Kirchhofes in Röhlsdorf aus statt.
 Georg Dierks nebst Tochter,
 Dorotheastr. 12a. 423

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Wilhelmine Volckmann
 geb. Bennenitz
 sagen wir hiermit insbesondere dem Ehepaarverein Hoffnung unseren besten Dank.
 Die Namen der trauernden Hinterbliebenen
A. Volckmann.

Am Sonnabend, den 9. November d. J., besaßen wir durch unerwartetes Hinscheiden unseren hochverehrten Vorgesetzten, den Fabrikbesitzer und Rittmeister der Firma Louis Runge,
Herrn Ludwig Bosse.
 In dem Heimgegangenen betrauern wir einen durch seine rastlose Tätigkeit vorbildlichen und durch seinen wohlgestimmten, edlen Charakter hochgeschätzten Chef, der es in jeder Weise verstanden hat, für das Wohl seiner Arbeiter einzutreten.
 Sein Andenken wird uns allezeit in dankbarer Erinnerung bleiben.
Das Fabrikpersonal der Firma Louis Runge, Berlin NO.

Verband der Hausarztvereine Groß-Berlins.
 Den Verhandlungsmitgliedern zur Nachricht, daß unser Bezirksleiter von Neukölln
Max Malkewitz
 Herrschstr. 30 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Dienstag, 12. November, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Zentralvorstand.

Hausarzt-Verein „Neukölln“.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser erster Kassierer
Max Malkewitz
 Herrschstr. 30 (21. Bezirk) verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

Otto Busse
 Spaarstr. 26
 am 7. d. Mts. an Unfall gestorben ist.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 12. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kagareth-Gemeinde-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Max Hoffmann
 am 8. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einsteher

Wilhelm Schreckenberg
 Grünauer Str. 29, im Alter von 65 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz
 dicht am
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Ortskrankenkasse für das Tapezierergewerbe zu Berlin.
 Auf Grund des § 65 des Statuts geben wir den Mitgliedern und Arbeitgeberinnen bekannt, daß die in der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. August 1912 beschlossene 7. Abänderung des Kassensatzes § 31 durch Beschluß des Bezirksausschusses vom 15. Oktober 1912 genehmigt worden ist und vom Montag, den 18. November 1912 in Kraft tritt.
 § 31 erhält folgende Fassung:
 Die Beiträge der
 I. Klasse werden von 78 Pf. auf 87 Pf.
 II. „ „ „ 66 „ 72 „
 III. „ „ „ 54 „ 60 „
 IV. „ „ „ 42 „ 48 „
 V. „ „ „ 30 „ 33 „
 (4 Proz. des durchschnittlichen Tageslohnes) erhöht.
 Druckentwürfe dieser Abänderung gelangen im Kassensatzes-Veränderungsprotokoll, vorn II, zur Verteilung.
 Berlin, den 12. November 1912.
 S. 2. 1. Vorsitzender,
 NO. 55, Raugarder Str. 5.

Spezialarzt
 f. Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Ehrlich'sche Kuren in u. Co. (Lsg. Laborat.)
Dr. Homeyer
 Untersuchung, Fäden i. Harn usw.
 Friedrichstr. 81, gegenüber Postamt.
 Spt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
 Honorar mäßig, auch Teilzahl.
 Separates Damenzimmer.

H. Pfau, Bandagist
 Berlin, Direksenstraße 20
 (unten am Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidentenamt) — Amt Kst. 3208.
 Für Damen Frauen-Bandagen. *
 Lieferant für alle Krankenkassen.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1913
 Reichhaltiger Inhalt — u. a.
 Alle für den Arbeiter wichtigen Adressen.
 Porträts der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten.
 Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912.
 Die deutsche Reichsverfassung.
 Arbeiterbildung und Bildungsarbeit.
 Kinderschutzgesetz.
 Etwas v. Schnapsboykott.
 Die Gewerkschaften im Jahre 1911.
 Kalendarium sowie Geschichtskalender, Portotaxe, Notizbuch.
Preis gebunden 50 Pfennig
 Zu beziehen durch alle „Vorwärts“-Speditionen oder direkt von der Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstraße 69.

Steppdecken
 Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin S., Oranienstr. 158.
Steppdecken in voller Größe
 Similiseide in den Farben 5²⁵ bis 21⁰⁰
 Wollatlas 6⁷⁵ bis 27⁰⁰
 Daunendecken 25⁰⁰ bis 125⁰⁰
 Schlafdecken 1⁰⁰ bis 48⁰⁰
Der neue Katalog
 mit bunten Teppichmustern
 750 Abbildungen gratis u. fr.

Herren-Moden
 fertig u. nach Mass
 von 1 Mark
 wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
 Frankfurter Allee 75
 Eingang Tilsiter-Strasse

Tätowierung
 entfernt Dr. Schünemann
 Spezialarzt für Hautkrankheiten
 Berlin S., Oranienstraße 138.
 238/2

Geschlechts-
 Harnleiden, Nervenschwäche, Frauen- und Beinleiden
Spec. Dr. med., Urologe
 approb. an aust. Universität
Dorotheenstr. 63 Spr. 11-2, 6-8
 Sonnt. 11-2.
 Separate Damenzimmer.

Genossenschaft Berliner Bandagisten
 Köpenicker Str. 98 b
 reg. 1907 von organ. Bandagisten.
 Anfertigung sämtlicher Bandagen, Binden etc. in eigener Werkstatt.
 Lieferung sämtl. Krankenkassen u. der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.
 107/10*

Frack-Verleih - Institut
 S. Berg Nachf. Borchardt.
 Friedrichstr. 115 I, am Oranienb. Ter.
 Tel.: Nord 7402. 37124
 Frack, Smoking, Gedeckung, Capetan-Claque, für jede Figur pass., vorzüglich in beschriebenen Preislagen.
 Sehr große Auswahl, mäßige Preise.

Manoli
 Cigarettes Specialmarken
Abbas Dandy Gibson Girl

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!
 Sie brauchen kein Geld dazu
 Wir senden denselben kostenlos



5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 Doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — — —
Die Lieferung erfolgt sofort!
 Der Preis dieses herrlichen Luxus-Modells in echt Elche, einschließlich der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose, die alle bisher. Instrumente weit in den Schatten stellt, beträgt nur 60 Mark, der einer Pathé-Doppelplatte 3,30 Mark. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für 3 Mark, bei Nichtgefallen nur 2 Mark, ein ganz modernes Transportmodell zu zahlen. Verlangen Sie sofort Probeversand per Postkarte.

Spielt ohne Nadelswechsel mit einem unersetzlichen Saphirstift. Keine Plattenabnutzung mehr!
DIAL & FREUND
 Berlin, Postfach 120/325

